

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1883.

Donnerstag, den 3. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf. Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 50 Wg. für wöchentliche und gemeinlichliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Neues zur Ausweisungsschmach.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet den von uns erwähnten Beschluß der Berliner Handelskammer mit neuem Kommentar, der niedriger gefaßt werden muß. Es bekennet sich ausdrücklich zu dem bisher nur verbüht vertretenen Standpunkt, daß die Polizei jeden Russen „mit Recht“ „bei der geringsten politisch unerfreulichen Betätigung“ ausweise! Es meint weiter: „das rein menschliche und das konfessionelle Moment“ müsse bei Erörterung der Ausweisungen „ganz ausscheiden“; die einzige Frage sei die: „dient diese (Ausweisungs-) Politik dem deutschen Interesse?“ Das deutsche Interesse deckt sich aber, wie seine Auslassungen klipp und klar ergeben, schließlich mit dem Interesse des deutschen Unternehmertums. Und weil die „Arbeitskraft und Arbeitsleistung“ der russischen Arbeiter, die „unseren deutschen Unternehmer brauchen“, diesen infolge der Ausweisungen „verloren gehen“ (ein naives Bekenntnis zur Marx'schen Mehrwerttheorie), nimmt sie sich auch der ausgewiesenen Arbeiter an. Das ist freimüthig-berühmte Realpolitik! Freilich: Wer kann von einem kapitalistischen Organ anderes erwarten? Wie könnten auf Distanz Feigen wachsen?

In der Presse werden jetzt Klagen von Fabrikanten verschiedener Branchen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die massenhafte Ausweisung von Arbeitern durch die Abteilung V des Berliner Polizeipräsidiums den Fortbetrieb ganzer Unternehmungen in Frage stellt. Und wir können aus eigener Kenntnis hinzufügen, daß keineswegs nur Neuanziehende, sondern in größtem Umfang auch solche Arbeiter betroffen werden, die schon Jahr und Tag mit Familie hier beschäftigt sind, und nicht nur ungelernete, sondern überwiegend gelernte Arbeiter. Noch immer hat nicht ein einziger Fall beigebracht werden können, wo Lohnbrückerel oder Inanspruchnahme der Armenfürsorge als Vorwand der polizeilichen Grausamkeit hätte dienen können.

Unqualifizierbar ist danach, wenn die „Post“ mit dem „Deutschen Voten“ sagt, die Stadt Berlin könne dem Polizeipräsidium nur dankbar sein, wenn es sie von einigen tausend mittellosen und daher sehr wenig erwünschten Zuwandern befreit, oder wenn die „Germania“ meint: „es werde sich um Russen handeln, die auf jeden Fall sehr unbecommene Gäste sind“.

Besonders schmeibig geht's in Schöneberg zu; dort sollen alle Russen weg Ständes, welcher Konfession und welchen Alters sie auch sind, entweder bereits ausgewiesen oder mit Ausweisung bedroht sein!

Gut fügt es sich, daß zu gleicher Zeit einige hiesige Blätter nicht genug Ruhmens von der Beliebtheit der vermögenden russischen Gäste in Berlin und Umgegend zu machen wissen.

Uebrigens bestätigt ein in dem „Generalanzeiger“ für das gesamte Junkertum veröffentlichtes Interview mit einem höheren Beamten des Ministeriums des Innern, daß die Ausweisungsspraxis, die, wie auch dieses Interview ergibt, in vollem Einverständnis mit dem Ministerium und unter dessen voller Verantwortung geübt wird, einen stark antisemitischen Einschlag hat.

Durch die Ausweisungen werden nicht nur die Ausgewiesenen selbst betroffen und geschädigt.

Etwa 600 russische Studierende weilen zurzeit in Berlin, um sich hier diejenige Ausbildung zu verschaffen, die ihnen die Heimat mit ihrem rückständigen höheren Bildungswesen und mit ihrer weitgehenden Ausschließung der Juden von den höheren Bildungsanstalten verlagert. Das Sommersemester beginnt; keiner weiß, wie lange wird er von Spitzelbenutzungen und ihrer unabwendbaren Konsequenz, der rückwärtslosesten sofortigen Ausweisung verschont bleiben? Wie ein Damokles'scher Schwert hängt über jedem von ihnen die fortgesetzte Gefahr, durch „Abschub“ aus dem preussischen Junkterparadies eines Studienfemesters und überhaupt der Möglichkeit, in Deutschland weiter zu studieren, gänzlich verlustig zu gehen. Denn mit der Regelmäßigkeit und unerbittlichen Sinnlosigkeit eines Landregens strömen die Ausweisungen noch immer Tag für Tag auf sie herab. „Und der Regen, der regnet jeglichen Tag!“

Mit Buchthaus soll bestraft werden, wer Arbeitswillige an der Arbeit hindert, so hieß es einst aus kaiserlichem Munde. Dieses buchthauswürdige Verbrechen praktiziert die Polizei in größtem Maßstabe. Sie nimmt auch denjenigen russischen Arbeitern Brot und Existenz, die nicht ausgewiesen sind. Scharenweise laufen Meldungen ein, daß russische Arbeiter aus festen, lange innegehabten Stellungen entlassen werden mit der Bemerkung, es geschehe „auf Wunsch der Polizei“. In vielen großen Unternehmungen werden alle russischen Arbeiter entlassen und keine neuen eingestellt „weil man keine Scherereien mit der Polizei haben wolle“. In das Zeugnis pflegt dann eingetragen zu werden: „Auf eigenen Wunsch entlassen“. Besonders scharf und systematisch verfährt in dieser Weise, wie wir hören, Siemens u. Halske, dieselbe Fabrik, deren Petersburger Filiale vor kurzem dem Pristaw des zweiten Reviers des Wassiljewitsch-Bezirks 50 Rubel für die Donschen Kosaken zahlte, die zur Beschäftigung der Wassiljewitsch (auf der die Fabrik von Siemens u. Halske liegt) bestimmt sind“. Für die Kosaken: Trinkgelder; für die russischen Arbeiter auf Wunsch der Polizei: die Hungerpeitsche!

Anscheinend soll von Polizei wegen Arbeits- und Hülfslosigkeit künstlich geschaffen werden, um dann diese selbst geschaffene Hülfslosigkeit zur Rechtfertigung der Ausweisungsschmach zu benutzen. Das laubere Pländchen wird aber nicht gelingen. Herr von Borries und Herr von Bethmann-Hollweg mögen mit dem Shakespeareschen König verzweifelt klagen: „O Jammerstand! ... O Seele, die sich freizumachen ringend, noch verstrickt wird.“ Kein Engel und kein Gott wird sie und ihre Ausweisungstatist vor dem Verdammungsurteil der Kulturwelt retten.

Der 1. Mai in Paris.

Nachmittag. (Eig. Ber.)

Der heutige Tag ist der erste wirkliche Feiertag, der dieser Stadt, in der man weder Sonntags- noch Festtagsruhe kennt, beschieden war. Von dem Anfang der Arbeitsruhe konnte man sich am besten in den Straßen Reichenschaft geben, in denen sonst in der Mittagszeit der Verkehr der aus den Werkstätten und Geschäften strömenden Angestellten und Arbeiter flutet. Das Faubourg Montmartré ganz leer, auf den großen Boulevards wenig Leben, der Wagenverkehr fast ganz eingestellt, die Omnibusse fastwack befeht, die Untergrundbahn — das wichtigste Verkehrsmittel der Arbeiterschaft — leer. Die meisten Läden sind geschlossen, andere haben wenigstens ihre Etalagen — die Warenanlagen auf den Straßen — zurückgezogen. Auf den vornehmern Boulevards gegen die Madeleine-Kirche zu sind die geöffneten Läden zahlreicher, aber man sieht heute keine Kunden darin.

Gegen die Place de la République zu, in der Nähe der Arbeitsbörse, wird der Verkehr dichter. Zahlreiche Neugierige hummeln hier herum, die von den heute außerordentlich brutalen Polizisten angefahren werden, sobald sie eine Sekunde stehen bleiben. Vor der Arbeitsbörse steht eine Reihe berittener republikanischer Gardes, gegenüber eine starke Polizeiabteilung zu Fuß, auf dem großen Platz vor einer Kaserne ein Kavallerieregiment, Dragoner- und Infanterieabteilungen ziehen hier durch das Viertel, vom Publikum mit spöttischer Neugier betrachtet. Kolporteurs bieten die illustrierte Extraausgabe der „Voix du Peuple“, des Organs der Konföderation, an; auch Gelegenheitspostkarten finden Absatz. Die Blumenverkäufer führen auf ihren Wagen ungewöhnlich große Vorräte von roten Rosen.

Die Stadt steht unter dem Zeichen des Massenkampfes. Bei der Bourgeoise Mut und gähnklappere Angst, bei den Arbeitern überlegenes Siegesbewußtsein. Der 1. Mai ist für das Pariser Proletariat ein eroberter Feiertag.

6 1/2 Uhr abends.

Place de la République: Auf den Fußsteigen Laufende in gedrängtem Spalier. Alle Bemühungen der republikanischen Gardes und Dragoner, Ansammlungen zu vermeiden, sind vergeblich. Kavalleriepikets treiben die Haufen auseinander, die sich anderswo wieder sammeln. Die militärischen Operationen werden hier und dort vom Pfeifen der Menge begleitet. Gegen eine Dragonerabteilung fliegen faule Äpfel. Auch ein Stein wird aus einer Gruppe geschleudert.

Der ganze Platz ist mit Menschen überfüllt. Auf den Gerüsten und Planken der Untergrundbahnbauten sitzen, stehen, hängen Hunderte von jungen Leuten. Auf dem Sockel des Denkmals der Republik drängen sich die Zuschauer. Ein jeder Bursche hat sich sogar auf den Löwen geschwungen und parodiert die gasopfernden Ordnungswächter.

Auf dem Platz operiert Polizei, Infanterie, Kavallerie. Immer wieder reiten die Dragoner in die Menge, die Polizisten hauen brutal auf die Leute los, die ihnen mißfallen, weil sie etwa eine rote Kette tragen. In den Nebenstraßen steht man Menschenmassen, die zusammenströmen, dann wieder auseinanderstieben — über ihnen Pferdeshöpfe, Dragonerhelme.

Die Arbeitsbörse ist jetzt gesperrt. Vor ihr große Polizeiaufgebote, die gewalttätig Ordnung machen.

Die Höhe der Häuser sind voll Militär. Fahnen des roten Kreuzes zeigen die Sozialistabteilungen an, die bereitstehen — für alle Fälle. Vor der Kaserne, deren Hof von Waffen harret, steht in einem Kreis von schwarzgekleideten und uniformierten Herren der Polizeipräsident Lépine, der heutige Diktator von Paris.

In den vornehmen Vierteln.

Im Château du Peuple im Bois de Boulogne hatte der deutsche sozialdemokratische Bezirksklub am Nachmittag eine internationale Festversammlung eiderufen, die gut besucht war. Es sprachen Redner in verschiedenen Sprachen, und der deutsche Arbeitersängerbund trug verschiedene Lieder vor. Einen Nichten in die Feier brachten nur einige Anarchisten, die sich als Angehörige des jüdischen Bundes ausgegeben hatten und schreiend die Sozialdemokratie beschimpften. Auf der Rückfahrt sah ich die vornehmsten Teile von Paris, die sonst vor der Gesellschaft der Müßiggänger erfüllt sind. Im Bois keine Automobile, keine geschmückten Damen, sondern nur Leute aus dem Volke mit ihren Kindern. Die Champs Elysées leer von Wagen. Sonst ist das Bild in diesen Vierteln, wenn man so sagen darf, feiertäglich als an Feiertagen. Die Geschäfte sind — mit ganz geringen Ausnahmen — geschlossen. Vor einer Bankfiliale stehen Polizisten Wache. Auf allen größeren Plätzen Militär. Bei der Porte Maillot reitende Jäger, die abgelesen sind. Beim Triumphbogen Kaffeehäuser neben ihren Kassen. Dann wieder Infanterie, bivalettierend.

Lebendig wird das Straßenleben erst bei der Madeleine. Von hier aus gehen die Omnibusse, die nach der Place de la République führen. Hunderte von Neugierigen warten hier gebüdet auf die Wagen. Pieler sind fast gar nicht zu haben; denn es fährt heute kaum ein Fehntel der Autos.

„Hoch Tisserand!“

Die tapfere Tat des Deutnants Tisserand hat einen ungeheuren Eindruck gemacht. Von der Plattform eines Omnibusses riefen mittags in der Rue du Temple zwei Leute vorüberziehenden Soldaten „Hoch Tisserand!“ zu. Sie wurden sofort verhaftet — wegen „Aufreizung zum Ungehorsam!“ — Als sie abgeführt wurden, nahm

der Omnibuskutscher den Auf auf. Auch er wurde heruntergeholt. Einen Lehrlingen, der ihm sekundiert hatte, mißhandelten die Schupsteute ganz erbärmlich.

Polizeibrutalität.

Die wegen ihrer Robheit berühmten Pariser Polizisten scheinen heute geradezu aufgefodert worden zu sein, ihrer Brut keine Bügel anzulegen. Fast alle Verhafteten — und man verhaftet heute wegen bloßen Stehenbleibens — werden blutig geschlagen, auch Frauen! Selbst Zuschauer, die der Sache der Arbeiter feindlich gegenüberstehen, sind über das Treiben empört.

Zusammenstöße.

Im Laufe des Tages sind unzählige Zusammenstöße zwischen dem Volk und der bewaffneten Macht vorgekommen, doch beschränkten sie sich zumeist auf Angriffe der Ordnungswächter auf das angesammelte Publikum. In einigen Stellen setzten sich die Angegriffenen mit Häufen und Stöden zur Wehr. Im Arbeiterviertel Menilmontant verhielten Demonstranten, aus Baumaterialien eine Barrikade zu errichten; sie wurden jedoch bald auseinandergetrieben.

Aus der Provinz.

Paris, 2. Mai. (V. G.) In Orléans fand ein Streikunzug von über 2000 Bedarbeitern statt, der von Truppen zerstreut wurde. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen. In Nancy muhten (!) Soldaten und Gendarmen gegen die Volksmenge vorbringen, wobei 16 Verhaftungen vorgenommen wurden. In Marseille kam es zum Handgemenge zwischen Gendarmen und Ausständigen; auch hier erfolgten mehrere Verhaftungen. Toulon war vollständig ohne Beleuchtung; alle Theater waren geschlossen. In Dijon kam es wegen der Verhaltung des Sekretärs des Verbandes des Arbeiterhandlats der Arbeiterbörse zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Gendarmen. Zwei Gendarmen wurden verletzt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Mai.

Jesuitentoleranz.

Jesuitisch, wie der Zweck des sogenannten Toleranzantrages des Zentrums, ist auch die Taktik, die Verhandlungen über diesen Antrag im Reichstage möglichst in die Länge zu ziehen. Durch diese Verlängerung der Beratung soll bei den gläubigen Schächern des Zentrums der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Massenpartei all ihre Kräfte für das Seelenheil der katholischen Menschheit einsetze. Abgesehen von einigen kleinen Fortschritten, die der Antrag in puncto Bewegungs- und Veremittlungsfreiheit Andersgläubiger, auch den Dissidenten bringt, vollzieht er doch nur eine andere Abgrenzung des konfessionellen Verbegebietes, von dem natürlich die alleinseligmachende Kirche keinen Fußbreit aufgeben wird.

Die geriebensten Vertreter der Jesuiterei traten wieder für den Antrag auf den Plan, die Abgeordneten Gröber, v. Hertling und Bachem, die mit aalglatten Worten den Argwohn ihrer konfessionellen Gegner sowohl wie der freier denkenden Linken zu zerstreuen suchten. Sehr klug hat sich das Zentrum die Unterstützung der Linken durch einige Konfessionen zu sichern gesucht und erreichte dadurch auch deren Zustimmung zu dem Antrage, der in seiner Verabschiedung dem Zentrum ein parlamentarisches Agitationsmittel entziehen wird. Um etwas zustande zu bringen und mit diesem „Erfolg“ paradiere zu können, stimmte das Zentrum einer von den Abgeordneten Müller-Sagan und Müller-Weinigen beantragten Aenderung zu § 1 zu, die — auf dem Papier wenigstens — „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit innerhalb des Reichsgebietes jedem gewährleistet“ und den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse macht.

Mit schwerem Herzen, aber salbungsvoller Miene müssen die protestantischen Muder a la Stöcker die Aenderung über sich ergehen lassen, wenn sie nicht von ihren geriebenen katholischen Gegnern der Intoleranz geziehen werden wollen, die in Wahrheit von protestantischen Muderern ebenso praktiziert wird, wie von pfäffischen Fanatikern der alleinseligmachenden Kirche.

Die protestantische Rechte und die in ständigem Seelenzwiespalt liberalisierenden Kulturkämpfer konnten ihren konfessionellen Haber nicht überwinden und stimmten gegen den § 1.

Unsere Genossen David und Hoffmann-Berlin präzisieren die Grundlagen wahrer Toleranz und die Ansichten, die die Fraktion veranlassen, für den Antrag zu stimmen, der mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Zu § 4 des Gesetzentwurfes hatte unsere Fraktion, sowie die freimüthige je einen Antrag gestellt, der größere Freiheit den Erziehungsberechtigten hinsichtlich der konfessionellen Erziehung gewähren will. Genosse Hoffmann stellte die angeblichen Toleranzabsichten des Zentrums in Vergleich mit dem entgegengegesetzten Streben des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus, wo es das Schulverfassungsgesetz mit den maderischen Konservativen durchzudrücken sucht und kam zu dem Schlusse, daß das Zentrum durch die Verpaffung der Schule das Toleranzgesetz wieder zu vernichten suche.

Als die bürgerlichen Parteien über die Verwechslung des dritten und vierten Falles in der Rede Hoffmanns in Gelächter ausbrachen, regalierte Hoffmann die mehr für formale als gründliche und wahre Bildung schwärmenden Herrschaften mit einer vortrefflichen Charakterisierung, unter der sie sich verlegen wanden und schwiegen.

Der freisinnige Antrag zu § 4 wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Freisinnigen, dagegen der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Dann wurde die Sitzung vertagt.

Donnerstag: Sozialdemokratische Interpellation über die Ruffenausweisungen und Toleranzantrag.

Wiederbeginn der Landtagsarbeiten.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch nach vierwöchentlicher Osterpause seine Arbeiten mit einer belanglosen Tagesordnung wieder auf. Es erledigte fast ohne Debatte eine Anzahl Petitionen, überwiegend einen Zentrumsantrag betr. das Wiederaufnahmeverfahren im Disziplinarverfahren gegen nicht richterliche Beamte an die verstärkte Justizkommission und nahm eine Resolution der Budgetkommission an, wonach mit Rücksicht auf die erhöhte Bedeutung der etatsmäßig angestellten Amtsanwälte eine entsprechende Verbesserung ihrer Gehaltsbezüge in Erwägung gezogen werden soll.

Am Donnerstag sollen entsprechend dem Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer die zur Verabschiedung des Volksschulunterhaltungsgesetzes notwendigen Aenderungen der Verfassung in erster und zweiter Beratung erledigt und die nochmalige Abstimmung über die Wahlrechtsnovellen vorgenommen werden.

Die Berliner Universität — ein Departement der politischen Polizei!

Wie sich die hiesige Universität in den Jahren 1902/1903 zu schmähtlichen Handlungen für die politische Polizei entwürdigt hat, ist noch in aller Gedächtnis. Jetzt wiederholt sich ein gleiches Gebaren, dessen man sich als Deutscher einfach schämen muß. Die Ausgewiesenen bitten bei Richter und Rektor als „akademische Bürger“ um Schutz gegen die polizeiliche Willkür. Antwort: „Wir können nichts für Sie machen; was die Polizei will, geschieht.“ — Die Ausweisungen geschehen im Einverständnis und unter Aufsicht der Universitätsbehörden, die der politischen Polizei einen Teil ihrer Funktionen freudwillig abgenommen haben. Doch damit nicht genug. Wir berichteten im Frühjahr 1904 über die Affäre Ristin. Diesem russischen Studenten war in seiner Exmatrikel (Abgangszeugnis) vermerkt, er habe die hiesige Universität besucht „bis zu seiner durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten vom 16. März 1904 erfolgten Ausweisung aus Preußen“. Obwohl sich Ristin bereits vor der Ausweisung selbst abgemeldet hatte, blieb die Bekwerbe und das Verlangen auf Streichung jenes Stigmatisierungsbemerkens ohne Erfolg. Der akademische Senat lehnte die Streichung einstimmig und ohne Gründe ab. Der Kultusminister teilte mit, daß Ristin „am Tage des Erlasses der polizeilichen Ausweisungsverfügung in den Säulen der Universität gestrichen worden“ sei: ein glänzender Beweis für das traurige treuliche Zusammenarbeiten von Polizei und Universitätsbehörden. Der Minister rechtfertigte weiter den Vermerk aus der Verpflichtung der akademischen Behörden, die hinsichtlich des Verhaltens der Studierenden auf der Universität bemerkenswerten Tatsachen anzugeben: Das ist natürlich eitel Spiegelfechterei. Die Tatsache der Ausweisung an sich ist für das Verhalten des Studenten ganz und gar nicht, sondern nur dafür charakteristisch, daß die Ausländer in Preußen vogelfrei sind; sie beweist nur eine unkontrollierte und unkontrollierbare Spiegeldemagogie. Der Universitätsbehörde aber ist eine solche Demagogie annehmend für den Studenten charakteristisch und deshalb demenziert sie den Studenten vor aller Welt. — Dies Verfahren der Universitätsbehörde wiederholt sich jetzt. Dem Vernehmen nach wird den ausgewiesenen russischen Studenten auch dieses Mal die Tatsache der Ausweisung in das Abgangszeugnis geschrieben und alle Demonstrationen fruchten nichts. Die Folgen dieser unwürdigen und ungeheuerlichen Stigmatisierung sind sehr ernste: keine deutsche Universität nimmt die so gekennzeichneten Studenten auf! Die Ausschließung vom Universitätsstudium innerhalb Deutschlands, die sonst nur in einem geregelten Verfahren erfolgen kann, wird so durch einen Federstrich erreicht! Das ist ein unerhörtes Verfahren, gegen das auch schärfste Protest erhoben werden muß.

Wiederholt sind, wie wir schließlich festnageln wollen, in der letzten Zeit neuzugewandene russische Studenten von der Universität zurückgewiesen worden mit dem Bemerkens: daß man mit der Polizei über die Nichtaufnahme übereingekommen sei.

Universität und Polizei — Arm in Arm, in heiliger Allianz zur Vernichtung der akademischen Freiheit, die ohnehin längst eine Spottgeburt geworden ist, das wird dem künftigen Kulturhistoriker guten Stoff zur Erkenntnis der Schmach unserer Zeit bieten.

Deutsches Reich.

Die duldsame „Germania“.

Unsere Leser erinnern sich, daß die fromme „Germania“ kürzlich aus der Behauptung eines dummen Jungen vom Hamburger Schopenhof den „Beweis“ ableitete, daß die „große Masse“ sich den Sozialismus als Teufel vorstelle. Der Zufall sagt es, daß das fromme Blatt gleich hinterher einen wirklichen Beweis dafür erbringt, wie fanatische Anhänger einer Partei durch andauernde verheerende Lektüre verbohrt und verblödet werden können. Nur handelt es sich um keinen Sozialdemokraten, sondern um einen wackeren Zentrumsmann, und auch nicht um irgend einen hergelaufenen dummen Jungen, aber dessen Zugehörigkeit zur Partei nichts gewiß ist, sondern um einen Korrespondenten des ultramontanen Zentralorgans, nämlich der „Germania“ selbst.

Bekanntlich hatte die „Germania“ ein Wutgefühl darüber angestimmt, daß ein katholischer Lehrer, der wegen einer angeblich materialistischen Schrift in Koblenz von seiner Stellung suspendiert war, an eine andere katholische Volksschule, in Werden an der Ruhr, versetzt werden sollte. Das Geheul schloß mit der Aufforderung, dem Manne an seinem neuen Wirkungskreis keine Wohnung zu vermieten. Dieser Akt von päpstlichem Terrorismus wurde von uns niedriger gehängt, und nunmehr sieht sich die „Germania“ veranlaßt, die Rohheit in folgender Form zu widerufen:

„In der ersten, an Werden a. d. Ruhr stammenden Zuschrift, die wir in dieser Angelegenheit veröffentlichten, wurde die Gewarntung ausgesprochen. Etwas werde in Werden keine Wohnung finden und auch die Protestanten würden ihm aus Rücksicht auf die Katholiken keine überlassen. Das ist infolge eines bedauerlichen Uebersehens stehen geblieben und wir wollen nachträglich ausdrücklich erklären, daß wir eine solche Aufforderung zum Wohlthun nicht billigen können.“

Es ist ja erfreulich, daß bei der „Germania“ selbst sich wenigstens nachträglich noch das Schamgefühl regt. Aber was folgt nun daraus? Der Korrespondent der „Germania“, also zweifellos ein hervorragender Parteimann der Schwarzen, hat in seinem fanatischen Eifer sogar die Heterogenen des Zentralorgans noch übertrifft. Mit vollem Rechte können wir also den neulichen Antwort der „Germania“ wie folgt überlegen: Allerdings sagt das Programm des Zentrums nichts von Terrorismus, aber nicht nur die große Masse, sondern

selbst führende Parteigenossen des Zentrums stellen sich zweifellos die Verteidigung des katholischen Glaubens in der Hauptsache als Anwendung von Brutalitäten gegen Andersdenkende vor!

Antisemitische Forderung.

Folgende antisemitische Leistung, die wir im armseligen „Reich“ finden, wollen wir Freunden des freiwilligen und des unfreiwilligen Humors nicht vorenthalten:

„Siegfried Proletariat“ heißt das Wesen, das der „Vorwärts“ in seiner Mainnummer in einem zielbewußten Leitgedichte anknüpft. Das erinnert uns, so schreibt die „D. Hochwacht“ dazu, an die sonstige Verwendung des deutschen Namens Siegfried, wie sie heute üblich ist. Der Name Siegfried ist völlig von den Hebräern mit Beschlag belegt; wo einst der hürnere Siegfried den Drachen durchbohrte, da schleicht jetzt der Siegfried Leberjahn umher, den Hypothekenschein in der schmerzigen Hand. Auch aus dem deutschen Proletariat hat die Sozialdemokratie ein Ding gemacht, das recht wenig an die Zeiten erinnert, da unser Volk noch ein Vaterland sein eigen nannte. Wenn man dieses verhehrt und verfinstert Proletariat „Siegfried“ nennen will, so kann nur der „moderne“ Siegfried gemeint sein; der alte Siegfried würde sich mit Grauen von einer Masse abwenden, die sich von solchen schwarzen Namensvettern kommandieren läßt.

Dazu ist nicht viel zu bemerken. Die Judenrichter hätten sich den Namen des Dichters unseres „zielbewußten Leitgedichtes“ anschauen sollen: Karl Hendell — ein Argermann, der schließlich mit der altdeutschen Heldensage ungefähr so gut Beschaid wissen wird, wie die Herren Bruha, Stöder und Konsorten. Interessant ist allerdings eine Entdeckung, für die unsere Germanisten der „D. Hochwacht“ sehr dankbar sein werden. Bis jetzt hatte man nur ganz vage Vorstellungen von gewissen Certifikaten, an die das Riblungenslied einige der Heldentaten Siegfrieds verlegt. So z. B. war man sich nicht recht klar darüber, an welcher Stelle der hübn Rede den gräßlichen Lindwurm erlegte. Nun wissen wir! Die „D. Hochwacht“ hat's erndet: „Wo einst der hürnere Siegfried den Drachen durchbohrte, da schleicht jetzt der Siegfried Leberjahn umher, den Hypothekenschein in der schmerzigen Hand.“ Das heißt: Siegfried hat seine freisidliche Heldentat etwa zu Berlin in der Gegend der Rosen-, Burgstraße, Heiderdeutergasse vollbracht. Heil der gelehrten „D. Hochwacht“! Heil —

Der Schilling der Lante Vog.

Auf die Energie, mit der die „Vossische Zeitung“ für die freisinnige Wahlunterstützung des nationalliberalen Kandidaten in Darmstadt-Großgerau eintritt, wirft ein besonders eigenartiges Streiflicht folgende Auslassung der Frankfurter freisinnig-demokratischen „Kleinen Presse“:

„Wäre der nationalliberale Kandidat nicht nur dem Namen nach liberal, so ließe sich ja über die Sache reden. So aber hat Dr. Stein in den meisten Fragen, die als Präfixien des liberalen Gedankens anzusehen sind, veragt. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß unter Umständen eine Einschränkung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angebracht sei, er hat es unwidersprochen gelassen, als Agitatoren für seine Kandidatur die Konfessionsdiskussion empfahlen, er ist kein Anhänger des unbeschränkten Konstitutionsrechts und stellt auch in wirtschaftspolitischen Fragen (Zoll- und Steuerpolitik) auf einem Standpunkt, den kein freigesinnter Mann teilen kann. Einem Nationalliberalen vom Schlage Büsings seine Stimme zu geben, würde auch keinem freisinnigen und Demokraten schwer fallen, aber für einen vom Bund der Landwirte, dem Zentrum und Antisemiten abhängigen Scheinliberalen, wie Dr. Stein, zu stimmen, ist ein Verlangen, dem auch ein nur eintigermassen freisinnig gesinnter Mann nicht nachkommen kann.“

Und einem solchen Erzkonzervativ möchte die „Vossische Zeitung“ die freisinnige Wahlhilfe in Darmstadt zuwenden! —

Rachwahl im Reichstagswahlkreis Volken-Diebenhofen? Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, beabsichtigt der Reichstagsabgeordnete Merot noch im Laufe der jetzigen Reichstagsstimmung zurückzutreten. Es wird also eine Rachwahl erforderlich. Bisher hat der Wahlkreis stets einen Erfinder gewählt und würde auch bei einer Rachwahl wieder einen solchen in den Reichstag senden. Bei der ersten Wahl im Jahre 1903 erhielt Merot 8495, der Zentrumskandidat 6671, unser Genosse Petrot 8364 und der Nationalliberale 1215. In der Stichwahl siegte Merot über den Erlorenen des Zentrums mit 12 920 gegen 8039 Stimmen.

Die Reichstagserversammlung in Hagen-Schwelm ist, wie aus Garmeldet wird, auf den 19. Juli angesetzt worden.

Alte und neue Polizeitaten in Breslau.

Aus Breslau wird uns vom 2. Mai telegraphiert: Die Auflösung der Kaiserversammlung im Livoli erfolgte wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Das Vergehen soll durch einen Hinweis auf Rußland begangen sein. Abends wurde Genosse Albert verhaftet. Die Festentlassung der Genossen Albert und Klähs wurde abgelehnt.

Die Affäre von der abgehakten Hand ist so, wie die „Vollwacht“ geschrieben hat. Heute enthält die „Breslauer Zeitung“ eine authentische Darstellung des Rechtsanwalts Ramroth.

Je nachdem.

Die Demagogin vom Niederrhein, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, weiß ihre Fänge nach dem Winde zu drehen. Die Redensarten, mit denen sie zurzeit der Volkskämpfe die christlichen Arbeiter für den Sozialist breitzustagen verurteilt, hat sie anscheinend vergessen; denn sie schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, vergrößerte sich der erforderliche Bezug vom Ausland (im letzten Jahrzehnt) von 70 M. auf 102 M. und die Warenzufuhr von 71 M. auf 86 M., d. h. wir werden in unserer Versorgung mit Rohstoffen und Rohstoffen noch viel schneller abhängig vom Auslande, als dieses sein Interesse an unseren Fabrikationserzeugnissen steigert. ... Das deutsche Volk braucht immer mehr Brot und immer mehr Rohstoffe von dem Auslande, um leben und arbeiten zu können, und muß immer mehr Fabrikate auf dem Auslandsmarkt unterbringen, um jenen steigenden Bedarf bezahlen zu können.“

Wer daraus schließt, die „Westdeutsche“ bereut ihre Folltenden, irrt sich. Es handelt sich nur diesmal für sie darum, die katholischen Arbeiter für die Plottenvermehrung einzufangen. Je nach dem Zweck ändert sie ihre Argumentation, sei es auch auf Kosten der Logik.

Die „Arens-Zeitung“ ist mit ihrem nationalökonomischen Latein zu Ende. In einer kurzen Notiz erklärte sie, daß wir in dem „Arens-Zeitung“-Nationalökonomie“ behielten Leitartikel unserer letzten Sonntagsnummer, ebenso wie Marx, den Beweis für die Nichtigkeit der Mehrwerttheorie schuldig geblieben seien und dann leistet sie sich das kindliche Vergnügen, auf unsere Bemerkung, der Verfasser der „Arens-Zeitung“-Aufsätze scheine mehr Jurist als Nationalökonom zu sein, mit der ebenso billigen als abvernen Replik zu antworten, der Artikelschreiber des „Vorwärts“ sei weder Nationalökonom, noch Jurist, noch Logiker.“

Das ist das Ende vom Liede. Als tapferer Don Quixote zog das ehrsame Blatt aus, um Marx und die marxistische Nationalökonomie zu vernichten, und als geschundener Raubritter kehrt es heim — schimpfend und großend.

Ausland.

Ungarn.

Die Wahlen in Ungarn.

Budapest, 2. Mai. Bisher sind 321 Wahlergebnisse bekannt. Davon entfallen auf die Unabhängigkeitspartei 108, auf die Verfassungspartei 68, die Volkspartei 21, die neue Partei 1, die Sozialisten 1, die Sachjen 5, Serben 4, Rumänen 11, Slovaken 6, Demokraten 2. Parteilos sind 6 Gewählte. 10 Stichwahlen sind erforderlich. Für zwei bereitelte Wahlen werden Neuwahlen ausgeschrieben.

Frankreich.

Das „Komplot“.

Paris, 20. April. (Fig. Ver.)

Die Komplotaffäre entpuppt sich immer deutlicher als ein skrupelloses Wohlwollen. Die Merikalen hatten der Regierungspartei die Wahlausichten verdorben, indem sie den Wählern umangefügt in die Ohren trompeteten: „Die Revolution kommt!“ Die Regierung übertrumpft nun diesen Schwindler, indem sie verkündet: „Das mit der Revolution stimmt, aber die Merikalen haben die Revolution befehlt!“ Die „Verweise“ der Regierung werden ungefähr so viel wert sein wie die ihrer Gegner. Man weiß heute schon, daß der am stärksten „Kompromittierte“, der Graf Beauregard, ein alter Narr ist, der seit Monaten auf dem Lande lebt und den hoffnungslosen Versuch macht, seinen Schwachsinn zu kurieren. Der „Matin“, der vom Ministerium des Innern bedient wird, bringt heute wohl ganz interessante Mitteilungen zur Veröffentlichung, die aber mit dem angeblichen Komplot nicht das geringste zu tun haben. Es sind mehrere bei einem Pfaffen vorgefundene Aufwandszettel, die republikanische Offiziere betreffen, ein genaues Gegenstück zu den von den Freimaurern gelieferten, die die Bestellungen und die Lebensführungen der Merikalen Offiziere behandeln. Daß aber in der Armee neben der antimerikalen eine merikale Spionage besteht, ist längst bekannt, wenn auch die Veröffentlichungen des „Matin“ die Heuchelei der von den Pfaffenfreunden inszenierten Entlastungskampagne offenkundig machen. Doch wo ist bisher auch nur das leiseste Anzeichen dafür gefunden worden, daß die Konföderation der Arbeit mit den Merikalen zusammen operierte?! Wohl wird es niemand als ausgeschlossen erklären, daß die Reaktionäre irgend welche ihrer Agenten in die gewerkschaftlichen Organisationen hineingeschmuggelt haben könnten, so wie man behaupten darf, daß auch die Polizei dort ihre Spiegel haben wird. Aber wo ist die Verschwörung? Und wie kann die Regierung ihre rechtswidrigen Hausdurchsuchungen verteidigen? Ihr plummes Vorgehen dabei beweist, daß sie selber nicht an die „Verschwörung“ glaubt! Als man z. B. die Liste der ersten Hausdurchsuchungen las, fragte man sich: Und Jean Grave? Bei diesem Anarchisten wird nämlich immer Hausdurchsuchung gehalten, wenn irgend eine „anarchistische“ Affäre am Horizont erscheint — ganz abgesehen von der ständigen Verspottung. Zu Grave kam aber die Polizei erst am zweiten Tage! Sie suchte eben, daß sie dort nichts fände, auch wenn sie „überausend“ läme. Doch in den Zeitungen liest sich immerhin genügend unheimlich: „Wenn Anarchisten Grave wurde Hausdurchsuchung gehalten.“

Die bürgerliche Freiheit ist jetzt überhaupt nur ein leeres Wort. Der Demokrat Clemenceau hat noch vor kurzer Zeit lange Artikel über den Schutz der persönlichen Freiheit gegen Justizwillkür geschrieben. Jetzt regiert er nach absolutistischer Laune. Die Zensur ist wieder hergestellt. Die Polizei fängt mißliebige Drucksachen an der Bahn und auf den Postämtern auf. Die Postbeamten haben sich dieser Lage zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß sie die ihnen gestellte Zustimmung ablehnen, Druckschriften anzuhalten und so Polizeidienste zu leisten!

Wer aus dem mit so wenig edlen Mitteln geführten Kampf zwischen den Merikalen und der Regierung als Sieger hervorgeht wird, läßt sich schwerlich sagen. Sicher ist wohl, daß der Merikalen Presse vor den Wirkungen der Kampagne selbst bange zu werden beginnt und daß sie seit ein paar Tagen abwiegelt. Die Pfaffenflucht der reichen Bourgeois in die Provinz und nach dem Süden entfährt nämlich gerade den rückschrittlichen Kandidaten Wähler. Die Merikalen Zeitungen haben die Dummheit ihrer Leser nicht in allen ihren Wirkungen berechnet. —

Ein sozialistischer Offizier in der Arbeitsbörse.

(Fig. Ver.)

Die Gewerkschaftsunion des Seine-Departements hatte am Vorabend des 1. Mai eine Versammlung in die Arbeitsbörse einberufen. 4000 Menschen preschten sich in den großen Saal. Die Reden hatten begonnen, als ein unerwarteter Zwischenfall eintrat. Ein Offizier in Felduniform erschien am Eingang und begehrte Einlaß. Die Ordner wollten ihm den Eintritt wehren, er aber sagte: „Ich komme als einfacher Bürger, um Eurer Versammlung beizuwohnen.“ Langsam bahnte er sich einen Weg zur Rednertribüne und verlangte das Wort zu einer Erklärung. Erst ertönten einige feindselige Rufe, aber immer stärker wurden die Stimmen, die riefen: „Er soll sprechen.“ „Ist ihm zu sprechen!“ Und mit klarem, wenn auch vor Aufregung bebender Stimme sprach er zur atemlos lauschenden Menge: „Mein Name lautet: ich bin der Leutnant Tisserand de Lange vom 5. Infanterieregiment. Ich trat in die Armee ein, träumend von Kriegsrühm und von einem stolzen, der Ehre geweihten Leben. Meine Illusionen dauerten nicht lange. Ich sah die republikanischen Offiziere verachtet und mißhandelt von der Merikalen Clique. Ich wurde der Republikaner. Zwei Jahre lang war ich Instrukteur auf der Kriegsschule, ich litt und sah andere leiden. Und ich wurde Sozialist.“ — Hier unterbrach stürmischer Beifall den Redner, eine Stimme aber tönte: „Das alles ist ja schön. Aber was werden Sie morgen machen, wenn man Ihnen befehlen wird, schießen zu lassen?“ Der Redner erwiderte: „Ich bin Soldat. Ich werde auf meinem Posten sein. Aber niemals werde ich dazu zu haben sein, auf die Arbeiter zu schießen, die meine Brüder sind. Wir sozialistischen Offiziere haben dieselben Rechte wie die Merikalen Offiziere. Sie berufen sich auf ihr Gewissen. Auch wir haben ein Gewissen. Für sie ist es eine Gewissensfrage, eine Kirchenur aufzubrechen, für uns, auf Arbeiter zu schießen.“ — Dann besdwor der sozialistische Leutnant die Arbeiter, sich zu beherrschen. „Seht in den Soldaten nicht Eure Feinde! Die Armee ist republikanisch und sozialistisch. Ihr werdet sie auf Eurer Seite finden. Die Gewehre werden nicht losgehen. Wir sind mit Euch!“

Die Rede hatte einen ungeheuren Enthusiasmus entzündet. Donnernder Beifall folgte ihr. Viele Arbeiter drückten dem Redner die Hand. Der Vorsitzende aber hat, dem Leutnant nicht auf die Straße zu folgen; draußen hatte sich nämlich unter der Situation verändert: Vor der Arbeitsbörse hatten starke Truppenabteilungen Aufstellung genommen. Polizeibeamte warteten. Denn sofort, als der Redner begonnen hatte, waren zwei Individuen aus dem Saale geflüchten. Der Leutnant aber stieg mit bleichem Gesicht von der Tribüne und verließ mit festem Schritt den Saal. Vor dem Tore des Gebäudes sah er einen Augenblick um sich. Dann ging er auf einen Beamten zu und sagte ruhig: „Ich weiß, Sie wollen mich verhaften. Hier bin ich!“

Man führte ihn in einem Fiaker auf die Marée. Nach dem Verhör wurde er auf Befehl des Kriegsministers in das Militärgefängnis von Cherche Midi übergeführt und in strengen Arrest gesetzt.

Paris, 2. Mai. (B. L. V.) Präsident Fallières unterzeichnete ein Dekret, durch das der Leutnant Tisserand de Lange infolge seiner Rede in der Arbeitsbörse in Nichtaktivität durch Entfernung aus seiner Stellung versetzt wird.

Portugal.

Die Wahlen.

Es sind 113 Ministerielle und 40 Anhänger der Opposition, darunter ein Republikaner, gewählt.

Die Revolution in Rußland.

Kosakische Helikonten.

Die Kosaken haben, zumal bei der Unterdrückung der Unruhen, schon so manches Bravourstück geleistet. Aber auch jetzt, während doch nach den offiziellen Versicherungen in Rußland Ruhe herrscht, werden von den Kosaken geradezu verblüffende Heldentaten verübt, so daß der am 28. April nach Jaroslavl zum Zaren befohlene kaukasische General Schirkin nur die außerordentlichen Umstände als Milderungsgrund für die Greuelthaten der Kosaken anführen konnte. Doch ein solches Vorgehen der Kosaken wird nicht nur aus dem brodelnden Kaukasus gemeldet. Da die russische Behörde noch immer die Vorbereitung zu größeren Unruhen wittert, so entsendet sie bald nach diesen, bald nach jenen Orten Kosaken, um die Bevölkerung „von schlechten Gedanken abzubringen.“ Traß da so eine Kosakenabteilung in Kasahr im Gouvernement Simbirsk ein. Zunächst wandten sich die Kosaken gegen die städtische Mädchenschule, und da dies während des Unterrichts war, so suchten die kurzröckigen „Revolutionärinnen“ das Weite. Dann wurden mehrere kleine Kosakenpatrouillen nach allen Richtungen der Stadt abgesandt. Hierbei brüllte ein Kosakenführer: „Kosaki idat, storonia, israblju“ („Kosaken gehen, wech aus, werde zerhackt“). Trozdem die Bevölkerung, von einer Panik ergriffen, sich die größte Mühe gab, in keinen Konflikt mit den Kosaken zu kommen, wurden dennoch in Kasahr zahlreiche Männer und Frauen zu Krüppeln verprügelt und verschiedene Häuser demoliert. Die Sache ging so weit, daß man Infanterie herbeiholen mußte, die dem wüsten Vorgehen der Kosaken ein Ende bereitete. Wie mag es nun in Kasahr in Wirklichkeit zugegangen sein, wenn selbst die haarsträubendsten Tatsachen, die mit Namensnennung der rabiaten Kosaken und der Geschädigten, trotz der jetzt in Rußland herrschenden drakonischen Zensurbestimmungen, in dem „Wolgaer Voten“ ausführlich beschrieben und bis jetzt selbst von dem „Nischoje Gossudarstwo“ nicht dementiert worden sind. . . .

Meuterei in Sewastopol?

Petersburg, 30. April. (Laffan-Meldung.) Erste militärische Unruhen ereigneten sich in der vorigen Nacht in Sewastopol. Ein Strafbataillon erfuhrte das Militärgefängnis und setzte 35 Gefangene, die bei den Meutereien im vorigen Jahre die Führer waren, in Freiheit. Der Gouverneur telegraphierte nach Petersburg: Die Lage ist ernst, wenn auch über den Umfang der Revolte noch nichts Genaueres bekannt ist.

Furcht vor Bauernunruhen.

Petersburg, 1. Mai. Der Reichsrat bewilligte 7 1/2 Mill. Rubel zwecks Dislozierung von Truppen zur Verhütung von Bauernunruhen. Im ganzen werden 139 Bataillone Infanterie, 32 Schwadronen Kavallerie und 32 Batterien Artillerie dafür verwandt werden.

Die Demission Wittes.

Aus Petersburg wird dem „Tag“ vom 2. Mai gemeldet: Daß Graf Witte demissioniert hat, ist nicht mehr zu bezweifeln. Wie ich dazu aus erster Quelle melden kann, reichte er vorgestern dem Zaren sein Abschiedsgesuch ein, auf das bis zur Stunde noch keine Antwort erfolgt ist. Die Demission ist veranlaßt durch den Gegensatz der Politik des Ministers des Innern Durnowo zu derjenigen des Grafen Witte. Insbesondere ist dieser mit der Zusammenstellung der neuen Reichsgrundgesetze durch Durnowo, die zum großen Teile das kaiserliche Manifest vom 17. Oktober illusorisch machen, nicht einverstanden. Der Zar wird sich nun entscheiden müssen, ob er für Witte oder für Durnowo ist. Auf die Börse wirkt die Nachricht von der Demission Wittes höchst nachteilig. Die konstitutionell-demokratischen Blätter betrachten den Ministerpräsidenten bereits als eine gefallene Größe.

Aus der Partei.

In bedauerlichem Gegensatz zu den glänzenden, von einem erfreulichen Fortschritt zeugenden Reiseberichten aus ganz Deutschland steht eine Erscheinung in Baden, über die man uns schreibt:

Ein Blick in die badische Parteipresse belehrt uns darüber, wie wenig in Baden die Reisezeit sich unter den Gewerkschaften und Parteiorganisationen zu einer einheitlichen Kundgebung durchgerungen hat. In den großen Städten des Landes gestaltet sich die Festlichkeit immer erhabender: die Zahl der am ersten Mai feiernden nimmt von Jahr zu Jahr eine größere Ausdehnung an. Dagegen scheinen sich die Feste zu vermehren, in welchen die Organisationen aus nicht zu rechtfertigenden Gründen die Feier nicht mehr am Weltfeiertage begehen, sondern entweder vor oder nach lange nach dem 1. Mai. Die Umzüge in der badischen Parteipresse zeigt uns folgendes Bild. Vor dem 1. Mai fanden die Maifeiern statt: in Emmendingen, Badstätt, Säckingen, Hagenhausen am 29. April; am folgenden Tage zu Gailingen nach dem 1. Mai sind die Maifeiern sehr häufig. Das Gewerkschaftsstatell und der sozialdemokratische Verein Waldshut begehen die „offizielle Maifeier“ am 5. d. Mts.; am Sonntag, den 6. Mai sind Maifeiern zu Nechl, Röttlerweiler, Weihenstein und Laß, Waldsied und Donauweisingen. An demselben Tag begehen die Genossen in Badisch-Neimfelden den Arbeiterfeiertag; in Handshühheim desgleichen. Weitere Maifeiern sind für den 22. und 23. Mai projektiert.

Es ist kein erfreuliches Bild, das diese Angaben entwerfen. Die Genossen der angeführten Orte müssen an ihre Pflicht erinnert werden, den Beschläffen der internationalen Arbeiterkongresse und der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie Folge zu leisten. Eine Durchbrechung der Reiseberichterstattung in dieser Hinsicht, wie sie in Baden zu verzeichnen ist, ist ein Disziplinbruch schlimmer Art.

30 000 Abonnenten zählt jetzt die „Volkswacht“ zu Weisau, wie sie in ihrer wegen des Waigebichts beschlagnahmen Reichsnummer triumphierend mitteilt. Am Sonntag haben die Breslauer Genossen eine Hausagitation bewerkstelligt, die ihrem Organ 1500 neue Leser eintrug. Seit dem Wutbad hat die „Volkswacht“ genau 2800 neue Abonnenten gewonnen! Eine bessere Antwort hätte die Breslauer Arbeiterkraft auf die Mezelei nicht geben können. Blick auf! zum weiteren Vormarsch.

Das „haatsgefährliche“ Waigebicht, wegen dessen die Konfiskation erfolgte, zeichnet sich durch schamvolle Form und wichtigen Inhalt aus. Wie aber seine Veröffentlichung eine strafbare Tat darstellend soll, ist uns total unverständlich.

Unser holländisches Parteiblatt „Het Volk“ hat am Montag ein eigenes Heim bezogen auf der Kaisergracht zu Amsterdam. Die Aktiengesellschaft „Elektrische Drukkerij Bournungang“ besorgt nunmehr die Herausgabe des Blattes namens der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Und noch eine verpuffte Staatsaktion. Wegen des preussischen Wahlrechtsinhabers war u. a. auch gegen die Genossen Wallfisch und Meising in Dresden als Drucker und gegen den Genossen Kupke in Götting als Verbreiter von der eifrigen

Göttinger Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Aufreizung eröffnet worden. Auf Antrag derselben Staatsanwaltschaft ist nun von der Göttinger Strafkammer das Verfahren eingestellt worden. Die entstandenen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die Göttinger Staatsanwaltschaft scheint ein Faible dafür zu haben, außer dem Verantwortlichen alle möglichen anderen Personen noch mit vor den Richter zu zerren. Glück hat sie allerdings bis jetzt noch nicht damit gehabt und dürfte sie nach den Entscheidungen des Reichsgerichts wohl auch künftig nicht haben.

Soziales.

Soziale Schriften über Arbeitsverhältnisse in Baden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion für 1905 ist mit ziemlicher Verspätung erschienen. Im Anschluß daran erscheint demnächst eine Arbeit der Volkswirtschaftler der badischen Fabrikinspektion, Hr. Dr. Baum über das interessante Gebiet der sozialen Lage der Karlsruher Lohnarbeiterinnen. Später soll aus der Feder des Leiters der Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, ein Buch erscheinen, welches das zeitgemäße Thema „Hausindustrie des badischen Landes“ behandelt.

Unfallversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter. Ausdehnung des Unfallgesetzes auf die Handelsgeschäfte. Errichtung öffentlicher Trinkerheilstätten.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte gestern über eine Reihe von Petitionen, welche von 12 landwirtschaftlichen Arbeitervereinen, mit 463 Unterschriften versehen, eingegangen sind. Die Petenten fordern eine Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft. Zur Begründung der Petitionen wird folgender Fall angeführt: Ein Affordschmied beschäftigte sich morgens zwischen 4 und 5 Uhr mit dem Schärfen (Zengeln) einer ihm selbst gehörenden Sense, die er später bei der Arbeit benutzen wollte. Die Sense glitt ihm aus und verletzte ihm den rechten Fuß schwer. Es trat eine Blutergussung ein und wurden mehrere Operationen nötig. Der Arbeiter wurde erwerbsunfähig und beantragte die Gewährung von Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft erkannte den Antrag des Verletzten als berechtigt nicht an und begründete ihre Ablehnung — wie es in der Petition heißt — damit, daß sie nur für Unfälle aufzukommen habe, die sich in der Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 7 Uhr abends ereignen.

Auch das angerufene Schiedsgericht wies den Rentenanspruch des Verletzten ab. In der Begründung der Abweisung wurde angeführt, daß der Unfall nicht im Betriebe, sondern in der Vorbereitung der Verletzung, also auch vor Beginn der eigentlichen Betriebsarbeit erfolgt sei. Auch der Umstand, daß die Sense, welche den Unfall herbeiführte, Eigentum des Verletzten, nicht aber des Betriebsunternehmers war, wurde als Ablehnungsgrund mit angeführt. Das Schiedsgericht fügte sich hierbei auf frühere Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

In der Petitionskommission wurde allseitig die Ansicht vertreten, daß diese Entscheidung nicht dem Sinne des Gesetzes, noch viel weniger aber dem Willen des Gesetzgebers entspreche. Um hier Klarheit zu schaffen, sei allerdings die Abänderung des Gesetzes nötig. Es wurde beschlossen, die Petitionen dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition, die die Ausdehnung des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes auf die gesamten Handelsgeschäfte beantragt.

Eine Petition des „Verbandes von Trinkerheilstätten des deutschen Sprachgebietes“ in Stuttgart verlangt den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Fürsorge für Trunksüchtige. Es wird u. a. die Errichtung von öffentlichen Trinkerheilstätten verlangt. — Die Kommission beschloß, diese Petition dem Reichstanzler zur Erwägung zu überweisen.

Gewerkchaftliches.

Mai-Ausperrungen.

Die Kühnemänner voran! So ging es gestern in der „Neuen Welt“ von Mund zu Mund in der daselbst abgehaltenen Versammlung der mai-ausgesperrten Metallarbeiter. Der Saal vermodete die Masse der Erschienenen bei weitem nicht zu fassen, Tausende mußten im Garten bleiben. Von den Vertrauensmännern und Obleuten der verschiedenen Betriebe war bereits eine zahlenmäßige Aufstellung über den Umfang der Ausperrung vorgenommen worden. Demnach sind in 63 Betrieben nicht weniger wie 14 600 Arbeiter wegen der Beteiligung an der Reisezeit ausgesperrt worden. Hinzu kommen noch zirka 1000 Fabrik- und Hilfsarbeiter sowie etwa 500 Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerkchaft, so daß in den Betrieben der Berliner Metallindustriellen rund

16 000 Mai-Ausgesperrte

zu verzeichnen sind. Die Ausperrung soll nach einem Ulaß der Kühnemänner bis zum 7. Mai andauern. Wie in der Versammlung aber mehrfach hervorgehoben wurde, ist es nicht ausgeschlossen, daß in den verschiedensten Großbetrieben bis dahin möglichst viel neue Arbeiter eingestellt werden und dann eine Auslieferung unter den Ausgesperrten stattfindet. Um diese voraussetzliche Maßnahme der Kühnemänner nach Möglichkeit zu paralisieren, faßte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß:

Für alle Arbeiter, die nicht bis zum 30. April in jenen Betrieben bereits beschäftigt waren, gelten sämtliche Betriebe, in denen Ausperrungen erfolgt sind, bis auf weiteres als gesperrt!

Alle Anfragen, welche die Ausperrung betreffen, sind an die Auskunftsstellen zu richten, deren nähere Adressen in der Freitagssnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben werden. Ob sich aus dieser Ausperrung noch weitere Komplikationen ergeben werden, bleibt einstweilen abzuwarten.

Wie der Holzarbeiterverband feststellte, meldeten sich bis gestern Abend in seinem Bureau 1663 Mitglieder als Mai-Ausgesperrte. Den größten Prozentsatz hiervon stellen die Tischler, von denen bei der Firma Pfaff allein zirka 500 in Frage kommen. Die Ausperrung dauert in der Mehrzahl der Fälle jedoch nur einen Tag, so daß am heutigen Donnerstag in den meisten dieser Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen wird. Nur zirka 200 Klavierarbeiter sowie die beteiligten Modelltischler sollen vier Tage lang ausgesperrt werden.

Von den Mitgliedern des Zimmererverbandes meldeten bis gestern nur 431 bei 105 Arbeitgebern ihre Ausperrung für einen Tag. Aus einigen Bezirken steht die Meldung noch aus.

Bei den Maurern und Bauarbeitern ist das Ausperrungsergebnis noch nicht zusammengestellt. Es dürfte wie bei den Zimmerern nur ein ganz minimales sein.

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung der Schuhmacher. Der Verband der Schuhmacher hielt am Montag in den Residenzjahren eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Bericht über die Verhandlungen mit der Innung entgegengenommen wurde. Richterlicher Holzgrafe erklärte, daß im Innungsausschuß beschlossen worden sei, den Meistern zu empfehlen, bis zu zehn Prozent über

den Minimaltarif von 1901 an Lohnhöhen zu bewilligen. Die Versammlung war sehr unbefriedigt von dem Resultat der Verhandlungen mit dem Innungsausschuß und erklärte in einer Resolution, daß bis spätestens Donnerstag ein präzifizierter Lohnarif vorliegen müsse. Der Gesellenausschuß wurde ermächtigt, in Unterhandlung mit der Innung zu treten, und am Montag, den 7. Mai, soll eine Versammlung darüber beschließen, ob dem vereinbarten Lohnarif zuzustimmen sei oder ob man durch Arbeitsniederlegung den gerechten Forderungen Nachdruck verleihen müsse. — Ein Vertreter der Charlottenburger Schuhmacher teilte mit, daß die Kollegen dort, beinahe 800 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt hätten und daß ihre Energie sofort belohnt worden sei, indem die Meister zum größten Teil bereits Bewilligungen gemacht haben. Ueber 200 Schuhmacher haben die Arbeit daraufhin wieder aufgenommen. In Schöneberg und Großlichterfelde fanden Versammlungen von Meistern statt, die sich von der Berliner Innung abgefordert haben und geneigt sind, den Lohnarif der Gesellenchaft anzuerkennen. — Die Stimmung der Versammlung war stark für den Streik, wenn der Lohnarif nicht Anerkennung findet.

Achtung, Kupferschmiede! Hierdurch machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß sämtliche Betriebe, wo wegen der Reisezeit Ausperrungen stattgefunden haben, für alle Kollegen vom 30. April ab gesperrt sind. Für alle ausgesperrten und arbeitslosen Kollegen findet eine Versammlung am Freitag, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Fritsch, Weinstr. 11, statt.

Die Filialverwaltung.

Zu der Lohnbewegung der Hausdiener usw. aus den Wälscher-Berlehnshäusern ist weiter zu berichten, daß die Firmen Siebert, Zitzlerstraße, und W. London, „Sonne“, Krausnickstraße, den Tarif nachträglich anerkannt haben. Da die Fahrer, Kutscher usw. von den bewilligten Firmen sich durch braune Legitimationskarten ausweisen, ist Aussicht vorhanden, daß die weiteren Firmen noch folgen werden.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Achtung! Kurbesticker und Stickerinnen.

Bezugnehmend auf unsere Warnung in der Dienstadtnummer des „Vorwärts“, Streik der Kurbesticker in London betreffend, teilen wir folgendes zur Orientierung der Kollegen mit:

Ursache des Streiks ist die Einführung von Stichtzählern, die an den Maschinen angebracht werden, das heißt: Die Arbeit wird nicht mehr bei Tresse nach Metern und bei Rumbind nach Gramm bezahlt, sondern es werden bei allen Arbeiten nur die Stiche bezahlt, welche die Uhr anzeigt, und zwar für 1000 Stiche = 1 Nummer 1 Pfennig. In gewisser Hinsicht wäre gegen die Einführung der Stichtzählern nichts einzuwenden, im Gegenteil, der Arbeiter hätte dann die Gewißheit, seine Arbeit vollbezahlt zu bekommen, was bei Bezahlung der Meterzahl oder bei Grammalkulation nicht immer der Fall ist. Wir erinnern nur daran, daß der Unternehmer beim Mustern gewöhnlich den Kalkulationspreis bezahlt, nachher bei Bestellungen jedoch einfach abzieht, was bei Bezahlung der Stiche nicht eintreten könnte, wenn die Berechnung der Stiche auf einer gesunden Basis beruhen würde.

Dies ist jedoch hier nicht der Fall. Die Londoner Unternehmer wollen, wie schon oben bemerkt, für 1000 Stiche 1 Pfennig, oder für 400 000 Stiche 4 M. bezahlen, was nach unserer Ueberzeugung einfach unmöglich ist.

Eine kleine Berechnung bezeugt dieses: Rechnet man auf 1 Zentimeter Tresse 4 Stiche, was äußerst niedrig gegriffen ist, so würden auf 400 000 Stiche 1000 Meter Tresse kommen; dafür wird hier 10 M. bezahlt, nach den Preisen in London 4 M. Der Unternehmer wird jedoch dafür sorgen, daß nicht mit einem so kleinen Stich gearbeitet wird. Er wird einen längeren Stich verlangen, und je länger der Stich, je mehr Tresse würde verarbeitet werden, ja es kann leicht vorkommen, daß auf 400 000 Stiche 1500 Meter Tresse und sogar noch mehr kommen, und das für 4 M.

Kollegen! Wir glauben nicht weiter darauf hinweisen zu müssen, welche Gefahr darin liegt, wenn es den Unternehmern gelingen würde, dies durchzuführen. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der deutschen Kollegen, die englischen Kollegen moralisch zu unterstützen und jedes Anerbieten, Stellung nach England anzunehmen, rundweg abzulehnen. Es befindet sich augenblicklich in Berlin ein Herr Tannenbaum, ein Londoner Unternehmer, um hier Arbeitskräfte zu suchen; derselbe war in der vorigen Woche bei Linz u. Schardt und ließ sich von einem österreichischen Kollegen etwas vorarbeiten. Er wollte denselben auch engagieren, aber kein Reisegeld zahlen; aus diesem Grunde ging das Engagement in die Brüche.

Außerdem gelten die Abmachungen, die der Herr hier in Deutschland schriftlich gibt, absolut nicht, wenn der Vertrag nicht vom englischen und deutschen Konsul beglaubigt ist; der Herr kann hier alles mögliche versprechen und schriftlich geben und kann auf sein Versprechen in England nicht gerichtlich belangt werden, wenn er seinen Versprechungen nicht nachkommt.

Also nochmals, gehe niemand nach England!

Zentralverband deutscher Textilarbeiter (Filiale Berlin)

Lohnbewegung der Bäcker.

Die aus Meistern und Gesellen zusammengesetzte Kommission hat sich bekanntlich in ihrer vorigen Sitzung dahin geeinigt, daß Kost und Logis im Hause des Meisters nicht mehr gewährt werden soll, daß ein Mindestlohn von 23 M. wöchentlich zu zahlen ist, der in Großbetrieben, wo höhere Arbeitsleistung verlangt wird, entsprechend höher sein soll, und in den Fällen, wo einem Gesellen auf seinen Wunsch Kost und Logis gewährt wird, dafür 12 M. vom Wochenlohn abgerechnet werden dürfen.

Nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, hat eine Unterkommision die übrigen Forderungen durchgearbeitet und ihre Anträge der Gesamtkommision vorgelegt. Diese hat die Vorschläge der Unterkommision fast in allen Punkten angenommen. Es ist demnach gestern in der Gesamtkommision eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Ueberstunden, welche durch Mehrarbeit verursacht worden sind, werden mit 80 P. pro Stunde vergütet. — Ausschüssen erhalten pro Tag 4,50 M. Verantwortlichen Arbeitern ist entsprechend mehr zu zahlen. Keineswegs darf Ausschüssen weniger als den ständigen Gesellen bezahlt werden. — Arbeiten, die während der Ruhezeit verrichtet werden (Sauermaßen, Offenbeizen usw.), müssen besonders vergütet und mindestens nach dem Ueberstundenlohn bezahlt werden.

In die nach der Bundesratsverordnung zulässige zwölfstündige Maximalarbeitszeit müssen die nötigen Pausen fallen. Diese müssen in Großbetrieben mindestens 1 1/2 Stunden täglich betragen. Wo die Gesellen bisher in der Woche 6 bzw. in 14 Tagen 13 Schichten gearbeitet haben, darf diese Schichtzahl keinesfalls vermehrt werden, vielmehr ist in allen Bäckereien, wo dies angängig, dafür zu sorgen, daß die Gesellen nur durchweg 6 Schichten pro Woche zu arbeiten haben.

Betriebe ohne Gesellen dürfen nicht mehr als 2 Lehrlinge halten. Mehr als 3 Lehrlinge darf kein Meister beschäftigen.

Während sich die ausgedehnten Debatten über die vorstehenden Punkte fast nur um gewerbliche Angelegenheiten drehten, kam es zu einer grundsätzlichen Debatte bei den Vorschlägen der Unterkommision, welche sich auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Einsetzung einer Schlichtungskommision erstreckten. Nach dem Vorschlage der Unterkommision soll die Schlichtungskommision aus 15 Meistern und 15 Gesellen bestehen, und von den letzteren sollen 12 den Gesellenausschüssen der beteiligten Innungen, zwei dem Deutschen Bäckerverbande und einer dem neuen gelben Verbände angehören. Gegen die Vertretung der Gesellen in der Schlichtungskommision wandten sich die Verbandsvertreter Barth und Heysohl mit großer Entschiedenheit. Sie begründeten ihren Standpunkt in derselben Weise wie am Anfang der ersten Sitzung, als

es sich um die Frage der Beteiligung der Gelben handelte. Die Vertretung der Gelben in der Schlichtungskommission werde von der Verbandsversammlung unter keinen Umständen angenommen werden. An dieser Frage werde voraussichtlich die Einigung scheitern, wenn die Meister nicht auf der Vertretung der Gelben verzichten und es den Gesellen selbst überlassen, wen sie mit ihrer Vertretung betrauen wollen. Verbandsvorsitzender Klmann sagte, die angegriffene Bestimmung sei beim hiesigen Arbeiten am Schluss der Sitzung der Unterkommission angenommen worden, hinterher habe er auch Bedenken gehabt. Er mache nun im Interesse des Friedens den Vorschlag, die Vertretung beider Organisationen sollen zu lassen und zu bestimmen, daß die drei Gesellenvertreter, welche außer den Mitgliedern der Gesellenausschüsse in der Schlichtungskommission sitzen sollen, in öffentlicher, von den Gesellenausschüssen einzuberufender Versammlung gewählt werden. Dagegen meinte der Innungssekretär Dr. Westphal: Auf diesen Vorschlag könnten die Meister nicht eingehen, denn das wäre das selbe, als wenn dem Verband von vornherein drei Vertreter zugestimmt werden. — Die Verbandsvertreter stellten den Gegenantrag, daß auch einem Mitgliede der Freien Vereinigung der Bäckermeister ein Sitz in der Schlichtungskommission gewährt werde. Die Meister belängten diesen Antrag. — Als in langer vergeblicher Debatte keine Einigung über den strittigen Punkt erzielt werden konnte, pflogen die Verbandsvertreter eine Sonderberatung und erklärten dann: Wir können den neuen (gelben) Verband in keinem Falle anerkennen, wir möchten aber die Einigung nicht scheitern lassen und wollen uns deshalb, so schwer es uns auch wird, mit einer Vertretung des neuen Verbandes einverstanden erklären. Wir erwarten jedoch, daß beide Teile der Schlichtungskommission je einen Vorsitzenden wählen, welche die Verhandlungen abwechselnd mit gleichen Rechten führen. Ebenso erwarten wir, daß beide Teile der Schlichtungskommission über wichtige Fragen gefordert abstimmen. — Diese Erwartung erklärte man auf der Seite der Meister als berechtigt und sicherte deren Erfüllung zu. — Damit ist auch über die letzten Punkte des Abkommens eine Einigung erzielt. Diese Punkte besagen: Für Berlin und die Vororte soll ein zentralisierter Arbeitsnachweis errichtet werden, dessen Leitung einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen bestehenden Kommission untersteht. Die Vorarbeiten für Einrichtung des zentralisierten Arbeitsnachweises betreibt die Schlichtungskommission, derselbe tritt spätestens am 1. April 1907 in Kraft. Die Innung verpflichtet sich, ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung des zentralisierten Arbeitsnachweises anzuhalten. Arbeitsvermittlung durch Kommissionäre wird verboten.

Zur Durchführung dieses Übereinkommens, sowie zur Beseitigung von Differenzen, die aus demselben resultieren, ist eine aus 15 Meistern und 15 Gesellen bestehende Schlichtungskommission einzusetzen. Dieselbe wird gebildet aus 15 Vertretern der Innungen, 12 Mitgliedern der Gesellenausschüsse, 2 Vertretern des Deutschen Bäckerverbandes und einem Mitgliede des neuen Verbandes. Die Beauftragten der Schlichtungskommission haben zwecks Kontrolle und Ueberwachung dieser Abmachungen freien Zutritt zu den Bäckereien. Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterschrift seitens der Parteien in Kraft, es ist in den Arbeitsnachweisen an sichtbarer Stelle auszuhängen und dürfen Gesellen nur zu den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen in Arbeit gesandt werden.

Damit sind die Verhandlungen der Kommission beendet. Die Vereinbarungen unterliegen nunmehr der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen, wo sie die Kommissionsmitglieder zur Annahme empfehlen werden.

Deutsches Reich.

Die Konferenz der mitteldeutschen Brauereiarbeiter. Die in Halle tagte, nahm schließlich folgende Resolution an:

Die heutige Konferenz der Vertreter der streikenden Vergarbeiter Mitteldeutschlands nimmt Kenntnis von den Wünschen auf den Gruben, die zum Streik geführt haben. Dätten die Werksbesitzer nur eingekerkert die langjährigen Wünschen und berechtigten Forderungen der Vergarbeiter entgegenkommen gezeigt, konnte der Streik vermieden werden. Das ist gegenüber den Mitteilungen der bürgerlichen Presse wie den der Werksbesitzer hier festzustellen. Die Vergarbeiter sind auch jetzt, nachdem der Kampf ausgebrochen und schon fünf Wochen lang währt, bereit, jederzeit in Verhandlungen zu treten, um den Frieden zwischen Werken und Arbeitern wieder herzustellen, nur lehnt die streikende Arbeiterschaft es ab, die jetzt noch auf der Grube tätigen Arbeiterausschüsse als Vermittlungsinstitution in diesem Kampfe anzuerkennen als der Arbeiterehre unwürdig. Die Streikenden nehmen ferner Kenntnis von den verschiedenen Schreiben von Werksbesitzern, die den Wunsch nach Verhandlungen ausdrücken, an den Vorsitzenden der Lohnkommission, beauftragt diesen, sich mit den in Frage kommenden streikenden Vergarbeitern in Verbindung zu setzen, um die hier angebrachten Schritte einzuleiten. Die streikenden Vergarbeiter lassen durch ihre Delegierten ausdrücklich erklären, daß eine Einigkeit beziehungsweise Aufhebung des Streiks nur erfolgen darf, wenn annehmbare Bewilligungen unserer Forderungen erreicht sind und diese einheitlich zur Durchführung gelangen, mindestens aber für die Reviere bzw. Gruben, die sich im Streik befinden.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zu der Aussperrung der Metallarbeiter in der Kreis-hauptmannschaft Dresden.

In einer großen, von circa 1800 Personen besuchten Versammlung der Formner wurde Stellung genommen zu den neuen Vorschlägen der Unternehmer. Von dem Bezirksleiter wurden eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen dazu gemacht. Die standalöse Arbeitswilligenbestimmung wird aber als völlig unannehmbar bezeichnet, da ja jeder Streikbrecher oder Agent provocateur sonst imstande wäre, den Frieden wieder zu stiften. An Stelle der von den Unternehmern gebotenen 15 Proz. Zuschlag für Ueberstunden werden 20 Proz. gefordert. An Stelle der paritätischen Kommission zur Feststellung des Verschuldens bei Beschlag wird die Zuziehung eines Vertrauensmannes der Sicherheitsarbeiter gefordert. Auf die Forderung eines Minimallohnes soll zurzeit verzichtet werden, doch wird von den Unternehmern erwartet, daß sie die Löhne der Sicherheitsarbeiter einer Revision unterziehen und die niedrigen erhöhen, wie das beispielsweise auch von den Leipziger Sicherheitsarbeitern geschehen sei. Einstimmig wurde dieser Vorschlag angenommen und die Kommission beauftragt, auf dieser Grundlage mit den Unternehmervertretern weiter zu verhandeln. Das ist nun am Montag geschehen. Die Unternehmervertreter brüden den Wunsch aus, daß die Kommission sich von den Arbeitern das Recht erteilen lasse, endgültig eine Einigung herbeizuführen, da auch sie (die Unternehmer) das Recht hätten dazu. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgeführt werden. — Es ist wohl kaum an einem baldigen Ende des Kampfes zu zweifeln, wenn die Unternehmer nur ein bißchen Vernunft annehmen.

Die Arbeiter von Offenbach a. M. reichten am 1. Mai bei ihren Arbeitgebern eine Anzahl Forderungen ein, deren hauptsächlichste die neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes um sechs Prozent ist. Den Arbeitgebern wurde eine Frist von acht Tagen zur Klärung gegeben. Vor zwei Jahren war eine Bewegung der Offenbacher Arbeiter um Durchführung des neunstündigen Tages erfolglos gewesen, was man diesmal jedoch nicht glaubt, da jetzt auch die Organisationsverhältnisse bedeutend bessere als vor zwei Jahren sind und man auch zurzeit auf ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer hofft, da letztere auch aus dem letzten Kampf manch bittere Lehre gezogen haben dürften.

Achtung, Arbeiterkassentatter! Die Verhandlungen in Stuttgart zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages in der Bekle-

artikelbranche haben sich zerklüftet und es haben bedwegen gegen 200 Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, den 30. April, die Arbeit eingestellt. Die Sattler aller Branchen sind gehalten, Stuttgart bis auf weiteres zu meiden.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Hauptverwaltung des Verbandes der Sattler.

Verfammlungen.

Die Krankenkassenverbände und Verwaltungsbeamten Berlin und der Vororte waren in größerer Zahl der Einladung der Zentral-kommission zu einer Versammlung gefolgt, die zum Donnerstag nach Dreifels Festtagen einberufen worden war. — Geheimer Regierungsrat Dr. Eilsberger hielt zunächst einen Vortrag über: „Die Wälderholungsstätten des Volkshilfsvereins vom Roten Kreuz“. Man sei bestrebt gewesen, die Preise für das Mittagessen und die Milch auf ein Minimum festzusetzen. Nur die laufenden Wirtschaftskosten der Erholungsstätten einschließlich der Gehälter der Angestellten sollten daraus gedeckt werden. Die Unterhaltung der Erholungsstätten selbst, Reparaturen, Zentralbureau usw. bestreite der Verein aus den Beihilfen, den Spenden. Daneben gebe es einen Freistellensfonds. Von Jahr zu Jahr habe die Rechnung (mit den Verpflegungskosten) nicht mehr gestimmt. Zu den 50 Pf. — 80 Pf. für Mittag, 20 Pf. für Milch — habe für den Tag von 1 bis zu 6 Pf. zugelegt werden müssen, was bei der großen Zahl viel ansmahe. Empfehlenswerter wäre es, eine Einheit zu schaffen, statt der Festsetzung eines Satzes für Milch, eines für Mittag, das Ganze Verpflegungskosten zu nennen und die Erhöhung des Satzes auf 55 Pf. zu bestimmen. — Simanowski stellte fest, daß es immer noch Kassen gebe, die nicht Mittag und Milch gewährten, sondern nur das eine oder das andere, ja sogar einzelne, die beides nicht zahlten. Das führe zu allerlei Unzuträglichkeiten. Namens der Zentralkommission befürwortete er, der Anregung des Referenten zugestimmt, eine einheitliche Verpflegung und die Festsetzung des Gesamtbetrages auf 55 Pf. zu beschließen. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, daß nunmehr in den Erholungsstätten ein Einheitsfuß zu zahlen wäre und daß als solcher 55 Pf. festzusetzen sei.

Herr Dr. med. J. A. K. hat entwickelt dann seinen Plan der Ansiedlung leicht-lungenkranker Arbeiter in Deutsch-Südwest-Afrika. Er geht von der bekannten Tatsache aus, daß von den aus Lungenheilstätten als gebessert entlassenen Arbeitern nach einiger Zeit ein erheblicher Prozentsatz wieder erkrankt und schließlich doch verloren ist, weil die Leute in die alten traurigen Wohnungsverhältnisse und in die hauberfüllten und unhygienischen alten Arbeitsstätten wieder zurück müßten. Tausende von Lungenkranken könnten, meinte er in Uebereinstimmung mit vielen Ärzten, dauernd geheilt werden, wenn sie in günstige klimatische Verhältnisse versetzt würden und dort in einem Verufe tätig sein könnten, der der Gesundheit nicht schade. Für ein solches Klima hält er, wobei er sich auf Professor Koch und andere Autoritäten beruft, das von Deutsch-Südwestafrika. Das davon nur durch einen Fluß getrennte englische Südafrika gelte bereits als ein wahres Dorado für Heilung suchende Lungenkranke. Nun sei allerdings Deutsch-Südwestafrika als eine Sandwüste verfahren. Kulturland lasse sich aber schaffen, wenn man nach dem Beispiel der Engländer die Wasserläufe, welche in der Regenzeit in den steilen Flußbetten schnell herabstürzen, aufstau. Die leeren Stauwerke würden sich gut verzinsen. Sein Plan sei nun, lungenkranke deutsche Arbeiter dort mit Hilfe der reichen Mittel der Landesversicherungsanstalten anzusiedeln, wo sie in den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Regieunternehmungen der Landesversicherungsanstalten einem neuen gesunden Verufe sich widmen. Mit der Kolonialpolitik, die ein Mittelpunkt im politischen Streite sei, habe sein Plan nichts zu tun. Beiläufig den Tuberkulosen möchte er helfen, die sonst hier verloren seien. (Beifall bei einem Teil der Versammelten.) — Ein Komitee, dem hervorragende Mediziner angehören, will vorläufig einen Versuch mit sechs bis zehn lungenkranken Arbeitern im Sinne der Idee des Referenten machen, um die Einwirkung eines tätigen Lebens im Klima von Deutsch-Südwestafrika zu erproben.

Simanowski stellte fest, daß Herr Dr. K. zu dem Vortrage eingeladen worden sei, weil es sich um Arbeiter handele und die Krankenkassen in allererster Linie interessiert sein müßten, um ihre Reinigung dazu zu sagen. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Sadows, Späte, Rehle, Braun, Härtig u. a. Alle Redner sprachen sich entschieden gegen den Plan des Referenten aus. Sie machten eine ganze Reihe praktischer Bedenken dagegen geltend und erachteten ihn schon deshalb für undurchführbar. Auch protestierten sie dagegen, daß in dem unwirtlichen Lande Kolonisationsversuche mit lungenkranken Arbeitern gemacht würden. Wenn auch dem Referenten von einigen Rednern die Reinheit seiner Absicht gestätigt wurde, brach doch bei den Ausführungen aller das Mißtrauen durch, es könnten doch kolonialpolitische Zwecke mit im Spiele sein. Sie warnten vor einer Befürwortung des Projekts und hoben auch hervor, daß in Deutschland selbst viel geholfen werden könnte durch Verfürgung der Arbeitszeit, hygienische Einrichtungen in den Betrieben, mehr Lohn und eine gute Wohnungspolitik, sowie durch Verhinderung einer Verteuerung der Lebensmittel.

Herr Dr. K. erklärte, daß er sich energisch verbitten müsse, daß ihm irgend ein Nebenwede untergeschoben werde. Mit der Kolonialpolitik, die die Redner meinten, habe er sich niemals beschäftigt. Sein Kolonisationsgedanke sei ein untreibbarer Teil seines Heilplans für heilbare Lungenkranke. Im übrigen suchte Redner die verschiedenen Bedenken zu zerstreuen.

Mit nur drei Stimmen Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert dagegen, daß der Kampf gegen die Tuberkulose mit dem Nebenwede der Besiedelung von Kolonien in Afrika verquirit wird, und bedauert, daß sich eine Reihe ärztlicher Autoritäten dafür aussprechen. Die deutschen Volkshilfsstätten dürften nach entsprechender Vermehrung dem Heilwede nach dem heutigen Stande der Wissenschaft unter Berücksichtigung erwägenswerter Kosten genügen. Selbst aber wenn die erwarteten Heilerfolge einträfen, bliebe die wirtschaftliche Zukunft der in Afrika Geheilten im höchsten Grade ungewiß. Der Gedanke, daß die Landesversicherungsanstalten viele Millionen für Kulturarbeiten in Afrika verwenden könnten, ist aussichtslos. Die Krankenkassenverbände warnen ihre Mitglieder eindringlich, sich zu Versuchszwecken in Südwestafrika herzugeben, und sie empfehlen, Spenden für Tuberkulosebekämpfung oder Kolonialzwecke getrennt ihren Bestimmungszwecken zuzuführen.“

Ueber den Vorkurs zur Schutze des Urheberrechtes an Werken der bildenden Kunst.

sprach Genosse Edmund Fischer: Dresden am Donnerstagsabend im Verband deutscher Photographengehäßen. In zahlreichen Zeitschriften für die Kunst und das Kunstgewerbe ist dieser Vorkurs eingehend besprochen worden. Wesentlich sind die Interessen der Verleger, Unternehmer und Geschäftleute bei der Beurteilung maßgebend gewesen. Vom Standpunkt des Arbeiters, des Urhebers, der durch das Gesetz geschützt werden soll, ist weit seltener ein Rathstab an das dem Reichstag vorliegende Gesetz gelegt worden. Die Arbeiter haben es auch an der nötigen Anteilnahme fehlen lassen und verkennen oft die Wichtigkeit und Bedeutung des Gesetzes, dem auch ein großes ideelles Interesse innewohnt. Der Begriff der Kunst wird erweitert, die Arbeit geachtet und höher gewertet. Als Künstler gilt jeder, der sein individuelles Streben in sein Werk hineinlegt. Das Urheberrecht ist eine Ergänzung des Literaturgesetzes; den Urheber, den Verfertiger des Werkes zu

schützen, darum handelt es sich und nicht um den Geschäftsmann. Nach dem Gesetz von 1876 ist wohl ein Kunstwerk geschützt, aber nicht die gewerbliche Ausübung. Die Auffassung von der Kunst ist eine andere geworden im Laufe der Entwicklung. Es ist nicht mehr möglich die Grenzen festzusetzen. Noch vor zehn Jahren gab es auf Kunstausstellungen keine Photographien zu sehen, die jetzt zugelassen werden. In der Kommission, die den Entwurf zu beraten hatte, war man sich einig, daß der Begriff Kunst eine Ausdehnung erfahren muß. Der Redner ging die einzelnen Gesetzesparagrafen durch mit besonderer Berücksichtigung der Photographie und hielt die Zuhörer in gespannter Aufmerksamkeit. Er machte darauf aufmerksam, daß der Gehälte als Urheber angesehen und geschützt ist, trotz der Opposition der Unternehmer, die einen gewerblichen Schutz daraus machen wollten. Wenn nun die Unternehmer sich durch schriftliche Verträge mit ihren Gehälten das Urheberrecht übertragen lassen, so muß es Aufgabe der Arbeiterorganisationen der Photographen sein, möglichst günstige Verträge abzuschließen. Die Arbeit hat durch das Gesetz gewonnen und es ist Sache der Verbände, den Gewinn auszunutzen. Die Photographie hat noch eine große Zukunft unter diesem Gesetz, denn die Vertriebsverfahren wie Autotypie und Xylographie gehören auch dazu. Mit der Entwicklung des Zeitungswesens, das in Deutschland noch weit zurück ist, wird die Photographie bedeutend gewinnen. — Der Schutz soll für Photographien auf 10 Jahre, für Werke der bildenden Kunst auf 30 Jahre nach dem Tode des Urhebers ausgedehnt werden. Am 1. Januar 1907 soll das Gesetz in Kraft treten; auch eine internationale Regelung wird angebahnt werden.

Zahlreiche Fragen aus der Mitte der Versammlung befundeten das lebhafteste Interesse an dem Vortrage und der Redner wußte jeden Fragesteller zu befriedigen.

Der Vorsitzende ließ es sich angelegen sein, im Anschluß an den Vortrag die Gehälten zu ermahnen, fest zum Verbands zu stehen und neue Mitglieder zu werben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Maiausperrung in Hamburg.

Hamburg, 2. Mai. Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurden wegen der Beteiligung an der Metallarbeiter 4000 Metallarbeiter auf zehn resp. drei Tage ausgesperrt. Ferner wurden 5000 Hafenarbeiter auf 10 Tage ausgesperrt. In Baugewerbe hat die Aussperrung, trotz des Innungsbeschlusses, nur einen minimalen Umfang angenommen.

Hamburg, 2. Mai. (B. L. V.) In der Aussperrung wegen der Metallarbeiter nahmen heute nachmittags die Schauerleute in einer Sonderversammlung der Mitglieder Stellung und beschloßen den Arbeitsplätzen für die Dauer der Aussperrung fernzubleiben und keine Arbeit in den Stauerbetrieben anzunehmen, bis die Angelegenheit vom Vorstand der Schauerleute als geregelt bekanntgegeben würde. Infolge der Metallarbeiter sind etwa 3000 Klempner, Mechaniker und Schlosser, die sich heute zur Arbeit einfanden, wegen Kontraktbruches entlassen worden. Die Aussperrten werden nicht vor dem 15. Mai wieder eingestellt werden. Die Gesamtzahl der in dem Werft- und Hafenbetrieb ausgesperrten Arbeiter beträgt zwischen 5500 und 6000.

Maiausperrung in Leipzig.

Leipzig, 2. Mai. (Privatdepesche des „Vortwärts“) Hier sind von den Maidemonstranten in der Holzindustrie 1700 Mann auf 14 Tage ausgesperrt worden. In der Metallindustrie sind 200 Arbeiter ausgesperrt, ebenso in anderen Berufen Arbeiter in geringerer Zahl.

Der 1. Mai in Frankreich.

Paris, 2. Mai. (Privatdepesche unseres Pariser Korrespondenten.) Bei den Zusammenstößen der Demonstranten mit den Polizeiorganen am geistigen Tage wurden viele Hunderte mehr oder weniger schwer verletzt. — In der Provinz hat die Streikbewegung einen riesigen Umfang angenommen.

Der 1. Mai in Italien.

Rom, 2. Mai. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Die Arbeitsruhe am Maifest war allgemein. Allerorts fanden Umzüge und Massenversammlungen statt. Die Zeitungen sind nicht erschienen, der Tramfahrverkehr ruhte in allen größeren Städten. Der „Avanti“ wurde in über 100 000 Exemplaren abgesetzt. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend, nur in Trapani kam es zu Zwischenfällen.

Seefahrt in Italien.

Rom, 2. Mai. (B. L. V.) Die Matrosen und das Maschinenpersonal der Schiffe der Navigazione Generale Italiana in Palermo und Neapel sind in den Ausstand getreten. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um den Verkehr mit den Inseln und die Beförderung von Postfahnen auf dem Landwege sicherzustellen.

Zusammenstoß mit dem Militär.

Budapest, 2. Mai. (B. L. V.) In Königsberg (Komitat Vard) hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen dem Militär und der Wählerchaft stattgefunden. Die Menge bewarf die Soldaten mit Steinen, von denen mehrere verwundet wurden. Das Militär gab darauf Feuer, wodurch zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Sapen.

Petersburg, 2. Mai. (Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Sicherheitspolizei kennt nicht den Aufenthaltsort Sapens, hat aber Grund anzunehmen, daß er lebt und in Finnland sich aufhält.

Bombenattentat.

Winsk, 2. Mai. (Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur.) Heute wurde hier in einer Kaffeehalle eine Bombe geworfen, durch die ein Schüler schwer und mehrere andere leicht verletzt wurden.

Aufstand im Zulande.

Durban, 2. Mai. (B. L. V.) Wie der Korrespondent des Reuterschen Bureaus für das Zuland telegraphisch mitteilt, berichten Später, daß wenigstens 1000 Rebellen allein auf dem Komo-Hügel versammelt seien. Ferner sei auch ein Trupp bewaffneter Eingeborener in der Nähe von Komo vorbeigekommen, von dem man nicht wisse, ob er zu den loyal Gefinnenen oder zu den Rebellen gehöre. Die unter den Truppen herrschende Ansicht ist, daß eine Versäklammerung der Lage eingetreten sei und daß die amtlichen Berichte durchweg optimistisch lauteten.

Durban, 2. Mai. (Mitteilung des Reuterschen Bureaus.) Die Operationen zur Bestrafung der Rebellen im Zuland haben begonnen. Eine Anzahl Kräfte ist niedergebrennt, eine Menge Vieh ist weggenommen und fünf unbotmäßige Eingeborene sind bei einem Scharmüel in der Nähe von Mandhla getötet worden.

Die Pest.

Hongkong, 2. Mai. (B. L. V.) In der vergangenen Woche kamen hier 53 Fälle von Erkrankungen an Pest und 52 Todesfälle vor.

Reichstag.

92. Sitzung, Mittwoch, den 2. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des vom Zentrum eingebrachten Toleranzgesetzes.

§ 1 des Gesetzes lautet:

„Volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung steht innerhalb des Reichsgebietes jedem zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

Die Abgg. Dr. Müller-Meinungen und Dr. Müller-Sagan (freif. Sp.) beantragen folgende Fassung:

„Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist innerhalb des Reichsgebietes jedem gewährleistet. Danach steht die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung jedem Einwohner des Reiches zu. — Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

Dieselben Abgeordneten schlagen folgenden neuen § 1a vor: „Niemand ist verpflichtet, seine oder seiner Angehörigen Glaubensmeinungen oder Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft zu offenbaren.“

Staatliche oder kommunale Behörden dürfen keine regelmäßigen Befragungen oder Aufzeichnungen über Glaubensmeinungen oder Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft vornehmen, außer soweit das Bestehen öffentlich-rechtlicher Pflichten oder Rechte abhängig ist von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft. Unberührt bleiben abweichende reichsgesetzliche Vorschriften.“

Abg. Gröber (Z.): Die staatliche Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse wurde erst durch das Gesetz vom 3. Juli 1860 eingeführt. Wir verlangen die Freiheit der Religionsübung für alle Staatsbürger, auch für die Dissidenten, soweit sie nicht mit den sittlichen Forderungen des Staates in Konflikt kommen.

Redner geht weiter auf die Frage der Rechtsfähigkeit der Religionsgemeinschaften ein und erklärt, gegen einen Zusatzantrag: „Unberührt bleiben die geltenden Vorschriften über die Erlangung der Rechtsfähigkeit“ nichts einzubringen. (Weifall im Zentrum.)

Abg. Dr. David (Soz.): Der Vorredner hat sich darüber beklagt, daß große Parteien dieses Hauses den Urheber des Toleranzgesetzes, seinen Freunden, Mißtrauen entgegenbrächten. Aber wenn er sich die Frage ernsthaft vorlegt, ob dieses Mißtrauen berechtigt ist, so wird er selbst zugeben müssen, daß, wenn Mißtrauen schon eine demokratische Tugend ist, sie jedenfalls dem Zentrum gegenüber in diesen Dingen unter allen Umständen wahrgenommen werden muß. (Sehr gut links, Lachen im Zentrum.) Der Abg. Gröber hat gefragt, ob denn die Gegner des Antrages die Motive der Antragsteller besser kennen als diese selbst. So ist das vielleicht nicht richtig. Aber vielleicht denken die Bekämpfer dieses Gesetzesentwurfes, daß das Zentrum es für vorteilhaft hält, seine Absichten nicht ganz zu enthüllen und in vielen Dingen sein eigentliches letztes Ziel im Hintergrund zu lassen.

Meine Partei gehört übrigens nicht zu denen, die in das Angebotsrecht gegen diesen Antrag eingestimmt haben. Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir auf dem gleichen Boden wie die Antragsteller stehen, insoweit es sich darum handelt, die in manchen deutschen Einzelstaaten bestehenden Schranken der religiösen Ausübung zu beseitigen. Auch wir verurteilen scharf den Versuch, das religiöse Leben durch staatliche Strafen und polizeiliche Maßnahmen irgendwie zu beeinträchtigen. Der Vorredner hat wiederholt betont, daß auch seine Partei an diese Fragen vom Boden der Freiheit, vom Prinzip des modernen Staates aus herangehe. Herr v. Hertling hat das in der letztmaligen Verhandlung auch sehr nachdrücklich betont, aber zugleich offen zugegeben, daß das Zentrum auf diesem Gebiete eine Wandlung erfahren, eine Aenderung gegenüber seiner Auffassung vorgenommen habe, die es selbst bis in die neueste Zeit in seiner Literatur vertreten hatte. Damit wäre ja jede Beweisführung, die auf die Vergangenheit des Zentrums abzielt, abgetan. Wenn das Zentrum aber wirklich im Gegensatz zu seiner eigenen früheren Auffassung jetzt ernsthaft einen modernen Standpunkt einnehmen will, so muß es in erster Linie dafür Sorge tragen, daß nicht bis in die neueste Zeit hinein aus Kreisen, für die es verantwortlich ist, Lügen gesprochen, die seinen Erklärungen vom modernen Staat und der Freiheit ins Gesicht schlagen. Noch in den letzten Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, daß ein Lehrer wegen einer naturwissenschaftlichen Schrift unter dem Titel „Weltall“ aus Koblenz in ein Städtchen an der Ruhr strafversetzt worden sei und daß dort der katholische Schulvorstand und die Stadtdirektoren Protest dagegen einlegten, daß der Lehrer dorthin versetzt werde, ja sogar soweit gingen, ihm das Mieten einer Wohnung unmöglich zu machen! Die „Germania“ hat diesen Fall berichtet und den Wunsch daran geknüpft, daß die Protestanten im gleichen Sinne mitarbeiten möchten. (Hört! Hört! links.)

Ich will gern glauben, daß das Zentrum seinen Toleranzantrag nur eingebracht hat, um die religiösen Minderheiten in den Besitz voller Freiheit und Rechtsgleichheit zu bringen; denn es läßt dabei wohl auf seine Rechnung. Einmal stelle ich mir als Motiv die Devise: „Heraus aus dem Turm!“ vor. (Sehr gut links, Lachen im Zentrum.) Ich begreife, daß das Zentrum fühlt, daß der scharf konfessionelle Gegensatz, der mit der Entstehung der Partei verknüpft ist, der Ausbreitung seiner Macht nachgerade hinderlich wird, und daß es aus diesem Gefühl heraus den Gegensatz zurücktreten lassen möchte. Das Zentrum glaubt aber ferner, daß es in der freien Propaganda jeder anderen Weltanschauung standhalten könne. Es fürchtet offenbar die Konkurrenz nicht. Dieses Selbstvertrauen verdient jedenfalls volle Anerkennung.

Demgegenüber hebt sich sehr wenig vorteilhaft ab, was von dem Evangelischen Bund und protestantischen Geistlichen in dem Kampf gegen diesen Antrag geleistet worden ist. Da hat man offenbar nicht das mindeste Vertrauen auf die innere Kraft der eigenen Ueberzeugung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Da meint man, daß, wenn man nicht durch Staatsautorität und Polizei vor der freien Konkurrenz der katholischen Kirche geschützt würde, man gleich sein Testament machen könne. Damit stellt man sich ein Armutsgewand als schützender Art aus. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn man diese Dinge liest, überschleitet einen das Gefühl einer gewissen Beschämung. Da ist vom Evangelischen Bund eine Resolution angenommen, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß der Toleranzantrag die unbedingte Herrschaft der römischen Kirche über das Deutsche Reich und die völlige Aufhebung jeder Glaubens-, Gewissens- und Denkfreiheit zur notwendigen Folge habe. Diese Angst ist nicht mehr normal, sie geht ins Pathologische. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Fassung des § 1 kann unmöglich zu solchen Konsequenzen berechtigen; wenn man ihr nicht Gewalt antun will, so kann man daraus nur entnehmen, daß auf dem Boden des Reichs die volle Freiheit jedes religiösen Bekenntnisses stabilisiert wird. Nach der Fassung, wie sie mit Hilfe meiner Freunde zustande gekommen ist, kann darüber kein Zweifel sein, daß man hier nicht etwa den Begriff des religiösen Bekenntnisses in irgend einem engeren Sinne gemeint haben, daß darin etwa der Zwang zum Glauben an irgend einen persönlichen Gott stecken kann. Der Begriff des religiösen Bekenntnisses ist nicht etwa der Auslegung der konfessionellen Theologie überlassen.

Die würde ihn natürlich so anlegen, daß nur in der Konfession ein wirklich religiöses Bekenntnis ist, daß jede andere Religion und erst recht ein konfessionsloser Standpunkt gar keinen Anspruch habe, als Religion zu gelten. Nach dem Willen des Gesetzes ist kein Zweifel darüber möglich, daß hier „religiöses Bekenntnis“ im weitesten Sinne genommen werden muß: Pantheismus, Monismus und Atheismus gehören in diesem weiteren Sinne unter den Begriff des religiösen Bekenntnisses. Wenn nun die Herren von der freisinnigen Partei Verbesserungsanträge gestellt haben, um das eben Angebeutete vielleicht noch klarer hervorzuheben zu lassen, so haben wir nichts dagegen, daß man die in diesem Antrag vorgeschlagene Fassung akzeptiert; doppelt genügt hält besser.

Was nun den Antrag Stöder betrifft, daß die ganze Sache der Landesgesetzgebung überlassen werden soll, so bemerke ich, daß, wenn das geschehe, doch auch das alles eintreten würde, wogegen jetzt der Evangelische Bund und andere ängstliche Gemüter so berzerrtend ärgern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen sind wir natürlich prinzipiell gegen die Ueberweisung an die Landesgesetzgebung, und wünschen nur, daß die Herren vom Zentrum auch bei anderen Dingen so prinzipiell den Standpunkt einnehmen, wie sie ihn in diesem Falle eingenommen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gründe, die Herr Gröber anführte, daß es sich hier um eine große, wichtige, allgemein interessierende Sache handelt, die im Reichstage großzügig geregelt werden möchte, treffen genau so für die Wahlrechtsfrage zu. (Sehr richtig! h. v. Sozialdem.) In dieser Frage aber ist das Zentrum mit denselben Ausreden gekommen wie jetzt die Rechte: daß man nicht in die Landeshoheit der Einzelstaaten eingreifen dürfe. Dann liegt auch noch ein anderer Widerspruch in dem Standpunkte des Herrn Gröber: Wenn man daran festhält — und das ist eben die Halbsheit — daß doch der Staat eine gewisse Kirchenhoheit haben soll, dann bleibt man prinzipiell auf dem Boden, von dem aus der Standpunkt der Rechte verständlich ist. Sie mühten einfach unserer Forderung der Trennung von Kirche und Staat zustimmen: Da wollen Sie aber nicht dran, das Geld wollen Sie vom Staate nehmen! (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Das ist eine Inkonsequenz! Solange die Kirche finanziell vom Staate abhängig bleibt, solange ist es ganz unermesslich, daß der Staat den allergrößten Einfluß auf die Kirche behält.

Soweit ich mit Ihnen einverstanden bin, daß wir jede Freiheitsbeschränkung der Religionsübung ablehnen. Wir sind sogar der Ansicht, daß gerade die staatliche Exekution seitens der Polizei und des Staatsanwalts eine Quelle innerer Kraft für eine verfolgte Kirche ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß die katholische Kirche die allergrößte Kraft aus dem Kulturkampf gezogen hat. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Weil wir dies wirksame Gemütserschütterungsmittel den Herren nicht gönnen, (Große Heiterkeit links) schon deshalb will ich für den Antrag. In der Freiheit, da wird sich erst zeigen, wie weit Ihre innere Kraft reicht. In Amerika hat man ja ungefähr den Zustand, den wir erstreben. Erlumpelt denn nun die katholische Kirche dort über alles? Durchaus nicht! Sie selbst mühten doch der Ueberzeugung sein, daß alle, die aus materiellen Nebenabsichten heraus einer Kirche angehören, faules Holz für das Gebäude dieser Kirche darstellen. Sie mühten froh sein, wenn man Ihnen diese Mitläufer abnähme. Die Religionsfreiheit ist keine Gnade, sondern ein Recht jedes Staatsbürgers. Deshalb lehnen wir auch den Ausdruck „Toleranz“ ab und stimmen statt dessen lieber der Fassung des freisinnigen Antrages zu. Das Zentrum wird dadurch die Gelegenheit bekommen, durch seine Haltung zu diesem Antrage zu beweisen, daß seine Absichten wirklich ehrlich und ohne Hintergedanken sind und ob es wirklich auf dem Boden des modernen Freiheitsgedankens steht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Henning (L.) steht dem Antrage ablehnend gegenüber, weil es sich um eine Frage der Landesgesetzgebung handelt und außerdem in evangelischen Kreisen die Empfindung herrscht, als ob gegen ein Kulturkampf geführt werden soll. (Lachen links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Der zweite Teil des sogenannten Toleranzantrages ist für uns unannehmbar, weil seine staatsbürgerlichen Konsequenzen unübersehbar sind. Die konfessionellen Begünstigungen werden leider von Jahr zu Jahr stärker; unter solchen Umständen ist besondere Vorsicht notwendig. Alle deutschen Verfassungen haben den Grundgedanken der Glaubens- und Gewissensfreiheit; diesen muß auch ein Reichsgesetz enthalten, das den Landesgesetzen vorgeht. Unter „Freiheit des religiösen Bekenntnisses“ wird vom Standpunkt der Orthodoxie aus Duldung des Atheismus und Pantheismus zweifellos nicht verstanden, wie Dr. David optimistisch annimmt. Auch manche andere unklare Formulierungen sind in dem Gesetzesentwurf enthalten. Unsere Änderungsanträge sind geeignet, diese Unklarheiten zu beseitigen. (Weifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dieber (nat.): Wir lehnen den Gesetzesentwurf in allen seinen Teilen ab, nicht aus Mißtrauen in die siegende Kraft des Protestantismus, wie der Abg. Dr. David dem Gegnern dieses Gesetzes nachsagt, sondern weil wir die Kompetenz des Reiches auf das staatskirchliche Gebiet nicht wünschen. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Abg. Schrader (fr. Bg.) (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß seine Freunde ihren bisherigen Standpunkt beibehalten.

Abg. Gamp (Sp.): Trotz der verständlichen Haltung, die wir in der Sache einnehmen, können wir dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen, weil wir nicht in die Landesgesetzgebung eingreifen wollen. Einer Resolution, welche die Beseitigung der Mißstände wünscht, könnten wir zustimmen; für notwendig halten wir sie nicht; denn die Regierungen werden auch ohne eine solche vorgehen.

Abg. Stöder (Wirtsch. Sa.): Die ganze wirtschaftliche Vereinigung steht vollständig auf dem Boden der religiösen Freiheit. Wir erkennen an, daß in einzelnen Gegenden jetzt Gründe zur Bekümmern vorliegen. Das gilt aber nicht nur von katholischen Gegenden, sondern auch von evangelischen.

Abg. Herr v. Hertling (Z.): Die durch unseren Antrag eine Beunruhigung der evangelischen Bevölkerung Platz greifen soll, ist mir vollkommen unverständlich. Wir verlangen lediglich Freiheit des religiösen Bekenntnisses und sind bereit, über die Einzelheiten des Entwurfes mit uns reden zu lassen. Die Kompetenz des Reiches ist unzweifelhaft; beim Wahlrecht der einzelnen Länder, das will ich Dr. David erwidern, besteht sie für jetzt nicht.

Die Debatte ist erschöpft. Der § 1 wird in der Fassung der Abgg. Dr. Müller-Meinungen und Dr. Müller-Sagan mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und des Zentrums angenommen.

Es folgt der oben mitgeteilte § 1a. Abg. Dr. Müller-Meinungen: In der Kommission ist dieser Antrag nur mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Deshalb haben wir ihn wieder eingebracht. Die Schnüffelei nach dem Religionsbekenntnis hat vielfach geradezu kurrile Formen angenommen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Der Absicht des Antrages könnten wir zustimmen. Er ist aber inkonsequent und hebt sich in seinem letzten Satze selbst auf. Deshalb bitten wir, ihn abzulehnen.

Abg. Dr. David (Soz.): Wir stimmen dem Antrage Dr. Müller-Meinungen zu, sind aber nicht abgeneigt, ihm auch eine andere Formulierung zu geben, wenn dadurch erreicht werden kann, eine Majorität für den Antrag zu gewinnen. Ich bin aber nicht der Ansicht, wie der Abg. Spahn, daß es heute schon jedem freisteht, eine Verantwortung der Frage nach dem religiösen Bekenntnis abzulehnen. Wenn dies auch formal richtig ist, so wird diese Frage doch mit der Autorität der Behörde an den einzelnen geläutert, und wir bekämpfen jede Einmischung staatlicher Autorität in Glaubenssachen. (Weifall links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Ich behalte mir für die dritte Lesung eine andere Fassung vor und ziehe den Antrag vorläufig zurück.

§ 2 und § 3 werden ohne Debatte angenommen. § 4 hat folgende Fassung:

„Zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst, welcher der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden.“

Hierzu beantragen Albrecht und Genossen (Soz.), die Worte „welder der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht“ zu streichen.

Die Abgg. Dr. Müller-Meinungen und Dr. Müller-Sagan beantragen folgende Fassung:

„Ohne schriftlichen Antrag des Erziehungsberechtigten darf kein Schulkind zu einem anderen als dem für die Glaubensgemeinschaft des Kindes eingerichteten Religionsunterricht oder Gottesdienst zugelassen werden. Der Erziehungsberechtigte kann die Freilassung des Kindes auch von dem so eingerichteten Religionsunterricht oder Gottesdienst verlangen, wenn er schriftlich erklärt, daß dieser Religionsunterricht oder Gottesdienst seiner religiösen Ueberzeugung nicht entspricht.“

Abg. Dr. Baskem (Z.) begründet den Antrag in der Fassung des Zentrums. Dem Veranlassen eines religionslosen, sozialdemokratischen Geschlechts wirkt man durch erzwungenen Religionsunterricht nicht entgegen; hier ist der Unterricht ohne Religion das kleinere Uebel.

Präsident v. Ballestrin: Ueber die §§ 9 und 12 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Abg. Spahn weist darauf hin, daß er es bedenklich fände, wenn zum Beispiel die Dissidenten einmal die Herrschaft bekämen. Solange Sie das feste Vertrauen zu Ihrem lieben Gott haben, brauchen Sie doch nichts zu fürchten. Ohne Gotteswissen kann das doch nicht kommen! Und wenn Gott es will, warum wollen Sie es verhindern. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie solche Ansichten haben, dürfen Sie auch keine neuen Kanonen anschaffen; denn wenn es Gottes Wille ist, liegen wir ja auch ohne dieselben. Und ist es Gottes Wille nicht, dann wollen Sie doch durch Kanonen und Panzerschiffe den Willen Gottes nicht korrigieren! (Große Heiterkeit.)

Den freisinnigen Antrag halten wir für keine Verbesserung, schon deshalb nicht, weil darin von „eingerichtetem Religionsunterricht“ die Rede ist und wir der Ueberzeugung sind, daß Religionsunterricht in der Schule überhaupt nicht eingerichtet werden soll. Diese Anträge entsprechen ja genau dem Wortlaut der Anregungen, die vom Verband deutscher Juden gegeben sind. Wir sind der Meinung, daß darin keine Garantie geboten ist; denn der Grundgedanke ist ja im Allgemeinen Landrecht ebenfalls vorhanden. Aber wir haben bei der Handhabung gesehen, daß die A u s l e g u n g eine ganz andere ist. In Preußen wird ja die eigentliche Religionsfreiheit schon aufgehoben. In dem Gesetz, welches augenblicklich dem preussischen Landtag vorliegt, ist ja eine Bestimmung enthalten, wonach jüdische Schulen lediglich jüdischen Kindern zugänglich sein sollen, während andere Religionschulen auch Schüler aufnehmen dürfen, die anderen Religionsgemeinschaften angehören. (Sehr wahr! links.) Es gibt aber auch bei uns in Preußen Beamte, die die Bestimmungen, die im preussischen Landtag erst geschaffen werden sollen, augenblicklich schon handhaben. (Hört! hört! links.)

Ich habe früher bereits Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, wie ein Vater sein Kind jahrelang bis zum zwölften Jahre in den freireligiösen Unterricht geschickt hat. Solange er sein Domizil in Magdeburg hatte, wurde dieser Unterricht als genügender Ersatz angesehen. Als er nach Altrien verlagert wurde, wollte er, daß sein Kind dort vom Religionsunterricht befreit werde. Man denke sich auch die Situation, daß ein Kind, welches jahrelang freireligiösen Unterricht genossen hat, jetzt plötzlich Religionsunterricht erhalten soll! Alle Ermahnungen des Vaters, die Befreiung des Kindes durchzusetzen, waren erfolglos. Als nun der Vater für sein Kind die jüdische Religion wählte, erklärte man ihm, er müsse jetzt auch noch für das Kind den evangelischen Religionsunterricht hinzunehmen! (Heiterkeit.) Der Vater ließ es zur Entscheidung kommen, er wurde freigelassen. Trotzdem verlangte die Altriner Schulbehörde von neuem, daß das Kind an dem evangelischen Religionsunterricht teilnehme. Die Schulbehörde fragte bei der Regierung an und erhielt die Antwort: „Der Anabe darf dem jüdischen Religionsunterricht nicht zuerzählt werden, da dieser auf die jüdischen Kinder zu beschränkt ist.“ Die preussischen Landtagsabgeordneten sollten sich daran ein Beispiel nehmen, sie brauchen das reaktionäre Gesetz gar nicht erst zu machen; die Behörden sind ihnen schon eine Verdelänge voraus. (Große Heiterkeit.) Solche Vorgänge zeigen, wie notwendig die Trennung von Kirche und Staat ist. Gerade diejenigen, die immer davon sprechen, daß der Religionsunterricht auf der Schule verläßt wird, mühten sich unsere Grundzüge einstudieren; denn wenn Kirche und Schule getrennt sein werden, wird ja die Kirche die beste Gelegenheit haben, den Kindern die unverfälschte reine Lehre zu übermitteln. Aber dem Zentrum liegt wohl weniger an der reinen Lehre als an der Bereicherung des Wissens. (Lachen im Zentrum.)

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind Sie ja auf dem besten Wege dazu. Wie nötig es aber wäre, auf der Schule Raum zu schaffen für mehr Wissen, das hat Herr Stöder in seiner Rede vom 31. Januar treffend bewiesen. Er sagte: Es ist schmerzhaft, im Reichstage eine solche Rede hören zu müssen. (Lebhafte Zustimmung rechts, nicht nur unter dem Gesichtspunkte der Religion, sondern auch dem der Bildung. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! rechts.) Sie rufen: Sehr richtig! Ich vermute wohl nicht mit Unrecht, daß Herr Stöder Anstoß nahm an „das“ mangelhafte Deutsch. (Große Heiterkeit.) Hätte ich in den 3/4 Jahren, in denen ich sieben verschiedene Armen- und Volksschulen besucht habe, weniger Religionsunterricht und mehr anderen Unterricht bekommen, so spräche ich jetzt ein besseres Deutsch, wäre aber vielleicht, zum Vortheile der Kollegen des Herrn Stöder, nicht so in der Bibel bewandert. (Große Heiterkeit links.) Ich würde Ihnen also dann wohl in jeder Beziehung weniger unangenehm sein. (Heiterkeit.) Wenn Sie über mein Deutsch lachen, so lachen Sie über Ihre eigenen Institutionen. Es ist schwer, wenn man im Kampf des Lebens steht, sich nachträglich eine formale Bildung anzuschaffen. Ich habe einmal den Versuch dazu gemacht, als ich die unfreiwillige Waise dazu besaß. Als ich als Mediziner in das Zeiger Gefängnis kam, wollte ich eine deutsche Grammatik studieren. Da war es aber der Amtsrichter, der dies verbot! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen mich also nun schon so nehmen, wie ich bin.

Klingt es Ihnen unangenehm, so sorgen Sie dafür, daß künftig die Schulen besser werden. Herr Wenner hat bei einer Gelegenheit mich auch wegen der Mängel meiner Sprache anzuknien verurteilt. Wenn ein Zeitungsschreiber, wie der Redakteur der „Zeitung“ Radtke, daraus einen Leitartikel macht, so verdenke ich ihm das nicht. Aber ein Abgeordneter sollte denn doch von höheren Gesichtspunkten urteilen. Herr Wenner kann überzeugt sein: Wenn ich die Schulbänke so lange gedrückt hätte wie er, spräche ich ebenso korrektes Deutsch und würde wahrscheinlich an Herzgenbildung so hoch, daß ich mich nicht über Gebreden anderer, an denen sie keine Schuld tragen, lustig machte. Im übrigen meine ich: Besser eine schlechte Grammatik und ein freier Mann als ein Auecht des Großkapitals mit der Phlogonomie eines eingebildeten herrschaftlichen Autikers. (Stürmische Heiterkeit.) Es mag vorkommen, daß ich auch in Zukunft noch manchmal „mir“ und „mich“ verwechsle, aber kein u und De n — wie gewisse Herren bei der Polvorlage — werde ich nie verwechseln! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Stöder meinte am 31. Januar: „Was der Herr Vorredner uns von den französischen Idealen vor Augen geführt hat, mag er bei seinen Herren Parteigenossen verteidigen; wir können solche Lehren aus dem Auslande nicht gebrauchen.“ Meine Ausführungen be-

trafen den Moralunterricht in den französischen Schulen. Ich will nur die Ueberschriften noch einmal skizzieren. Kinder von 9-11 Jahren werden dort in folgenden Punkten unterrichtet: „Pflichten gegen Bruder und Schwester, gegen Dienstboten. Das Kind in der Schule. Pflichten gegen sich selbst. Die äußeren Güter. Wahrheit und Offenheit.“ In Deutschland gibt es glücklicherweise auch schon eine Reihe von Schulen, die in Erziehungsfragen eine führende Stellung einnehmen, welche sich zu diesen Grundfragen bekennen. Ich erinnere an die Erklärung der Bremer Lehrerschaft, der sich nun auch die Leipziger Lehrer angeschlossen haben. Sie sagen in ihrer Resolution: „In der Schule ist kein dogmatischer Religionsunterricht zu erteilen. Ein solcher Unterricht steht mit der Wissenschaft und der allgemeinen Bildung der Zeit in Widerspruch, er beschränkt die Gewissensfreiheit derjenigen Lehrer, die sich auf den Boden der modernen Weltanschauung stellen, er verhindert ein gedeihliches Zusammenwirken von Schule und Haus. Da die modernen Anschauungen immer tiefer in alle Schichten der Bevölkerung eindringen, so entsteht ein Gegensatz zwischen Schule und Haus, welcher dahin führt, daß der Glaube an die Wahrsamkeit des Lehrers und das Vertrauen zur Schule verloren geht.“

Dann komme ich zu dem Punkte, daß es Fälle geben kann, wo Eltern ganz berechtigt ihr Kind gerade dem Unterricht eines bestimmten Lehrers entziehen wollen. Das hat uns erst vor kurzem ein Fall gezeigt, der vor der Strafkammer in Hildesheim zur Verhandlung kam. Ein Lehrer hatte im Religionsunterricht die Tochter eines Schneidemeisters, weil sie eine Frage nicht beantworten konnte, herankommen lassen und mit einer halbgelerte Kräftig geäußert. Er hatte die Jüchigung noch zweimal wiederholt, als das Kind seinem Verlangen, ihn anzusehen, nicht nachkam. Das Mädchen war die dritte von oben, von sämtlichen Kindern der Ober- und Mittelstufe konnten nur zwei die Frage beantworten, und es wurde deshalb allen außer diesen beiden eine Jüchigung zuteil. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Wenn Sie (nach rechts) etwas davon abbekommen hätten, würden Sie das wahrscheinlich nicht lächerlich finden. (Heiterkeit.) Der Lehrer kam mit einer Geldstrafe von 100 M. davon. Solchen Leuten, die die christliche Liebe und Barmherzigkeit den Kindern mit Gerte und Rohrstock einbläuen, muß ein Vater sein Kind entziehen können, auch wenn es nicht möglich ist, den Lehrer vor den Strafrichter zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am 31. Januar hat Herr Stöcker ferner auf eine Bemerkung von unserer Seite über den Darwinismus erwidert, daß die meisten Forscher den Darwinismus schon aufgegeben hätten. (Sehr richtig! rechts. — Stürmische Heiterkeit links.)

Das ist ganz falsch. Sie klammern sich an das eine Wort: „Darwinismus“. Sagen Sie: Entwicklungslehre, so ist sie nicht überwunden, sondern wird von allen Autoritäten der Wissenschaft gelehrt — zu den Wissenschaften rechnet auch allerdings die Theologie nicht! (Stürmische Heiterkeit und vielaches Sehr gut! links.) Diese Entwicklungslehre wird an allen Hochschulen gelehrt, während man auf den Volksschulen an den Uebersieferungen der dogmatischen Religion festhält. Aber diese Entwicklungslehre steht im strikten Gegensatz zu dem 6000 Jahre alten Mythos der mosaischen Schöpfungsgeschichte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Deshalb habe ich auch am 31. Januar gesagt, daß die Zeit kommen wird, wo nicht nur die Schule, sondern auch die Kirche, wo der Pops selbst die Entwicklungslehre anerkennt wird. (Heiterkeit links.) Dann wird es plötzlich heißen: der Geist Gottes sei über seine Schöpfe gekommen, als das Tier sich zum Menschen entwickelt habe! (Stürmische Heiterkeit links.) Das aber sollte auch der Abg. Stöcker wissen, daß die biblische Geschichte nicht standgehalten hat vor der Wissenschaft, daß an den höheren Schulen etwas ganz anderes gelehrt wird, als man in der Volksschule den Kindern beibringt, um sie in Abhängigkeit von dem Kapitalismus und den herrschenden Klassen zu halten. (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe rechts.)

Auch der Abgeordnete Osel hat sich mit meiner Bemerkung über den Darwinismus am 31. Januar beschäftigt. Ich glaube gern, daß der Abgeordnete Osel ein tadelloses Deutsch spricht; aber wie es mit seiner Bildung steht, beweist der Umstand, daß er glaubte, mit einem faulen Biß den Darwinismus aus der Welt zu schaffen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja eben der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Auffassung, daß Sie glauben, alles, was vorhanden sei, sei Ihre Erfindung, und wir wissen, daß wir nur sehen auf der Leistung unserer Vorfahren, daß auch die Erkenntnis des Darwinismus nur aufgebaut ist auf einer Wissenschaft, die das Produkt der Jahrhunderte, ja der Jahrtausende ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der Abg. Osel glaubt, mit einem faulen Biß

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen auf andere Abgeordnete das Wort „faul“ nicht anwenden. Abgeordnete können gar keine faulen Biße machen. (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich will mich fügen mit dem Bemerkten, daß der Biß des Abg. Osel recht schlecht war. (Sehr wahr! links.) Ich will auch dem Abg. Osel die Möglichkeit einer umgekehrten Entwicklung zugeben. Bei manchen hört der Stammesbaum da auf, wo er angeblich nach Darwin beginnen sollte! (Stürmische Heiterkeit links.) Das Auftreten des Abg. Osel hat mich in dieser Auffassung bestärkt. (Andauernde Heiterkeit links.)

Jedenfalls kann es mit dem Religionsunterricht in der Volksschule so wie bisher nicht weiter geben. § 4 muß in eine Form gebracht werden, die eine Garantie dafür gibt, daß derartige Dinge in Zukunft nicht vorkommen. Eine wirkliche Abhilfe kann freilich nur eintreten, wenn Kirche und Schule getrennt und die Religion aus der Schule entfernt wird, nicht nur aus dem Religionsunterricht, sondern auch aus den übrigen Fächern, mit denen man sie überall verquickt hat. (Unruhe rechts.) Nur wenn Sie das tun, werden Sie Bildung und Wissen in dem Maße in unsere Säulen hineintragen können, daß Sie es in Zukunft nicht nötig haben, über Schnitzmesser, die vorkommen, zu lachen; denn Sie lachen damit sich selbst und Ihrer Gesellschaft ins Angesicht. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) und Dr. Spahn (Z.) wird der Antrag Albrecht mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und des Zentrums angenommen.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht (Soz.) betreffend Russenausweisung und Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Zweite Sitzung der Diätenkommission.

Die Kommission abgeleitete einstimmig die in der Vorlage als Aufwandsentschädigung vorgesehene jährliche Pauschalsumme von 3000 M., die in der Form von Anwesenheitsgeldern zur Auszahlung gelangen soll.

In den Beratungen bezeichnete der Staatssekretär Graf Bosa-dowski die Pauschale und deren Auszahlung in der Form von Anwesenheitsgeldern, sowie die gesetzlich festgelegte Kontrolle über die Anwesenheit der Abgeordneten als solche Grundlagen des Gesetzes, von deren Annahme die verbündeten Regierungen die Annahme des Gesetzes abhängig machten.

Abf. b des § 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „Während des Kalenderjahres — vorbehaltlich der Bestimmungen im § 3 — aus der Reichskasse eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 3000 Mark, die am 1. Dezember, 1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April mit je 400 M. und am Tage der Vertagung (Artikel 20 der Reichsverfassung) oder Schließung des Reichstages mit 1000 M. zahlbar wird. Mitglieder, die erst nach Beginn des Kalenderjahres in den Reichstag eingetreten sind,

haben auf diejenigen Muten keinen Anspruch, welche vor ihrem Eintritt zahlbar geworden sind.“

Der Bundesrat ist ermächtigt, Grundsätze für die Ausführung der Bestimmungen unter a (Eisenbahnfahrt) aufzustellen.

Die Debatte über die §§ 2, 3 und 4 — Höhe der Anwesenheitsgelber für Abgeordnete, die dem Reichstag nicht von Beginn der Session angehören, oder deren Mandat erloschen, Höhe des Abzuges für den Tag der Nichtanwesenheit, sowie die Art der Kontrolle — wurde nicht zu Ende geführt. Fortsetzung Donnerstag 10 Uhr.

Die neunte Kommission des Reichstages (Mag- und Gewerkschaftskommission) verhandelte am 1. Mai über die §§ 15 und 16 der Vorlage. Letzterer schreibt in seinem ersten Absatz die Verstaatlichung des Eisenbahngüterverkehrs vor; der zweite Absatz läßt die gemeinschaftlichen Eisenbahnen für mehrere Bundesstaaten zu und nach dem dritten Absatz sollen die Landesregierungen befugt sein, „Gemeinden, welche zur Zeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Gesetzes eigene Eisenbahnen besitzen, die Verbeibehaltung der letzteren in widerruflicher Weise zu gestatten.“

Bei der Abstimmung wurde unser Antrag, die kommunalen Eisenbahnen bestehen zu lassen, mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der nationalliberale und Zentrumsantrag, welcher die Entscheidung, ob Verstaatlichung oder nicht, den Einzelstaaten bzw. Landesregierungen überlassen wollte, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen ebenfalls abgelehnt, aber auch Absatz 1 und 3 des § 16 der Regierungsvorlage wurde mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt, hingegen der 2. Absatz angenommen. Die Sache selbst ist also unentschieden.

Der Entschädigungsantrag des Grafen Bernstorff, wonach bei Verstaatlichung den Gemeinden, welche das Eisenbahn- und die Mehrereinnahmen verlieren, auf fünf Jahre eine Vergütung für verlorene Ueberschüsse gewährt werden soll, wurde mit allen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Die Vergütung an die Gemeinden soll in der Weise gewährt werden, daß von dem fünfjährigen Durchschnitt der Ueberschüsse ihnen für das erste Jahr $\frac{1}{5}$, für das zweite Jahr $\frac{2}{5}$, für das dritte Jahr $\frac{3}{5}$, für das vierte Jahr $\frac{4}{5}$ und für das fünfte Jahr $\frac{5}{5}$ derselben ersetzt wird. § 15 wurde unbeeinträchtigt angenommen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 3. Mai, 10 Uhr vormittags statt und sollen die überprüften Paragraphen 7-14 nachgeholt werden.

Interpellation.

Die Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung des Abgeordnetenhauses haben beschlossen, eine Interpellation wegen der nachträglich bekannt gewordenen Ursachen der Staatsüberschreitungen beim Renovationsbau des tgl. Schauspielhauses einzubringen.

Maisfeier.

Zur Maisfeier in den Vororten

Ist noch zu berichten die zahlreiche Beteiligung der Reichsfeier Arbeiterkassen, die sich vormittags im Schloß Weisensee versammelte. Es mochten etwa über 2000 Personen sein, vor denen Genosse Fendel unter großer Aufmerksamkeit über die Bedeutung des Tages referierte.

Einen besonderen, durch die Polizei gekennzeichneten Verlauf nahm die Spandauer Maisfeier. Es hatten sich am 1. Mai früh im Lokale von Köpnick, Fichelsdorferstraße, etwa 2000 Personen eingefunden, als auch schon die ganze Polizeimacht Spandaus mit dem Polizeikommissar und den Kommissaren an der Spitze erschien. Die Genossen, welche keinen Einlass mehr fanden, wurden von dem Kommissar Ritem aufgefordert, sofort die Straße zu verlassen. Dem berittlenen Beamten Bohm wurde befohlen, in die Menge zu reiten, was denn auch prompt zur Ausführung gebracht wurde, — so gewissenhaft, daß das Pferd sogar auf dem Bürgersteig herumtänzelte. Kurz nach 8 Uhr marschirten die Genossen ab und begaben sich in lockerem Zuge durch die Stadt nach dem Telnowischen Lokal in Halenfelde. An der Damstraße und Marktplatz wurde die Menge von der Polizei geteilt und in die Seitenstraßen verwiesen. Hierbei zeigte die Polizei eine fieberhafte Unruhe, unsere Genossen hingegen eine bewunderungswürdige Disziplin. Im Telnowischen Saale versammelte sich alsdann die Menge, um den trefflichen Ausführungen des Genossen Grempe zuzuhören.

Aus Neuenhagen a. O. und Bruchmühle, wo voriges Jahr von einer nennenswerten Maisfeier nichts zu spüren war, wird von stattlichen Versammlungen berichtet.

Die von den Possener Genossen zum erstenmal anberaumte Maisfeier verlief in großartiger Weise. Vor circa 200 Personen hielt Genosse Dr. Rosenbergs ein wirkungsvolles Referat. — Vor ungefähr 400 Männern und Frauen sprach Genosse Geger-Rixdorf in Trebbin, dessen Maisfest durch die dankenswerte Mitwirkung verschiedener Arbeitervereine besonders an Bedeutung gewann. — In Mühlentee, woselbst Genosse Taeterow referierte, nahm die Maisfeier unter härtester Beteiligung als sonst, einen ruhigen und würdevollen Verlauf. — Die Genossen der Heilstätte Grabowsee ließen sich gleichfalls nicht nehmen, für eine Würdigung des Tages Sorge zu tragen. Ein Genosse und ein Förster zu Pferde suchten den Proletariatskranken die Sohle zu verderben, die Genossen ließen sich indes nicht irre machen. Im Zuge durch den Wald hielten zwei Genossen Ansprachen und trotz der Begleitung der Beamten brachte man ein mehrfach donnerndes Hoch auf die internationale sozialistische Bewegung aus.

Ein heiterer Vorgang spielte sich in Hildersdorf ab. In der Nähe des Wölkesteinischen Lokals hing an der äußersten Spitze eines Baumes eine rote Fahne, die die große weiße Inschrift: „Hoch der Achtundzestag!“ trug. Auf Geheiß der Polizei bequamen sich einige junge Leute, denen das hinaufklettern Spaß zu machen schien, das „Inglid“ Adelschloßs herunterzuholen, um dann von den dienstfertigen Beamtenhänden zerstückt und in eine Düngrube geworfen zu werden. — Die Maisfeier in Wilhelmberg wurde dieses Jahr zum erstenmal begangen und erfreute sich einer regen Beteiligung. — In Friedrichshagen demonstrieren 700 Teilnehmer, die sich fast sämtlich an der Nachmittagsfeier beteiligten.

Brandenburg.

Eine Flut von noch einlaufenden Maisfestberichten bestätigt die wachsende Zunahme der durch Arbeiterkassen feiernden, wie überhaupt das sieghafte Durchdringen des Maisfestgedankens. Aus einer Reihe Orte wird die außerordentlich starke Beteiligung der Frauen besonders hervorgehoben. Sehr gut besuchte Versammlungen hatten noch die Schneider in Berlin. Die Versammlung der Stulleure verlief prächtig, das Lokal wurde polizeilich gesperrt. Die Müllersche feierten ausnahmslos durch Arbeiterkassen. In Weigen, Freientwalde, Driefen, Schwebus, Saarmund, Finsterwalde usw. war die Beteiligung viel stärker als in früheren Jahren.

In Landsberg a. W. hatte die Polizei herausgefunden, daß die ganze Feier ein „Vereinsvergügen“ sei und verbot deshalb nach § 8 des Vereinsgesetzes das Tanzen. Auch mußten die Kinder während des Vortrages den Saal verlassen.

In Posen prangte an dem äußersten Zweig einer Pappel vor der Kirche eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit.“ Nach einiger Kletterübung der Polizei war das gefährliche Instrument verhaftet.

Die märkische Niederlausitz mit ihrer überwiegenden Textilindustrie bot das Bild einer erhebenden Maisfeier. Das „rote“ Fort prangte früh im Samude dreier roter Fahnen, die leider sehr bald durch die Polizei von ihrem hohen Sitz heruntergeholt wurden. Die Bauberufe und einige andere Gewerkschaften, Konsumvereinsangestellte usw., die durch Arbeiterkassen feierten, zogen schon in taufreicher Größe zu Hunderten aus den Städten hinaus aufs Land. Die vormittags stattfindenden Versammlungen waren durchweg gut besucht. Abends waren die festlichen Veranstaltungen in allen Orten überfüllt. Zahlreicher als in früheren Jahren waren bei dieser Maisfeier

auch die Frauen und Mädchen vertreten, sie werden sich der hohen Bedeutung unserer Anforderungen in steigendem Maße bewußt. In P o r t mögen sich an der Abendfeier in zwei Sälen rund 2000 Personen beteiligt haben, außerdem hatten die Genossen in den Nachbarkreisen Eulo und Sacro eigene Feiern veranstaltet, die ebenfalls eindrucksvoll verliefen. Die massenhaft ausgetretene Polizei und Gendarmerie fand nichts zu tun.

Schlesien.

In Rattowitz fand eine von 800 Personen besuchte Maier-sammlung statt, in der Bruhns deutsch und Adamel polnisch referierten.

In Striegau war die Abendversammlung von über 700 Genossen besucht.

In Zabrze (O.-Schl.) fand vormittags 11 Uhr eine polnische und abends 8 Uhr eine zweite Demonstrationsversammlung statt, in denen deutsch und polnisch referiert wurde. Die Abendversammlung war so stark besucht, daß schon lange vor Beginn das Lokal polizeilich gesperrt war.

Posen.

Die in Posen vom Kartell und Wahlverein am Vormittag 10 Uhr einberufene Versammlung war von über 500 Personen besucht. Der allgemeinen Resolution wurde ein Zusatz gegeben, der die Ostmarkenpolitik brandmarkt.

Pommern.

Die Beteiligung an der Maisfeier in Dredow, Kreis Randow-Greifenhagen, war eine erfreuliche. Im Schillingen-Kaude waren morgens 8 Uhr 800 Genossen und Genossinnen versammelt, die nach der zündenden Rede ihres Abgeordneten Alwin Rörsten geschlossen einen Ausflug nach dem nahegelegenen Dertchen Warlow unternahmen. Nachmittags war Versammlung in Sidow-Saue, abends Festlichkeiten.

Die Arbeiterkassen wurden in weit stärkerem Maße als in den Vorjahren durchgeführt. Auf der Schiffswerft „Oderwerke“ feierten die Rieger, Vershemmer, Maschinenarbeiter, Tischler und Dreher, trotzdem sie noch am 2. Mai ausgesetzt werden. Auch die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter sowie die Töpfer feierten zum größten Teil.

In Köslin war die Vormittagsversammlung von etwa 600 Personen besucht. Die Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter und Ziegeleiarbeiter feierten vollständig, die anderen Gewerkschaften teilweise.

In Graudenz waren ungefähr 200 Personen versammelt.

Hamburg.

Die Feier der Hamburger Arbeiterschaft verlief in ebenso imposanter wie würdiger Weise. Die Beschlüsse der Hamburger Unternehmervereine, ihre Arbeiter wegen Beteiligung an der Maisfeier auf einen bis zehn Tage auszusperren zu wollen, haben sich erwiesen als ein Teil von jener Kraft, die das Böse will, aber das Gute schafft; die Scharmacher aller Grade haben eben ihre Rechnung ohne das Solidaritätsgefühl der Hamburger Arbeiterschaft gemacht und haben es, wo es noch nicht vorhanden war, mächtig entmachtet. Gedanken und Ideen lassen sich nicht niederzwingen. Was die Arbeiterkassen im Städtekomplex Hamburg-Altona-Wandsbeck anlangt, so übertrifft sie an Umfang die vorjährige ganz bedeutend; nicht allein auf den Bauten und in der Hausindustrie, wo bisher die Arbeiterkassen ganz bzw. zum größten Teil durchgeführt war, sondern auch auf den Plätzen der Obersten der Scharmacher stoppte vielfach das Werk gänzlich. Die Zahl der Feiern dürfte mit 80 000 nicht zu hoch gegriffen sein. Der Vorbereitungsbesuch des aus 40 000 Teilnehmern bestehenden Demonstrationzuges nahm über 2 1/2 Stunden in Anspruch. Im Zuge, der von 250 Arbeiterradfahrern eröffnet wurde, befanden sich außer den drei Hamburger Parteifahrern und der roten Fahne der Genossen polnische Runge etwa 200 Fahnen, Banner, Gewerkschaften, Embleme, Plakate mit Aufschriften, die auf die Bedeutung des Tages hinwiesen usw. Unter den Klängen der Arbeitermarschmusik und anderer Kampfweisen ging es hinaus nach dem Wäldenlamp, der schon von großen Menschenmassen besetzt war. Bis gegen 1 Uhr mittags, als die letzte Abteilung des Festzuges am Endziel eintraf, herrschte das herrlichste Frühlingswetter, dann ging ein scharfer Platzregen hernieder, der aber bald für diesen Tag dauernd seine Herrschaft an den Sonnengott abtreten mußte. Die Festrede hielt Genosse Emil Fischer, der in martialischen Worten die Zehntausende aufforderte, stets eingedenk ihrer Pflicht zu sein und so lange den Kampf gegen Knechtschaft und Ausbeutung in jeder Form zu führen, bis das erhabene Ziel der Sozialdemokratie erreicht sein wird. — Abends fanden in allen Stadtteilen festliche, der Würde des Tages entsprechende Veranstaltungen statt, die sämtlich überfüllt waren.

Die Arbeiterkassen im Hamburger Hafen war größer denn je zuvor; die meisten Schauerleute feierten, so daß die Köch- und Ladearbeiten auf vielen Schiffen stockten. Der Verein der Hamburger Weeder, der Verein der Schiffsmakler und Schiffsbauagenten und der Verein der Stauer veröffentlichten in den Abendzeitungen eine Erklärung, wonach sie sich vor die „Kotwendigkeit“ gestellt sehen, die überwiegende Mehrzahl der Schauerleute, die sich an der sozialdemokratischen Maisfeier beteiligen, laut Beschluß bis zum 11. Mai auszusperren. Infolgedessen würden sich Verzögerungen in der Expedition der Hamburger Schiffe nicht vermeiden lassen. Die Herren verlangen daher von den Beteiligten Unterstützung in dem ausgedehnten Kampfe gegen den sozialdemokratischen Terrorismus und weitestgehende Nachsicht gegenüber Verzögerungen in der Expedition der Schiffe.

In Wandsbeck nahmen an der Morgensammlung über 1200 Personen teil. Dann ging es in „losem Zuge“ hinaus nach einem an der Ahrensburger Chaussee gelegenen Gartenlokal. In der Abendversammlung waren über 2000 Festteilnehmer. Die Arbeiterkassen hat auch in diesem Orte gegen die vorjährige bedeutend zugenommen.

Mecklenburg.

Die Maisfeier verlief großartig. Die Ausflüge erfreuten sich einer starken Beteiligung. In Rosock zogen circa 2000 Personen nach den Warnsdorfer Anlagen. In den meisten Orten, wo etwas veranstaltet werden kann, war die Beteiligung größer als in früheren Jahren. Bei den Abendveranstaltungen wurden Ansprachen gehalten. Eine einzige Versammlung in den 7 Wahlkreisen wurde in Parchim abgehalten. Als der Referent (Rühn-Rostock) ausfuhrte, daß die Volksschule dringend einer Verbesserung bedürfe, drohte der Polizeihauptling mit Auflösung, weil dies Politik sei! Die Versammlung, die stark besucht war, nahm einen imposanten Verlauf.

Hannover.

Zum erstenmal feierte die Arbeiterschaft Emdens den 1. Mai durch Arbeiterkassen. Ein verhältnismäßig gewaltiger Fortschritt, da in Emden in den Vorjahren überhaupt von keiner Maisfeier die Rede war. Diesmal demonstrieren $\frac{1}{2}$ der in Frage kommenden Arbeiter durch Arbeiterkassen. Die Feier wurde eingeleitet durch ein Morgenkonzert. Dann ging es in zwanglosem Zuge zum Etablissement „Union“. Der Festzug war von der Behörde verboten worden, bevor noch um die Genehmigung nachgesucht war. Nachmittags sollte ein Ausflug nach dem eine halbe Stunde entfernt liegenden Vorort, verbunden mit einem Gartenkonzert stattfinden. Der Landrat des Kreises verbot jedoch das Konzert aus dem Grunde, weil es aufrührerisch wirke. So mußte er zwei öffentliche Volksversammlungen stattfinden lassen. Die Genossen von Emden hätten sich keine bessere Agitation denken können. Eine Aussperrung scheint den Feiern wegen Schwäche des Unternehmertums nicht bevorzustehen.

Rheinland-Westfalen.

In Elberfeld-Warmen feierten vormittags 800 Genossen. Am Nachmittagsausflug bei strömendem Regen beteiligten sich 1800 Genossen.

In Kreise Bennep-Mettmann war stärkere Beteiligung als früher.

Die in Kassen am Abend tagende Versammlung war von mehr als 600 Personen besucht. Die Arbeitstunde war größer als im vorigen Jahre.

In Reichel beteiligten sich am Nachmittagsausflug trotz strömendem Regen fast 500 Personen. Die Abendversammlung war von 1500 Personen besucht. Die Beteiligung war bedeutend stärker wie im Vorjahre. Zu bemerken ist noch, daß der 1. Mai-Wohntage in diesem Jahre ein besonders starker war, wodurch viele von der Beteiligung abgehalten wurden.

Im Wahlkreis Dortmund-Hörde war die Beteiligung an der Maifeier eine wesentlich stärkere wie in früheren Jahren, was sogar von der bürgerlichen Presse zugegeben wird. Die Bauarbeiter feierten fast sämtlich, ebenso war die Zahl der feiernden Bergleute der Landbezirke diesmal eine recht große. Wenn man die Teilnehmer am Demonstrationzug, der morgens statt, auf 10-12000 angibt, so ist dies sicher nicht zu hoch gegriffen. Sämtliche Demonstrationstruppen trafen sich in Hörde, von wo sich der imposante Zug nach den Festlokalen in Bergbäfen und Kplerbiedermarkt bewegte. Dort herrschte ein riesiger Trubel, der im Laufe des Tages immer mehr zunahm. Mittags wurden in zwei Lokalen vor einer begeisterten Menge Festreden gehalten. Abends fand noch in Dortmund eine große Festversammlung statt.

Polizei und Gendarmerie waren in den Festlokalen in großer Menge erschienen; sie zeigten sich ziemlich gereizt. Indessen gab es außer kleinen Zwischenfällen keine ernstlichen Störungen. Anders aber morgens in Dortmund, als die Genossen der Stadt sich zum Treffpunkt nach Hörde begaben. Die Dortmunder Polizei bildete nicht, daß zwei oder drei Mann zusammen auf der Straße standen, fortgesetzt forderte sie zum Weitergehen auf. Dann aber sperrte sie die Straßen nach Hörde ab und trieb die Truppe Leute in die Stadt zurück, wo aber auch überall die Straßen abgesperrt waren. Dadurch mußte es natürlich Ansammlungen geben, was die Polizei zum Anlaß nahm, mit berittenen Mannschaften dazwischen zu sprengen. Daß da nicht größeres Unglück passiert ist, erscheint fast wunderbar. Und daß es nicht zur Straßenschlacht gekommen ist, ist lediglich der Besonnenheit der Genossen zuzuschreiben. Wer das Auftreten der Polizei beobachtet hat, hätte sich wirklich nicht gewundert, wenn es zum Äußersten gekommen wäre. Es ist eine Schmach, was die Dortmunder Arbeitererschaft sich fortgesetzt von der Polizei bieten lassen muß.

Hessen-Nassau.

In Wiesbaden fanden überfüllte Morgen- und Abendversammlungen statt. An dem Ausflug nach Dohheim beteiligten sich 400 Genossen.

Aus Kassel wird uns berichtet: Die Maidemonstration macht auch im Hessenlande erhebliche Fortschritte. Die diesjährige Feier hat die früheren Jahre weit übertraffen, sowohl bezüglich der Zahl der durch Arbeiterkreise Feiern, als auch der Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationen und sonstigen festlichen Versammlungen. Im Bau- und Holzgewerbe herrschte weitgehendste Arbeitstunde. In der Stadt Kassel fanden von früh 8 Uhr bis spät abends Versammlungen statt. Durchweg waren die Lokale überfüllt. Mangels eines größeren Lokals hatten die einzelnen Gewerkschaften — Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Küfer usw. — Brandensversammlungen einberufen müssen. In den zwei allgemeinen Versammlungen herrschte ein beängstigendes Gedränge. In mehreren Nachbarorten fanden ebenfalls Versammlungen statt. Auch dort war riesiger Andrang. Die Zahl der Versammlungsbesucher wird auf über 3000 geschätzt.

Anhalt.

In Bernburg nahmen an der Morgenversammlung 250, am Ausflug 300 Personen, am Abendlommer 800 Personen teil.

Thüringen.

In Jena nahmen am Abendlommer im Volkshaus über 1000 Genossen teil.

In Rausfelder Kreise, im Streikgebiet, fand zu Zeitzenthal am Mittag eine von 600 Genossen besuchte Versammlung statt.

Baden.

In Karlsruhe nahmen an der Vormittagsversammlung 300 Genossen teil, erheblich mehr am Nachmittagsausflug. Die Abendfeier in der städtischen Festhalle war von 8000 Personen besucht. Die Beteiligung war vormittags und abends erheblich größer als im Vorjahre. Die Metallarbeiter hielten vier besondere Abendversammlungen ab.

In Freiburg i. B. waren in den Vorjahren höchstens 500 Feiern zu verzeichnen. Diesmal waren es über 1000 Genossen, die den 1. Mai durch Arbeitstunde begingen. Der geplante Zug mit Musik wurde verboten. Es ging aber auch ohne Musik. Die Polizei beschlagnahmte eine Fahne, drei rote Taschentücher und einem Italiener eine rote Hosenbinde. Es ging aber ohne Fahne, rote Taschentücher und rote Hosenbinde.

Schweiz.

Winterthur, 2. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Maifeier in der Schweiz ist großartiger verlaufen als je. Am Züricher Festzuge nahmen etwa 10 000 Menschen teil, auf dem Festplatz fanden sich 15 000 ein. In Basel beteiligten sich 5000, in Winterthur 4000. Ähnliche Zahlen sind zu melden aus St. Gallen, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, Neuchâtel, Schaffhausen usw. Leider wurde die Nachmittagsfeier vielfach durch Regen und Kälte gestört.

Belgien.

Brüssel, 1. Mai. (V. D.) Der heutige Tag verlief ohne jede Kundgebung. Gegen 6 Uhr setzte sich ein von Sozialisten organisierter Straßenzug in Bewegung, worunter sich zahlreiche Frauen und Kinder befanden. Es wurden Plakate getragen mit der Aufschrift: „Wir fordern den Achtstundentag, Altersversorgung und politische Gleichberechtigung!“

Antwerpen, 1. Mai. (V. D.) Auch hier fand ein Straßenzug statt, an welchem sich zirka 5000 Personen beteiligten. Zwischenfälle wurden nicht gemeldet.

Spanien.

Barcelona, 1. Mai. (V. D.) In sämtlichen hiesigen Fabriken wurde heute nicht gearbeitet.

Die Maifeier in London.

London, 2. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Maidemonstration der Londoner Arbeiter zog durch die vornehmsten Straßen des Westens nach dem Hyde-Park, wo acht Rednertribünen errichtet waren.

An der Demonstration nahmen teil: fünf sozialistische Gewerkschaften, eine anarchistische und eine jüdische. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf gut 30 000 Personen. Die Feier wurde durch keinerlei unliebsame Zwischenfälle gestört.

London (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Demonstration zog durch die vornehmsten Straßen des Westens nach dem Hyde-Park, wo acht Rednertribünen errichtet waren. Es nahmen teil fünf sozialistische Gewerkschaften, eine anarchistische, eine jüdische. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 30 000. Die Feier verlief ohne irgend welche Zwischenfälle oder Zusammenstöße.

Niederlande.

Die Maifeier in Holland hatte dieses Jahr einen wärmeren, frischeren Verlauf als je. Am Vorabend fand in Amsterdam der alljährliche Demonstrationszug mit Fackeln, Musikanten, Bannern und fliegenden Fahnen statt. Die Teilnahme ist auf 13 000 organisierte Arbeiter zu veranschlagen. Veranstalter war der imposante Zug vom Amsterdamer Vorstandsverband und 33 Lokalorganisationen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Am 1. Mai fanden in drei Meetings am Mittag und am

Abend statt. Die Mittagsversammlung des Vorstandsverbandes im großen Saale des Palais vom Volkswort sowie die Versammlung der Sozialisten waren stärker als in früheren Jahren und zwar von 3500 respektive 1500 Personen. Die Abendversammlungen brachten überfüllte Säle. — Leider regnete es den ganzen Tag.

Auch in Rotterdam fand ein Fackelzug statt. Dort sowohl wie in Utrecht, Haag und in einer großen Anzahl kleiner Plätze fanden Mittag- und Abendversammlungen statt. Ueberall war die Arbeiterstimmung größer als sonst, aber doch immer noch nicht entsprechend der Bedeutung der Maifeier. Die von den sozialdemokratisch gesinnten Vorständen, Verbänden und Vereinen veranstalteten Demonstrationen wurden gefeiert: für den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht, die von den sozialistisch und anarchistisch gesinnten Vereinen für den Generalstreik!

Ausländische Maifeierjurist nachgesehen, hatten die Amsterdamer Militärbehörden befohlen, daß die „Gemeinen“ Soldaten nach 8 Uhr abends in den Kasernen sein müssen — eine verkappte Konfiszierung der Truppen also.

Der 1. Mai in Warschau.

Warschau, 1. Mai. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Heute ist hier wegen der Maifeier ein absoluter Stillstand eingetreten. Alles ist geschlossen, die Fabriken und Kaufläden, sogar die Konditoreien und Kaffeehäuser. Der Trambahn- und Straßenbahnverkehr ist eingestellt, und man sieht nur wenige Fußgänger auf den Straßen. Zahlreiche Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen. Die Vorstädte sind militärisch vom Zentrum abgesperrt. Bisher ist kein Zusammenstoß erfolgt. In der letzten Nacht sind zwei Polizisten erschossen worden.

Die Schoppenstehlkrawalle in Hamburg vor dem Schwurgericht.

Sechster Verhandlungstag.

Hamburg, 1. Mai.

In der heutigen Sitzung wurde die Zeugenvernehmung zu Ende geführt. Bezüglich des 53jährigen, bisher noch nicht vorbestraften, der Plünderung angeklagten Zigarrenhändlers Rittner wird noch ein weiterer Entlassungsbegehren vorgebracht. Dieser befindet, er habe in der Nacht vom 18. Januar in einer Cafeteria den Angeklagten R. gesehen, der ein Paket unter dem Arm trug und dabei bemerkte, er habe das Paket im Schoppenstehl gefunden und wolle es abliefern.

Wie schon früher, so erklärten auch heute mehrere Angeklagte, die bei ihnen vorgefundenen Sachen gefunden und sich nichts dabei gedacht zu haben. Den Gehörten Barnemünde wird, gleich dem als Haupttäter und Mordführer bezeichneten Angeklagten Stange, von ihren letzten Arbeitgebern das Zeugnis, ordentliche und redliche Menschen zu sein, ausgestellt.

Zwei Zeuginnen behaupten von dem Angeklagten Dreves, der ein Besucher der Kaschemmen ist, daß „Dobbi“, wie er in seinen Streifen genannt wird, am Abend des 17. Januar eine Regulatouruhr unter dem Arm trug und zu ihnen sagte: „Die habe ich soeben geraubt.“

Nach der Befragung eines Gastwirts hat der Angeklagte Hardekopf in der fraglichen Nacht mit einer Uhr herumgeprahlt und gesagt, diese, sowie eine blutende Kopfwunde stammte vom Schoppenstehl der. Der Angeklagte gibt zu, mehrere Uhren gehabt zu haben, die ihm im Schoppenstehl zugehört worden seien; in seiner Trunkenheit, die von einem Zeugen bestätigt wird, habe er die Uhren bis auf eine verloren. Bei der ganzen Geschichte habe er sich nichts gedacht. Nach dem Zeugnis seines Arbeitgebers ist dieser Angeklagte ebenfalls ein fleißiger und ordentlicher Mensch, ebenso der der Plünderer angeklagte Arbeiter Brand.

Es wird nochmals zum Fall Stange zurückgegriffen, von dem die Zeugen ausjagen, daß er sonst ein ruhiger und anständiger Mensch sei, der aber, wenn betrunken, nicht wisse, was er tue. Stange könne nicht viel betragen; am Abend des 17. Januar habe er in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nicht weniger als 23 Glas Bier, teils halbe Liter, getrunken.

Der Angeklagte Rudolph, der auch eine Anführerrolle gespielt haben soll, ist, wie sein Verteidiger hervorhebt, während seiner Dienstzeit auf der Kaiserjacht „Hohenzollern“ wegen seiner guten Führung vom Kaiser durch Ueberreichung eines Fünfmarkstücks ausgezeichnet worden. Bei dem noch nicht vorbestraften R. ist ein Schlagring vorgefunden worden, von dem aber nicht behauptet werden kann, daß er ihn an dem fraglichen Abend gebraucht hat. Damit ist die Zeugenvernehmung erschöpft. Den Geschworenen werden mehrere große Steine gezeigt, die als Wurfgeschosse gebildet haben.

Da bei den Staatsanwälten sich ein Ruhebedürfnis bemerkbar macht, sie vielleicht auch Zeit zur Vorbereitung ihrer Plaidoyers gewinnen wollen, wird die Verhandlung auf Donnerstagmorgen 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Aktiengesellschaften in Preußen. Nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes domizierten im Jahre 1903/04 in Preußen 2538 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 8 888 540 000 M. Gegen das Vorjahr waren in Zugang gekommen 45 Neugründungen mit 238 710 000 M. 76 Gesellschaften mit 209 780 000 M. kamen in Abgang, davon 6 Gesellschaften mit 51 200 000 M. wegen Fusion. Die Gesamtzahl der Gesellschaften hat sich demnach etwas verringert, die Summe des Aktienkapitals dagegen ist gewachsen. Die Unterteilung wird durch folgende Tabelle illustriert:

Jahr der Gesellschaften	Aktienkapital	Reserven	Schulden
1899/00	2444	5768,50	944,06
1902/03	2554	6922,42	1026,61
1903/04	2533	6868,54	1117,10

Gegen 1899/1900 hat sich das Gesamtvermögen um rund 1 273 000 000 M. vermehrt, die Schuldsumme — Obligationen, Anleihen, Hypotheken — stieg um 567 680 000 M. Von den Gesellschaften schlossen im letzten Jahre 81 mit 97 Millionen Aktienkapital ohne Gewinn und Verlust ab, 458 Gesellschaften mit 692 Millionen Aktienkapital buchten 98,85 Millionen Mark Verlust. Was die Dividenden verteilenden Gesellschaften anlangt, so betrug

deren Zahl	Aktienkapital	Dividende überhaupt	in Prozent
1899/00	1754	4991,31	504,05
1902/03	1802	5199,47	409,88
1903/04	1870	5714,90	458,54

Das Jahr 1903/04 zeigt gegenüber dem Vorjahre schon eine Verringerung, die noch scharfer in Erscheinung tritt, wenn man die Dividendensumme auf das gesamte Aktienkapital in Anrechnung bringt, dann ergibt sich für 1902/03 eine Durchschnittsdividende von 6,19 Prozent, für 1903/04 aber 6,68 Prozent. Legt man den investierten Schulden eine Durchschnittsverzinsung von nur 3 1/2 Prozent zugrunde, zählt ferner die im letzten Jahre den Reserven zugeflossenen Beträge den Dividenden zu, so erhält man eine Gesamtsumme von rund 614,51 Millionen Mark. Diese Summe absorbierte das Kapital aus der industriellen Betätigung. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt demnach ein Betrag von 16,16 M., der allein für das in Aktiengesellschaften investierte Kapital aufgebracht werden mußte.

Reider sind keine Angaben gemacht über die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter. Um trotzdem zu einem Resultat zu kommen, das allerdings den Rahmen der Schätzung nur wenig überschreitet, machen wir folgende Rechnung auf: Die Gesamtzahl der Betriebe in Preußen, die der Aufsicht der Gewerbeämter und Bergbehörden unterstehen, belief sich im Jahre 1905 auf rund 3 1/2 Millionen. Nach Erhebungen der Handwerkskammern, die sich auf die Jahre 1900 bis 1904 erstrecken, wurden in Preußen 1 018 143 selbständige Handwerker, Gesellen und Lehrlinge gezählt. Diese kommen für die

Aktiengesellschaften nicht in Betracht, demnach verblieben noch rund 1 800 000 Arbeiter. Diese sind aber auch nur zu einem Bruchteil bei den Aktiengesellschaften beschäftigt. Andererseits zählen die in Preußen domizilierenden Gesellschaften in außerhalb Preußens liegenden Betrieben wohl noch einige Tausend Personen. Unter Berücksichtigung aller Umstände bemessen wir die Zahl der bei Aktiengesellschaften Beschäftigten mit rund 1 1/2 Millionen gewiß reichlich hoch. Bei dieser Annahme ergibt sich auf den Kopf ein Betrag von rund 410 M., dieser stellt aber den ganzen Mehrwert nicht dar. Es sind z. B. in die Summe noch nicht einbezogen die Lantienen und die für Reuanlagen aus den Betriebsbergebnissen entnommenen Beträge. Manche Unternehmen, die bis zu 10 Proz. jährlich vom Aktienkapital abschreiben, müssen dabei ihre Anlagen in der Bilanz fast fortgesetzt höher bewerten. Die für Reuanlagen aus den Betriebsbergebnissen entnommenen Beträge übersteigen die Summe der vorgenommenen Abschreibungen.

„Nordstern“ steigt. Wie fast alle Bergwerksunternehmen, so verzeichnet auch die Gesellschaft „Nordstern“ im 1. Quartal dieses Jahres einen die früheren Ergebnisse erheblich übersteigenden Gewinn. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurde ein Rohgewinn von 2 385 000 M. erzielt, gegen 1 754 000 M. in derselben Zeit 1904. — Wir stellen das Ergebnis von 1904 in Vergleich, weil der Streik in 1905 das Resultat stark beeinflusste. — Es stieg demnach der Rohgewinn von 631 000 M. gleich 36 Proz. Und mit dem 1. April traten die erhöhten Preise in Kraft. Es ist gut Wetter für die Kohlenmagnaten.

Pferdesport. Im Großherzogtum Hessen sind, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ erfährt, im ersten Quartal d. J. 14 742 Schweine weniger geschlachtet worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dafür sind aber 129 Pferde mehr verzehrt worden. Auch eine Illustration zur Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung.

Aus der Frauenbewegung.

Für das Frauenstimmrecht.

Einem Maiestartikel der „Gleichheit“ entnehmen wir folgende Ausführungen: In noch stärkerem Maße wie der Proletariat leidet die Proletarierin unter dem in Deutschland geltenden Wahlrecht, welches die Frauen gänzlich von der Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung ausschließt. Die herrschende Gesetzgebung legt zwar den Frauen in wirtschaftlicher, strafrechtlicher und steuerlicher Beziehung genau dieselben Pflichten auf wie den Männern, verlangt ihnen jedoch jede Beteiligung an der Gestaltung der gesetzgeberischen Einrichtungen, deren Bestimmungen die Frauen gleich den Männern unterworfen sind.

Dieses „Herrenrecht“, welches die Frauen herabwürdigt und sie zu politischen Parasiten stempelt, zu beseitigen, die politische Unmündigkeit der Frauen aufzuheben, sie zu gleichberechtigten Bürgerinnen zu machen, kann und wird nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Das Proletariat hat das größte Interesse daran, daß seine weiblichen Angehörigen das aktive und passive Wahlrecht erlangen, denn mehr wie die Frauen der herrschenden Klassen besitzen und leiden die Proletarierinnen unter den Wirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise, unter deren Herrschaft die Arbeiterklasse gewaltsam geistig und körperlich niedergedrückt wird und die Volksmassen in Not und Elend versinken.

Unser Maiest, welches dem Kampfe geweiht ist, soll den Genossinnen ein Sporn sein, energisch die Agitation für das Frauenstimmrecht zu betreiben. Nicht nur in den Maidemonstrationen, sondern vorher und nachher in der Presse, in Versammlungen, in Vereinen und im Familienkreis muß Aufklärung und Belehrung verbreitet werden über die Bedeutung und Notwendigkeit des Frauenstimmrechtes. Die Sozialdemokratie schließt das Frauenstimmrecht in die Forderung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes ein — für und gibt es weder ein Menschen- noch ein Klassenrecht. Gleiches Recht für alle! Im Kampfe für gleiches Recht müssen alle — Männer und Frauen — gemeinsam die gegnerischen Vorkämpfer belagern, gemeinsam die feindlichen Bestellungen stürzen.

In anderen Ländern haben die Frauen bereits ganz oder teilweise das Wahlrecht. Jenseits des Meeres, in Amerika und Australien, wählen die Frauen und besitzen öffentliche Ämter im Staate und in der Gemeinde. Auch in Europa, in den skandinavischen Ländern und in England, sind die Frauen politisch nicht so rechtlos gestellt wie in Deutschland.

Das Sprachrohr der herrschenden Gewalt in Deutschland, der zitierten Reichstagsredner Fürst Bismarck, erklärte zwar „Deutschland in der Welt voran“, aber der politische und soziale Tiefstand Deutschlands, seine Rückständigkeit in Fragen der Kultur und Gleichberechtigung nicht nur der Regierung, sondern auch der Befehlenden und dadurch herrschenden Klassen dokumentiert sich neben anderem auch deutlich in dem Ausschluß der Frauen von politischen Rechten, in der Verweigerung des Frauenstimmrechtes. Alle Gründe moderner Kultur- und Rechtsanschauung, die stetig wachsende Zahl weiblicher Arbeitskräfte auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, alles spricht für das Frauenstimmrecht — dagegen kämpft nur wirtschaftliche Ausbeutungssucht und politische Rückständigkeit der gesetzgeberisch maßgebenden Klassen und öffentlichen Gewalten mit allerlei Eingriffen.

Wenn, angeregt durch die Sozialdemokraten, in den Parlamenten — namentlich im deutschen Reichstoge — das Frauenstimmrecht besprochen und gefordert wird, dann erklären die Vertreter der besitzenden Klassen: die Frauen seien für dieses politische Recht noch nicht reif und vertrauten die nach Gleichberechtigung rufenden Frauen auf eine spätere Zeit. Das sind jämmerliche Ausflüchte, die nur den mangelnden Willen und die Abneigung, auf Vorrechte zu verzichten, verdecken. Einzig die Vertreter des in der Sozialdemokratie politisch organisierten Proletariats treten ehrlich und energisch für das Frauenstimmrecht ein — und erst wenn das Proletariat die bürgerliche Gesellschaft siegreich überwunden hat, erst dann wird auch den Frauen die Ausübung ihrer Menschenrechte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gesichert sein.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Reuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Vortrag des Herrn Dr. Jabel: „Die Proletarierkrankheit und der Arbeiterjugend.“ Gäste willkommen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.
Sonntag, 6. Mai, vormittags 10 Uhr, in Charlottenburg, „Volkshaus“, Rohnstr. 3 (kleiner Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassee- und Revisionsbericht. 2. Kasseeangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die örtliche Verwaltung.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl.

Ortsverein Berlin.
Bureau: C. 25, Dittenstr. 20. Tel.: Amt 7, Nr. 4909.

Freitag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Berliner Wasser, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Verlauf der diesjährigen Maifeier und was lehrt uns dieselbe? — 2. Vereinsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der Vorstand.
J. A.: Heinrich Dieck.

Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte.

2. Erstes Erwachen des Bürgertums (1780—1800).

In dem zweiten Vortrage, den Genosse Maxenbreyer in Kellers Saal hielt, behandelte er das vorstehende Thema, worüber er in der Hauptsache etwa folgende Ausführungen machte:

Der im vorigen Vortrage geschilderte Sieg der Fürsten in Deutschland ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Fürstenklasse eine elementare Kraft des Fortschrittes in sich verkörperte, sondern die deutsche Fürstenklasse stieg lediglich deshalb, weil eine andere Klasse, welche die Herrschaft in Deutschland hätte übernehmen können, nicht vorhanden war. Die Kraft des Bauerntums war im Bauernkriege gebrochen worden, die Macht der Städte war zurückgegangen infolge der Verschlebung der Welt Handelsstraßen und so fiel die Herrschaft der Fürstenklasse zu, obgleich dieselbe eine rückständige Klasse war. England und Frankreich, deren jedes sich zu einem einheitlichen Wirtschaftsbetriebe zusammengeschlossen hatte, sahen es in ihrem Interesse gern, daß in Deutschland keine Einheit zustande kam. Das Ausland fand es am bequemsten und seinen Interessen am besten dienend, daß in Deutschland die Fürsten an der Herrschaft blieben. Deshalb erhielten denn auch die deutschen Fürsten Unterstützung vom Auslande, sie schlossen Bündnisse mit dem Auslande, förderten ausländische Interessen und dienten wiederum mit ausländischer Hilfe ihren eigenen Interessen. So waren die deutschen Fürsten die antinationalste Klasse. Was es an nationalen Bestrebungen in Deutschland gab, das hat sich gegen die Fürsten durchgesetzt. Aber trotz der Schwäche ihres Ursprunges und der Zufälligkeit ihres Sieges beherrschte die Fürstenklasse in Deutschland etwa von 1600—1750 die Kultur. Sie hat immerhin kleine kulturelle Fortschritte gebracht, aber nicht eigene Gedanken, nicht eigene Kulturideale hat sie bewirkt, sondern was ihr an Kulturleistungen zugeschrieben werden kann, das hat sie dem Geistesleben und der Kultur der westeuropäischen Staaten entlehnt. Auf diese Weise kam von der kapitalistischen Kultur Westeuropas etwas nach Deutschland, obgleich hier keine eigene kapitalistische Kultur vorhanden war.

Mit dem Emporkommen der kapitalistischen Kultur war in Westeuropa eine neue Denkweise entstanden, die nicht mehr bestimmt war durch religiöse Anschauung, nicht durch den Glauben an das Walten überweltlicher Mächte, sondern die eingeleitet und bestimmt war durch das Rechnen und Handeln in der gegenwärtigen Welt. Das kapitalistische Wirtschaftsleben hängt eng zusammen mit der Aufstellung von Berechnungen und Kalkulationen. Die Methode des Rechnens, die Anwendung der Mathematik, die sich im Wirtschaftsleben als überaus erfolgreich erwiesen hatten, wandte man nun auch auf die Naturbetrachtung an. Bei dieser vernunftgemäßen Betrachtung der Natur kam man zur Erkenntnis des Gesetzmäßigen in der Natur, und damit war dem Wunderglauben, wie überhaupt den religiösen Vorstellungen der Boden entzogen. Die Natürlichkeit wurde unter dem Einfluß der kapitalistischen Denkweise die Grundlage der Weltanschauung und so entstand jene Geistesrichtung, welche man als Rationalismus bezeichnet, eine Denkweise, welche sich in allem auf eine vernünftige Grundlage stellen, welche alles messen, wägen und berechnen will.

Der Rationalismus, der in England und Frankreich bürgerlichen Ursprunges war, kam nach Deutschland als Kultur der Fürstentümer, und das war ein Verhängnis, denn der Rationalismus, der in Westeuropa ein Aufklärungsmittel war und in gewissem Sinne revolutionär wirkte, wurde in Deutschland nichts weiter als ein Luxus der Gebildeten, ein Unterhaltungsmittel für die höfische Gesellschaft. Recht bezeichnend ist eine Episode aus der preussischen Geschichte. König Friedrich II. war ein aufgeklärter Mann, der allen Kirchenglauben überwunden hatte. Als aber Voltaire an den König schrieb, er möge dafür sorgen, daß der Kirchenglaube auch bei seinen Untertanen noch und nach ein Ende finde, da antwortete der König damit, daß er die in ganz Europa vertriebenen Jesuiten in Schlesien aufnahm. Der König war der Meinung, daß für den Volkunterricht keine besseren Kräfte zu finden seien, als diese orthodoxen Katholiken. Friedrich II. wies auch die Pfarrer und Lehrer an, dem Volke das Wort Gottes und den Katechismus zu lehren. Er war es auch, der die geistliche Schulaufsicht, gegen die wir heute noch kämpfen, für Preußen gesetzlich einführt. Das tat der König, der für seine Person mit allem Glauben gebrochen hatte. Das rationalistische Denken, in Westeuropa ein kräftiger Hebel der Aufklärung, war in Deutschland ein süßes Konfekt, welches die Fürsten nach dem Diner einnahmen. Demgemäß haben sich denn auch die Schattenseiten des Rationalismus: die Übertragung des Regierens auf das Gesellschaftsleben, die Unterdrückung alles Natürlichen und die Einführung eines unnatürlichen Etikettenwesens, was seinen höchsten Ausdruck in der Periode des Rokoko fand, in Deutschland ganz besonders entwickelt.

Demgegenüber erhob sich dann in Deutschland selbst eine Opposition. Bürgerliches Denken begann zu entstehen und zu wachsen. Das Bürgertum, im 17. Jahrhundert noch in engen Beziehungen mit den Fürstentümern stehend, verlor im 18. Jahrhundert mit der größeren Ausdehnung der Staaten diese engen Beziehungen und bildete sich infolgedessen in seinem Denken zu einer mehr selbstständig, mehr bürgerlich fühlenden Klasse. Zu jener Zeit kamen auch aus Westeuropa nach Deutschland, welche hier neue Industriezweige: Goldschmiederei, Seidenweberei, Weberei und andere einführt. Diese Kleinbürger hatten ein wirtschaftliches Interesse daran, daß ihnen für ihren Gewerbebetrieb eine Monopolstellung, welche die Konkurrenz ausschließt, gesichert werde. Eine solche Stellung konnte ihnen aber nur der Landesfürst schaffen und deshalb hatten sie ein Interesse an der Erhaltung der Absoluten, denn der Fürst war es, der ihnen ihre Existenz sicherte. Diese bürgerliche Klasse war zwar voll modernem rationalistischen Denkens und dadurch von der Fürstenkultur emancipiert, aber ihr Denken stand im Gegensatz zu ihren wirtschaftlichen Interessen, die sie von den Fürsten abhingen. So konnte der Rationalismus bei dieser Bürgertum nicht revolutionär wirken und keine politischen Folgen zeitigen.

Die Entwicklung, welche die deutsche klassische Literatur und Philosophie auf dieser Grundlage genommen hat, ist: Opposition gegen alles Gefühlslose und Geschminkte, was der höfischen Kultur anhängt, und das Streben nach Darstellung eines ursprünglichen Gemütslebens, der Ungebundenheit des elementaren Gefühls. Das ist die seelische Stimmung dieser bürgerlichen Kultur. Eine solche Stimmung kann nicht zur Revolution treiben, sondern sie muß schließlich abbiegen in eine ideale, übersinnliche Welt, in der sie Befriedigung findet und nicht daran denkt, an den Tatsachen des realen Lebens etwas zu ändern.

Die Entwicklung des bürgerlichen Geisteslebens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts läßt sich — weniger zeitlich als inhaltlich — in drei Stufen scheiden: die Anfänge, die Zeit der Gefühlsüberwältigung und die Zeit der klassischen Ruhe. Auf der ersten Stufe steht Lessing. Seine Bedeutung besteht darin, daß er dem Gefühl des bürgerlichen Selbstbewußtseins, welches in Gegensatz zur höfischen Kultur tritt, Ausdruck verleiht. Lessing ist der erste deutsche Dichter, der bürgerliche Gegenstände auf die Bühne brachte und für bürgerliche Freiheit eintrat. Es liegt aber ein tragisches Verhängnis darin, daß sowohl Lessing, wie die ganze bürgerliche Literatur jener Zeit kein Publikum fand, das den literarischen Vertretern bürgerlichen Gedanken eine Existenz sichern konnte. So mußte denn auch Lessing, dieser kühnste Geist des deutschen Bürgertums, sein Leben fristen als Bibliothekar in Wolfenbüttel, also als Angehöriger eines Fürsten, des Herzogs von Braunschweig. Ungefähr gleichzeitig mit Lessing einsetzend, bildete sich nach 1770 in der deutschen Literatur die Periode des überschaumenden Gefühls heraus. Die Vertreter dieser Richtung, die ihren höchsten Ausdruck in Alopods „Fiesco“ fand, stellten sich in einer

Gegensatz zum höfischen Rationalismus und bringen die religiösen Gefühle wieder neu zur Geltung. Auf anderem Gebiet zeigt sich das Hervordringen des Gefühlslebens in jener Literatur, die sich das Empfindsame nennt. Dahin gehört unter anderem Goethes „Werther“. Bis in die Mitte der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts reicht die Periode der Empfindsamkeit, die natürlich keine politische Ausbeute bringen konnte. Das erste Stück des jungen Goethe: „Götz von Berlichingen“, kann man, wenn man es heute liest, ein politisches Stück nennen. Es ist eine leidenschaftliche Anklage gegen den Fürstentum. Aber der Dichter war sich der politischen Seite seines Stückes gar nicht bewußt, denn bald nachdem er diese leidenschaftliche Anklage gegen den Fürstentum geschrieben hatte, wurde er Minister des Herzogs von Weimar. Schiller ist der einzige Vertreter jener Periode, der politische Leidenschaft in seinen Werken verkörperte. In seinen Jugenddramen: „Die Räuber“, „Fiesco“, „Kabale und Liebe“ tobt ein Sturm sozialer Empörung. Dann folgte eine Pause in Schillers dichterischer Tätigkeit und dann erschien sein „Don Carlos“, ein Stück, in dem die Gedanken der französischen Revolution verberlicht werden, deren Verwirklichung aber vom Fürsten erwartet wird. Das ist die Schwäche der ganzen bürgerlichen Literatur jener Zeit, daß sie gar nicht auf den Gedanken kommt, das Bürgertum selber könne seine Ideale verwirklichen, sondern daß sie ihre Hoffnung vielmehr auf den aufgeklärten Fürsten setzt. Die Fürsten aber hatten ein entgegengegesetztes Interesse, nämlich die Erhaltung der ausbeuterischen Seite des Fürstentums. Von dieser Seite war eine Verwirklichung der bürgerlichen Ideale nicht zu erwarten, beim Bürgertum selbst fanden die Vertreter seiner Ideale auch kein tatkräftiges Entgegenkommen und so kam es dann, daß Schiller in seinen späteren Werken nur noch der Beschäftigung mit der Kunst, der Einkehr des Menschen in sein Innenleben das Wort redet. Das Ideal soll den Menschen über die Wirklichkeit erheben. Das ist der Grundton der deutschen klassischen Literatur, die mit bewußter Absicht an den bestehenden Zuständen nichts ändern will, die eine Wendung zum Besseren von der Zeit erhofft und das höchste Glück des Menschen in der Kultur der eigenen Persönlichkeit sieht. Die deutschen Klassiker in Literatur und Philosophie haben den Gedanken vom Adel der Persönlichkeit, von der Gleichheit alles Wesen, was Menschenansehen trägt, scharf herausgearbeitet. Sie haben in diesem Sinne Übergängliches geleistet. Die tiefsten und erhabensten Gedanken der bürgerlichen Literatur jener Zeit leben heute in der Arbeiterklasse. Auf die politischen Zustände ihrer Zeit haben die Gedanken der deutschen bürgerlichen Literatur keinen Einfluss gehabt, sie haben an den politischen Zuständen nicht das geringste geändert. Dieselben waren beim Abschluß dieser Periode noch ebenso, wie sie im ersten Vortrage dargestellt worden sind. Wenn eine Wendung in den staatlichen Verhältnissen eintrat, das wird im nächsten Vortrage erörtert werden.

Partei-Angelegenheiten.

Abtserhof. Heute abend 8 Uhr findet in Weimers Saal die öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Wilhelm Nießke über „Die Religion im Dienste der Kirche“ sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen und Genossen wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Stadtverordneten Groß-Berlins findet am Sonntag, den 6. Mai, präzis 12 Uhr mittags, im Gewerkschaftshause zu Berlin, Engel-Ufer 15, statt, um zu einer Reihe schwebender Fragen Stellung zu nehmen.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgestellt:

1. Die Verkehrspolitik Groß-Berlins.
Referent: Stadtverordneter Hugo Heiman-Berlin.
 2. Armen-Krankenpflege.
Referent: Stadtverordneter Paul Hirsch-Charlottenburg.
 3. Die Notwendigkeit von Zweckverbänden.
Referent: Stadtverordneter Paul Singer-Berlin.
- Nur mit Legitimationskarte versehene Teilnehmer haben Zutritt.

Ueber die Verstaatlichung des Berliner Rettungswesens

wird in den Kreisen der Interessenten wieder einmal hin und her gestritten. Die Interessenten sind ein paar Vereinigungen, die das Rettungswesen in Berlin bisher teils gegeneinander, teils miteinander besorgt haben. Die eine Gruppe empfiehlt die Verstaatlichung, weil sie die bittere Erfahrung gemacht hat, daß das Rettungswesen keine Aufgabe ist, die von der Privatwirtschaft befriedigend erfüllt werden kann. Die andere Gruppe will abzuweichen, weil sie keinen Anlaß hat, mit dem bisherigen Zustand unzufrieden zu sein. Die eine Gruppe ist die Rettungsgesellschaft und ihr Ärzteverein, die andere ist das Kuratorium der Unfallstationen und die dazu gehörige Gesellschaft.

Die Rettungsgesellschaft hat bisher auch die Meldestelle für die in den Krankenhäusern verfügbaren Betten gehabt. Nachdem jetzt die Stadtgemeinde diese Meldestelle übernommen hat, ist die Rettungsgesellschaft so ziemlich pleite. Schon in einer Denkschrift vom vorigen Jahre, die die Übernahme des gesamten Rettungswesens in die städtische Verwaltung vorschlug, hat die Gesellschaft mit bürren Worten erklärt, daß sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten müßte, wenn ihr die Stadtgemeinde nach Übernahme nur des Bettennachweises die aus dem Stadtsäckel gewährte Subvention kürze. Wir haben nunmehr die städtische Meldestelle für verfügbare Krankbetten gekriegt, und gleichzeitig ist im Etat für 1906 die Subvention an die Rettungsgesellschaft von bisher 30 000 M. auf 20 000 M. herabgesetzt worden. Ein Ausschuß ärztlicher Vereine für das Rettungswesen agitiert jetzt für die Verstaatlichung des gesamten Rettungswesens mit großem Eifer. Er hat in einer an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichteten Eingabe die Leistungen der gleichfalls von der Stadt subventionierten Unfallstationen nicht sehr lobenswert kritisiert. Das mußte begrifflicherweise das Kuratorium der Unfallstationen stark verärgern, und so geht nun durch die bürgerlichen Blätter ein Hin und Her von Erklärungen.

Das Kuratorium der Unfallstationen versichert, es habe gar nichts gegen die Verstaatlichung des gesamten Rettungswesens, wenn nicht dabei — die Berufsgenossenschaften zu kurz kommen. Die Berliner Unfallstationen stehen, wie man weiß, in engen Beziehungen zu den Berufsgenossenschaften — und diese wünschen, daß die Unfallstationen die übernommenen „Berufsstationen“ ihnen gegenüber nach wie vor erfüllen. Von der anderen Seite, von Ärzten der Rettungsgesellschaft, wird erwidert mit einem Hinweis auf die bekannten Gründe, die einst dazu geführt haben, daß Berlin überhaupt mit Unfallstationen beglückt wurde. Die neue Einrichtung sollte zunächst lediglich dem Interesse der Berufsgenossenschaften dienen. Da aber der Gewinn, den man davon erwartete, nicht nach Wunsch ausfiel, verwandelte sich die Unfallstationen schließlich in eine „gemeinnützige“ Einrichtung, damit auch andere Leute in die Lage kämen, zu den Unterhaltungsstellen beizutragen. Dieser Dinge wurden früher immer nur im „Vorwärts“ rühmend belächelt. Daß jetzt sogar in der bürgerlichen Presse von Ärzten an sie erinnert wird, das wird im Kreise der Interessenten, die sich um die Unfallstationen gruppieren, aneinander als sehr heuchlich empfunden. Von „mohunterrichteter Seite“ kommt eine gepfefferte Antwort. Sie wirft der Gruppe Rettungsgesellschaft vor, der Ruf nach Verstaatlichung gehe nur von einem kleinen Teil der Ärztschaft

aus, von Ärzten, die dabei ihre eigenen Interessen im Auge haben. Dieser Vorwurf, zugunsten der Gruppe Unfallstationen in die Welt hinausgeschleudert, muß in der Tat erschütternd wirken.

Unausant ist auch die Behauptung, mit dem bisherigen Zustand sei das Publikum ganz zufrieden, und ihm sei es gleichgültig, von wem diese Einrichtungen unterhalten werden, ob von der Stadt oder von Privaten. Wenn Interessenten anfangen, sich auf das „Publikum“ zu berufen, dann wird es Zeit, Schluss zu machen. Hoffentlich führen unsere Gemeindebehörden den Schluss recht bald herbei, indem sie endlich das gesamte Rettungswesen übernehmen — seinem ziele und keinem zuleide, nicht der Rettungsgesellschaft und nicht den Unfallstationen — lediglich zum Besten der Stadt Berlin.

Klagen über Schulnot finden sich in — bürgerlichen Blättern. Wie das möglich ist? Sehr einfach! Ausnahmsweise sind es einmal nicht Gemeindefunktionäre, die unter Mangel an Schulräumen zu leiden haben, sondern „höhere“ Schüler. Und in solchen Fällen befinnt sich die bürgerliche Presse sofort auf ihre Pflicht, Karm zu schlagen und Abhilfe zu fordern.

Die Schulnot, über die man sich aufregt, herrscht in Moabit. Bekanntlich wird nach Moabit das Friedrichswerdersche Gymnasium hinausverlegt. Da die Schulverwaltung bis zur Fertigstellung des erforderlichen Schulhauses nicht warten wollte, so wurde die Errichtung von Schulbaracken beschlossen. Für die Vorkursklassen sollten sie bis zum Beginn des Sommerhalbjahres fertig werden, aber — sie wurden es nicht. Als die Vorkursklassen, so wird in einem der Blätter des Moskischen Verlages gefloßt, sich am Eröffnungstage einfanden, waren die Baracken noch unfertig, und Handwerker arbeiteten noch an ihnen. Es roch nach Farbe, die Luft war feucht und dumpfig, das Thermometer zeigte kaum 6 Grad. Ein Unterrichten in diesen Räumen war unmöglich, Lehrer und Schüler mußten wieder heimkehren. An den folgenden Tagen erging es ihnen nicht besser. Immer wieder mußten sie die unferigen Baracken fliehen, so daß die Osterferien sich noch um einige Tage verlängert haben. Und ähnlich wird die Sachlage in anderen Blättern dargestellt.

Run, das sind Vorkommnisse und Zustände, wie wir sie auch in neuen Gemeindefunktionären erlebt haben, ohne daß die Presse der Besten sich darüber erschauert hätte. Aber es handelt sich eben diesmal nicht um lächerlichen Gemeindefunktionäre, sondern um die Vorkursklassen eines Gymnasiums. Ja, Arbeiter, das ist ganz was anderes! Interessant ist, daß jetzt von jener Seite die Schulbaracken als überhaupt mangelhaft bezeichnet werden. Damals, als die Schulbaracken in Berlin aufkamen, waren sie ein „vortreffliches“ Mittel, dem irgendwo auftretenden Bedürfnis nach Gemeindefunktionären rasch abzuhelfen. So wurden sie uns wenigstens geschätzt und angepriesen. Jetzt aber, wo auch einmal eine höhere Schule mit Baracken vorlieb nehmen soll, erweist man diesen Notbehelf sofort als unzulänglich. So ändern sich die Zeiten und die Anschauungen!

Den klagenden Schulfreunden wollen wir verraten, wie man der jetzt plötzlich von ihnen entdeckten Schulnot hätte vorbeugen können. Früher verfuhr man anders, wenn höhere Lehrranstalten neue Schulhäuser brauchten. Da wurde kurzerhand irgend eine Gemeindefunktionäre ausquartiert, die Gemeindefunktionäre wurden in eine Mietkaserne hineingesteckt — und in die frei gewordenen Räume des Gemeindefunktionärenzuges zogen die höheren Schüler ein, um darin zu wohnen, bis ihr eigenes Schulhaus fertig wurde. So sind die meisten der Realschulen anfänglich in Gemeindefunktionären untergebracht worden. In neuester Zeit hat sich noch ein anderer Ausweg gezeigt. Man hat Gemeindefunktionäre als „überflüssig“ erkannt, hat sie ganz eingehen lassen und ihre Häuser an höhere Schulen überwiesen, die sie gerade brauchten. Wie sich denn nicht auch in Moabit das eine oder das andere Mittel anwenden? Die Vorkursklasse des Gymnasiums war schon eine zeitlang in dem Hause der 13. Realschule in Moabit untergebracht, aber der Realschule konnten die Räume nicht länger entzogen werden, und so mußte die Vorkursklasse wieder wandern. Nun steht dicht neben den Baracken, die jetzt für die beklagten Vorkursklassen aufgestellt worden sind, ein stattliches Gemeindefunktionärenhaus. Hätte die Schulverwaltung nach alten, lieben Brauch die Gemeindefunktionäre ausquartiert und sie in die Baracken hineingesteckt, den höheren Schülern aber das Gemeindefunktionärenhaus eingeräumt, so läßen wir heute in der bürgerlichen Presse kein Wort der Klage über die Schulbaracken.

Die Schulverwaltung hat sehr unvorsichtig gehandelt, die Vorkursklassen des Friedrichswerderschen Gymnasiums in Baracken hinein zu nötigen. Aber das kommt davon, wenn man just das Nächstliegende überflieht.

Das Fernsprechwesen in Berlin.

Das Reichspostamt versendet folgendes Schreiben: „In der letzten Zeit sind in der Presse mehrfach Klagen über den Fernsprechtbetrieb in Berlin laut geworden. Obwohl darin manche Übertreibungen und Verallgemeinerungen von einzelnen Unregelmäßigkeiten enthalten waren, die in einem so großen Betriebe nie ganz zu vermeiden sind, so wird doch zugegeben werden müssen, daß zurzeit im Berliner Fernsprechtbetriebe an die Geduld der Teilnehmer manchmal erhöhte Anforderungen gestellt werden. Die Ursache liegt darin, daß sich gegenwärtig die gesamten Fernsprecheinrichtungen, Leitungen wie Kemter, im Umbau befinden. Vor einigen Jahren ist damit begonnen, das Fernsprechwesen von Groß-Berlin zum Doppelleitungsbetrieb auszubauen und zu diesem Zwecke die bis dahin meist oberirdisch geführten Leitungen als Kabel in die Erde zu verlegen. Die Ausrüstung des Leitungsnetzes mit Doppelleitungen bildet die Grundlage für einen den modernen Anforderungen genügenden Fernsprechtbetrieb. Die unterirdische Führung gibt Sicherheit vor Störungen.“

Der Ausbau des unterirdischen Doppelleitungsnetzes ist jetzt bis auf einen kleinen Teil im Nordwesten von Berlin vollendet. Hieran muß sich die Neuausrüstung sämtlicher Vermittlungsämter in Berlin und seinen Vororten mit dem gegenwärtigen Stande der Technik entsprechenden Einrichtungen schließen. Augenblicklich sind die Arbeiten am weitesten fortgeschritten in den Kemtern 6 in der Bülowstraße, 7 in der Wankensfeldstraße und in Charlottenburg; die Inbetriebnahme dieser Kemter wird im Laufe des Sommers stattfinden. Das Amt 2 in der Turmstraße, in dem die Arbeiten gleichfalls im Gange sind, wird dann bald folgen; für den Umbau der übrigen Kemter haben die Arbeiten begonnen.

Mit der Fertigstellung der neuen Amtseinrichtungen wird die Ursache der meisten bisherigen Klagen beseitigt sein. Der Kurbelanruf fällt fort, das Amt erhält sein Signal vom Teilnehmer dadurch, daß er seinen Hörer vom Haken nimmt und infolgedessen im Amt eine Glühlampe aufleuchtet. Ueberhaupt treten statt der bisherigen Knallklappen und sonstigen Zeichen in den Vermittlungsämtern Glühlampen in Tätigkeit, die sich als das wirksamste Signalmittel in Amerika bewährt haben. Der Teilnehmer hat ferner nur mit der Beamtin des eigenen Amtes zu tun.

Ueber das eigene Amt hinaus wird künftig der Teilnehmer nicht mehr zu rufen haben; den Anruf, sowohl des gewünschten Teilnehmers wie der anderen Kemter, besorgen die Beamtinnen. Endlich werden automatische Schlusszeichen eingerichtet, das sind Glühlampen, die aufleuchten, sobald die Teilnehmer ihren Hörer wieder anhängen. Die Verwendung des Geprägs wird also der Beamtin durch ein besonderes Zeichen sichtbar, so daß sie die Verbindung sofort trennen kann, ohne sich in die Leitung einzuschalten. Die bekannte Kontrollfrage: „Sprechen Sie noch?“ fällt fort.

Bis zur Beendigung des Umbaus aller Berliner Kemter werden noch 1½—2 Jahre vergehen. Während der Uebergangszeit müssen manche Unzulänglichkeiten in den Kauf genommen werden, die teils aus den fortdauernden Arbeiten an den Leitungen

Und Apparaten, teils durch das zeitweilige Zusammenwirken der neuen Einrichtungen mit älteren Systemen entstehen. Das ist bei der Ausdehnung und Kompliziertheit der gesamten Anlage nicht zu vermeiden. Die Feinschneidung können aber beibehalten sein, doch diese Unbequemlichkeit nur einen Durchgang bildet zu dem nicht fernem Zeitpunkt, an dem das ganze Berliner Fernsprechnetz auf einen der modernen Technik völlig entsprechenden Stand mit einheitlichen Betriebsbedingungen gebracht sein wird."

Eine neue, fränkische Säuglingsfürsorge, die für den Wedding und Gesundbrunnen bestimmt ist, wird Anfang Mai unter der Leitung des Dr. Zugenreich in der Panstr. 7 eröffnet. Sprechstunde ist täglich von 2-3 Uhr. Der Zutritt steht jeder bedürftigen Mutter mit ihrem Säugling frei. Wo es nötig ist, wird Säuglingsmilch zu ermäßigtem Preise oder unentgeltlich abgegeben; stillende Mütter erhalten Geldprämien.

Die jetzt vorliegende amtliche Statistik über den Osterfestverkehr der Berliner Stadt- und Vorortbahnen ergibt, daß die von und bereits mitgeteilten, vorläufigen Zahlen ganz bedeutend überschritten worden sind. Auf den sämtlichen Stationen wurden nämlich 2643408 Fahrkarten verkauft, wovon, wie wir schon mitteilten, der größere Anteil durchweg auf den zweiten Feiertag entfiel. Die Stationen der Stadt- und Ringbahn sind an dieser Summe mit mehr als 1 1/2 Millionen Fahrkarten beteiligt, so daß auf die Vorortbahnen 1127292 Fahrkarten kommen. Den stärksten Verkehr wies naturgemäß die Strecke Potsdamer Bahnhof—Werder auf; hier betrug die Anzahl der an den drei Feiertagen verkauften Fahrkarten 393218; dann folgen als nächst-frequentede Strecken: Görlitzer Bahnhof—Königs-Wusterhausen (mit 225901), Schlesischer Bahnhof—Fürstenwalde (mit 143437) und Stettiner Bahnhof—Drauzenburger (mit 132800 Fahrkarten). Im Vorjahre betrug die Gesamtzahl der an den Osterfeiertagen verkauften Fahrkarten „nur“ 1668496. Diese bis dahin höchste Frequenziffer ist diesmal um nicht weniger als 974912 Fahrkarten überschritten worden.

Omnibuslinie zum Birchow-Krankenhaus. Die Omnibuslinie zum Birchow-Krankenhaus, welche die Allgemeine Omnibusgesellschaft auf den Wunsch des Magistrats einrichtet, hat jetzt die Zustimmung des Polizeipräsidenten gefunden. Die Linie nimmt ihren Anfang am Rosenthaler Tor und geht durch die Wasserstraße zum Draniensburger Tor, von hier durch die Chaussee, Müller- und Trifflstraße bis zum Augustenburger Platz. Die Länge der Linie beträgt rund 4 1/2 Kilometer. Sie wird mit Pferdebetrieben. Die Fahrzeit beträgt 30 Minuten. Als Zeitstreifen zu 5 Pf. sind in Aussicht genommen Rosenthaler Tor—Pfeifenstraße, Draniensburger Tor—Bahnhof Wedding, Chaussee- und Invalidenstrassen—Müllerstraße, Ede Gerichtsstraße, sowie endlich Chausseestraße, Ede Pfeifenstraße—Augustenburger Platz. Die Wagen verkehren in Abständen von ungefähr 6 Minuten. Der Tag beginnt der Betrieb am Rosenthaler Tor 6,15, am Augustenburger Platz 6,33. Der letzte Wagen geht vom Rosenthaler Tor 9,21, vom Krankenhaus 9,59. Sonntags beginnt der Betrieb am Rosenthaler Tor 7,00, am Augustenburger Platz 7,33. Der letzte Wagen geht dann vom Rosenthaler Tor 10,00, vom Augustenburger Platz 10,44. Die Signalfarbe der Linie ist grün mit gelbem Strich.

Unvorsichtiges Umgehen mit Schußwaffen hat wieder zwei schwere Unglücksfälle herbeigeführt. Der 37-jährige Arbeiter Gustav Gollitz, Amstuhlerstr. 11 wohnhaft, hatte nach Feierabend auf einem Neubau in der Niedstraße seinen Freund besucht. Der letztere hantierte mit einem Revolver, das er bei sich führte, herum, die Waffe entlief sich hierbei und die Kugel drang dem G. tief in die linke Schulter. Auf der Sanitätswache in der Rheinstraße erhielt der Schwerverletzte die ersten Notverbände.

Gestern schloß sich der sechzehnjährige Arbeiter Karl Hoppe in der Werkstatt von Hellermann u. Schmidt, Reinickendorferstr. 66 beim unvorsichtigen Hantieren mit dem Leßling in die Werkstatt und verletzte sich schwer. Die erste Hülfe wurde ihm auf der Unfallstation in der Lindowerstraße zuteil.

Der Wasserfall im Viktoriapark konnte gestern nach erfolgter Reparatur der Maschinen mit dem belebenden Elemente gespeist werden. Von heute an wird das Wasser bis zum Herbst rauschen.

Wegen Doppelmordes wurde dieser Tage in Berlin ein Leberarbeiter Max Dittrich verhaftet und nach Dresden übergeführt, wo er eingekerkert, zwei Morde begangen zu haben. Nach weiteren Meldungen aus Dresden soll Dittrich noch sechs andere Morde eingestanden haben. Zunächst soll er den einschlägigen Mord an der Frau des Schiffers Ferdinand Grossnick verübt haben. Die Frau wurde bekanntlich am 25. März 1900 untot von Schmidtwitz nach Reuthen führenden Landstraße mit bis auf die Wirbel durchschrittenem Hals tot aufgefunden. Wegen dieser Mordtat kam, wie erinnerlich, der Schlächtergeselle Teichmann in Verdacht. Ein zweites, ganz ähnliches Verbrechen wurde im Herbst 1905 ebenfalls bei Reuthen an der Frau eines Wärters vollbracht. Die näheren Umstände beider Taten waren einander so ähnlich, daß auch hier Teichmann wieder in Verdacht geriet. Aber auch diese Tat wird Dittrich zugeschrieben. Auch noch vier andere in den Jahren 1891 bis 1900 in Ostpreußen verübten Morde soll er auf sein Konto gesetzt haben. Es handelt sich anscheinend um die Taten eines Jesuiten. Dittrich wurde vor einiger Zeit in Berlin unter dem Verdacht, einen Einbruchdiebstahl verübt zu haben, verhaftet. Er spielt den wilden Mann und war früher schon einmal in Herzberge interniert, er entwich aber aus der Anstalt. Unter dem Verdacht des Einbruchs wurde er wieder in einer Kaskammer festgesetzt und abermals nach Herzberge gebracht. Die Dresdener Polizei fahndete auf ihn, weil er zunächst eines Doppelmordes verdächtig war. Als sie von seiner Festnahme erfuhr, suchte sie bei der Berliner Kriminalpolizei um die Erlaubnis nach, den Verbrecher nach Dresden überführen zu dürfen, die auch sofort erteilt wurde.

Von einem Omnibus überfahren und getötet wurde am Dienstag nachmittag in der Potsdamerstraße eine ältere Dame, als sie den Straßenrand passieren wollte.

Ein Augenzeuge dieses Unglücks schreibt über die Häufigkeit dieser Unglücksfälle: „In London stehen in belebteren Stadtteilen, namentlich in der Gegend der Vault, in sehr kurzer Entfernung je zwei stämmige Konstabler mitten auf der Straße, um den Fahrverkehr zu regeln und die Passanten ungefährdet über den Fahrdamm passieren zu lassen. Die Fußwege werden alle zwei Minuten angehalten und dürfen nicht weiterfahren, bis einige Passanten, die sich angeammelt haben, ungefährdet den Fahrdamm überschritten haben. Die Schaulustigen, die hier der Ordnung halber auf der Straße stehen, stehen meist auf dem Bürgersteig und schreiben auf, wenn ein Unglück geschehen ist.“

Daß wir genügend Schutzeleute haben, sah man am Vormittage in der Gegend der Börse. Dort waren vielleicht 50-60 Schutzeleute postiert, weil eine Verammlung im Feenpalast stattfinden und dem Vernehmen nach dort Webel sprechen sollte. Die Straßen waren teilweise abgesperrt. Auch hat eine Rede Webers oder anderer Sozialdemokraten Leuten, die ein reines Bewußtsein haben, keinen Schaden zugefügt. Jedenfalls würden die Schutzeleute zum Schutz der Bürger gegen Ueberfahren auf der Straße verwendet viel richtiger sein als zur Verhaftung der Sozialdemokraten.

In der Metallarbeiterversammlung am 1. Mai im Palais-Theater wurde eine silberne Remontuhr mit Ketten gefunden. Abzuholen bei Paul Stolle, Grünauerstr. 36, Hof IV.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordneten-Versammlung erlebte gestern in kaum halbstündiger Sitzung 12 Punkte von meist unwesentlicher Bedeutung. Der Ausschuss, welchem die Vorlage betreffs Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes im Jahre 1907, welche eine Million Kosten wird, überwiesen war, empfahl ihre Annahme nach

den Vorschlägen des Magistrats, d. h. wiederum mit der Aufstellung einer großen Dampfmaschine, nicht einer Dampfmaschine. Dementsprechend wurde auch beschlossen. Die Vorlage betreffs Neubau der Köntgenbrücke wurde von dem Berichterstatter warm empfohlen, die Brücke würde in ihrer Wirkung außerordentlich leicht und gefällig sein. In Ansehung der Höhe der veranschlagten Kosten von über 600 000 M. empfahl er jedoch die Vorberatung in einem Ausschusse. So wurde auch beschlossen. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören dem Ausschusse die Stadtverordneten Vartsch und Klid an.

Gleich anderen Lügenblättern tischte die Charlottenburger „Neue Zeit“ ihrem Leserkreis auf, daß von einer Raifeier nicht viel zu merken gewesen sei. „Allerdings“, schreibt das Blatt, „sah man in den Morgenstunden einige „Zielbewahnte“, die ostentativ die rote Welle im Knopfloch trugen.“

Mittags fand eine stark besuchte Versammlung im Volkshaus statt, in der ein Vortrag über: „Die Bedeutung des 1. Mai und das Wahlrecht der Arbeiter“ gehalten wurde.“

Schon diese Mitteilung mag genügen, um die „tendenziöse“ Berichterstattung genannten Blattes zu kennzeichnen. Daß sich die „Neue Zeit“ ohne jedwede Berichterstattung ein Urteil über den Verlauf der Charlottenburger Raifeier zu fällen erlaubt, beweist schon, daß sie aus vier überfüllten Versammlungen nur eine macht. Indes verstehen wir es, wenn sich die „Neue Zeit“ einer so „gewissenhaften“ Berichterstattung befleißigt. Um ihre Existenz zu behaupten, streut sie, gleich anderen Lügenblättern, ihren Lesern Sand in die Augen.

Schöneberg.

Einen schweren Unfall erlitt gestern vormittag 1/11 Uhr der auf dem Holz- und Kohlenplatz von Wirth u. Sohn, Forststr. 35, beschäftigte Holzarbeiter Adolf Rathenow. Derselbe geriet beim Holzschneiden mit der rechten Hand so unglücklich in die Kreissäge, daß ihm dieselbe oberhalb der Knöchel mit Daumen abgeschnitten wurde. Er fiel sofort in Ohnmacht und wurde nach der Unfallstation in der Herberstraße gebracht. Schon vor einigen Monaten ist er in demselben Betrieb verunglückt, weshalb er nur noch teilweise arbeitsfähig war.

Die Schöneberger Orts-Krankenkasse kann mit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken. Die Mitgliederzahl ist seit Ultimo 1904 bis zum gleichen Zeitpunkt 1906 um etwa 3000 gestiegen und dürfte jetzt bereits 20 000 erreicht haben. Während die Gesamtzahl an Krankheits-tagen der weiblichen Mitglieder von 1902-1905 um etwa 50 Proz. (von 33 705 auf 67 267) gestiegen ist, betrug diejenige der männlichen Mitglieder nur etwa 20 Proz. (von 95 113 auf 115 330). An Krankengeldern wurden für das abgelaufene Jahr an Mitglieder 222 008 M. und an Angehörige 7099 M. gezahlt. Gestiftet sind auch die Aufwendungen für ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel. Erstere erforderte 61 556 M. (+ 14 000 M.), letztere 67 778 M. (+ 11 000 M.). An Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten wurden allein 93 234 M. verausgabt, während die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten 68 000 M. erforderten. Dem Reservefonds konnte gegenüber dem Vorjahre ein bedeutend höherer Betrag überwiesen werden, und zwar 101 506 M., gegen 38 000 M. im Jahre 1904. Die mit der im vorigen Jahre ins Leben gerufenen Versicherung der Hausindustriellen, sogenannten Heimarbeiter, verbundene Ausdehnung der Kasse hat sich als eine segensreiche Einrichtung erwiesen, wenn auch das Interesse hierfür bei verschiedenen großen Firmen, besonders Berliner, noch zu wünschen übrig läßt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß, da diese Einrichtung außer in Schöneberg nur in Berlin, dagegen in keinem einzigen anderen Vororte besteht, eine Anzahl Arbeitgeber ihre hier wohnenden Heimarbeiter, um die Beiträge zu sparen, entlassen haben. Man sieht, wie weit das Verständnis der Unternehmertreue geht, trotzdem die Beiträge, nicht wie in Berlin, abgeholt werden. Einen wesentlichen Anteil hat die Kasse auch an dem weiteren Ausbau der Wald-erholungsstätte Eichkamp genommen, indem dieselbe ihren dort untergebrachten kranken Mitgliedern neben Vergütung des wöchentlichen Fahrgeldes auch Mittagbrot und Milch neben dem Krankengeld gewährt. Mit der Wiedereröffnung der Erholungsstätte am 1. Mai ist auch für den nächsten Aufenthalt mehrerer Kranke gesorgt. Im vorigen Jahre allein waren von sämtlichen Besuchern 80 Proz. Lungenkranke zu verzeichnen.

Mit dem 1. April d. J. hat die Krankenkasse ihr eigenes Heim in der Grunewaldstraße 42 bezogen; es dürfte dies wohl die einzige in der weitesten Umgebung sein, die mit dem Bau eines eigenen Geschäftshauses vorgegangen ist. Dasselbe hat etwa 380 000 M. Kosten verursacht und dürfte die Kasse allem Anschein nach neben der Bequemlichkeit für die Mitglieder gut dabei zurechtkommen. Zum Bau hat bekanntlich die Landesversicherung etwa drei Viertel des Anteils beigetragen.

Rigdorf.

In der Waisenversammlung bei Heidau wurde ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Als verloren wurde eine weiße Pileckinderjacke gemeldet. Abzuholen eventuell abzuliefern abends von 7-8 Uhr bei A. Hendrichse, Thomasstraße 16, vorn 4 Lr.

Die Verhaftung eines Geistesbeschwörers wird aus Rigdorf gemeldet. Es handelt sich um folgende Geschichte: In einer begüterten und angesehenen Familie in Rigdorf sind zwei schöne und junge Töchter, Alara, die ältere, Monika, die jüngere, mit Namen Alara (war zu Bessmer geboren und wurde daher in englischen und französischen Ursulinerstiften erzogen. Als das Mädchen heimkam, lagen die Früchte der Erziehung bereits klar zutage. Der Körper des Mädchens war schlecht ernährt und leidend, und was das schlimmste war, der Geist der armen Alara hatte argen Schaden gelitten.

Die unglücklichen Eltern besetzten nun einen tüchtigen Arzt, der an dem Kinde gut machen sollte, was offenbar die Schwestern verdrorben hatten. Die Behandlung durch den Arzt währte aber nur ganz kurze Zeit. Eines Tages wurde der Arzt plötzlich mit dem Tode befristet. Das war so gekommen: Bei den Eltern der Kranken war ein feiner Herr namens Ignaz Kaminski, wohnhaft in der Wallerstraße 28 zu Rigdorf, erschienen und hatte den Eltern erklärt, die Behandlung durch den Arzt tauge nichts, man müsse hier ganz andere Mittel gebrauchen, um die Kranke zu heilen. Solche Mittel ständen ihm zu Gebote, denn er sei Geistesbeschwörer und habe gute Verbindungen mit der Geisteswelt. Die Kranke sei von Dämonen besessen, die man durch übernatürliche Kräfte aus deren Leibe vertreiben müsse. Und nun geschah das Unglaubliche: die Eltern übergaben die Tochter dem „Geistesbeschwörer“ zur Kur. Täglich kam Herr Kaminski abends in die Wohnung zu Alara, und sie mußte stundenlang allein mit ihm in einem völlig dunklen Zimmer verweilen. „Denn mit diesen Geistern“, sagte Herr Kaminski, „läßt sich nur im Finstern streiten“. Jedesmal brachte Herr K. auch einen Offiziersbecken mit ins Zimmer „zur besseren Besänftigung der unholden Dämonen“. Weileibe durfte niemand sonst aus der Familie in das Zimmer kommen, in dem der Geistesbeschwörer selber mit der jungen Patientin weilte. Die wunderbare Kur schien der Kranken gut anzuschlagen, wenigstens waren die Eltern mit der geistigen und körperlichen Verfassung der Tochter zufrieden. Kur Monika, die junge Schwester der Kranken, bogte Zweifel an der Heilmethode. Sie übertrat das Gebot des Heilkünstlers und brach in das dunkle Zimmer ein. Sie stieß plötzlich die Tür der Stube auf, in der Herr Kaminski sein Heilungswerk an der armen Alara verrichtete, und — genug, Herr Kaminski wurde gestern verhaftet. Die Situation, in der er überführt wurde, war nicht derart, daß da noch die Rede von Geistesbeschwörungen sein konnte.

Der Verhaftete gibt zu, in einer sehr verhängnisvollen Situation überführt worden zu sein, doch habe er nur prüfen wollen, ob die Kranke ihn liebe, was zur Erzielung eines Heilerfolges unbedingt notwendig wäre. Bei früheren Kurzen durch Beschwören und Ge-

lumbeten habe er derartige Mittel allerdings nicht angewandt. Im übrigen beschäftige er sich schon seit neun Jahren mit der Krankenheilung nach seiner Methode und er sei von dem Wert derselben völlig überzeugt. Früher habe er die bösen Geister mit einem alten Offizierssäbel mit Erfolg bekämpft. Ein solcher wurde in der Tat in der Wohnung des R. vorgefunden. Da begrifflicherweise die Befürchtung nabelag, daß R. selbst geisteskrank sei, wurde er gestern durch den Kreisarzt daraufhin untersucht, jedoch für völlig gesund befunden. Der Heilkünstler protestiert selbst entschieden dagegen, daß an seiner Zurechnungsfähigkeit gezweifelt werde. Auf den Ausgang der Untersuchung, die sich auch auf die übrige bisherige Wirksamkeit des „Geistesbeschwörers“ erstrecken dürfte, darf man mit Recht gespannt sein.

Es ist kaum glaublich, wie weit in unseren „aufgeklärten“ Jahrhundert Aberglaube und Leichtgläubigkeit noch verbreitet sind.

Wilmerdorf.

In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurden zunächst die stattgehabten Wahlen für gültig erklärt und die neu und wieder-gewählten Vertreter im Amt eingeführt. Die Erhebung der Hundesteuer von jährlich 30 M. hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörden erhalten. Zur Anlage eines Spielplatzes an der Medlenburgischenstraße für höhere Schulen wurden 3000 M. bewilligt. Auf dem Platz wird eine Halle sowie Sitzgelegenheiten errichtet und mit Sträuchern abgegrenzt. Die Beschaffung eines Pflanzens an der Cecilienstraße erfordert die Mittel von 1232,50 M. Es werden ferner zum Oktober dieses Jahres vier neue Lehrer- und eine Lehrerinstelle an den Gemeindevorsteher-Schulen notwendig. Für die Errichtung einer Zeichenklasse an der Fortbildungsschule wurden 183 Mark eingeseht. Nach einer längeren Debatte wurde die Durchführung der Holzsteinchenstraße nach der Berlinerstraße abgelehnt, da die Anlieger für die Quadratreute 2000 M. verlangen. Für den Neubau der VI. Gemeindevorsteher-Schule in der Pfalzburgerstraße wurden 600 000 M. bewilligt. Die Auswahl der in diesem Jahre zu regulierenden Straßen führte zu einer lang ausgehenden Debatte. Für die Asphaltierung und Umprofilierung wurden 416 700 M. bewilligt. Gemeindevorsteher Haberland verlangte in namentlicher Abstimmung die Bewilligung von 85 000 M. zur Regulierung eines Teiles des Kurfürsten-Dammes. Die Asphaltierung der Weierottostraße wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Bezüglich der Errichtung eines Amtsgerichtes in Wilmerdorf ist der Gemeindevorstand bei dem Justizminister vorstellig geworden. Begründet wird die Errichtung mit der bereits abnorm hohen Einwohnerzahl sowie der rapiden Zunahme, die Wilmerdorf zu verzeichnen hat. Jedenfalls wird bei der neuen Abgrenzung der Amtsgerichte ein Teil Wilmerdorfs zu Schöneberg, der andere Teil zu Charlottenburg gerechnet werden.

Lichtenberg.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, nach welchen Maximen im hiesigen Dorfpalament regiert wird, die Lichtenberger Dorf-Vollstz., lieferte ihn an Hand eines Berichtes über ein Referat, das der spiritus rector der Politik der Nacht in einer Lichtenberger Bürgervereinsversammlung verlas. Er hub an zu reden gegen den „Vorwärts“. Es sei nicht wahr, daß, wie dieser behauptet, der Dorfetat in oberflächlicher Weise erledigt worden sei. In vier Sitzungen sei der ganze Stoff beraten worden, zwischendurch habe man auch noch — private Besprechungen gepflogen! — Ja, da steht der Hase im Pfeffer! Der Mann der Rede vergah nur mitzutellen, daß die Dorfkommission in ihren privaten Besprechungen die offiziellen Kommissionsbeschlüsse wieder über den Haufen warfen. Daß man da das Bedürfnis hatte, im Plenum der Ortsberatung schnell das Genick umzubrechen, ist nur zu verständlich, solcher Standal schent natürlich das Tageslicht. Unsere Genossen hätten in der allgrößtlichen Weise ihre Pflicht verlegt, wenn sie nicht, der Nacht weichen, gegen solche Art der Mandatsausübung durch demonstratives Verlassen der Sitzung votiert hätten. Das Verhalten der bürgerlichen Vertreter ist aber auch kennzeichnend für ihr — Wohlwollen den Arbeitern und Beamten gegenüber. Die Herrschaften klümmern sich den Teufel um die in den Kommissionsberatungen gestellten Anträge, wenn die nicht in ihren Kram passen: Wir beschließen, wie wir wollen, denn wir haben die Macht! Das ist der bürgerlichen Plonzen Argument. Aber im Plenum muß man doch Rede und Antwort stehen, der Öffentlichkeit gegenüber den Schein wahren, da kann man Anträge sozialer Natur nicht so einfach mit dem Argument: *sic volo, sic juvo!* abtun, darum verweigert man lieber diejenigen, von deren Seite unbenqueme Anträge zu erwarten, und dann ulst man die Wähler noch an, indem man ihnen erzählt, sogar in privaten Besprechungen sei ihr Wohl beraten worden. Und die Spießer freuen sich, stattdessen rufen „Bravo!“, sehen tief hinein in — das Dorfgetriebe und freuen sich der braven Vertreter. Im vorigen Jahre war's anders! Da wollten die Plonzen oft Kommissionsberatungen den Kommissionsberatern. Unsere Genossen wehrten sich dagegen und die lieben Pfahlbürger entrüsteten sich, daß die Sozialdemokraten den Etat hinter verschlossenen Türen beraten wollten. Jetzt schlägt man Freudenpurzelbäume über die — privaten Besprechungen. Und die „Vollstz.“, die damals über die bösen Sozialdemokraten sich entrüstete, ist nun enthusiastisch, — wie gewünscht wird. Dabei freut sich das Väterchen wie ein Aeffchen, das durch seine Afferei und Springerei etwas Aufmerksamkeit erregt hat. Uebrigens konnte der Bürgervereinsredner seine Herzens-triebe nicht ganz verbergen. Er meinte, heute brauche man auf die Beamten nicht mehr viel Rücksicht zu nehmen, denn die Bürgerlichen stellten in der 3. Abteilung Kandidaten nicht mehr auf, und für die Sozialdemokratie dürfe kein Lehrer oder Beamter bei der öffentlichen Wahl zu stimmen sich erlauben. Das ist deutlich! Also den Beamten schreiben die Stadt-plonzen eine Meinung vor, dafür wurde ihnen aber auch gesagt, sie hätten kein Recht, auf die schlechtere Besoldung in Lichtenberg gegenüber anderen Gemeinden hinzuweisen, denn die Qualität der Beamten sei auch verschieden! — Den Beamten darf man öffentlich so etwas sagen — sie müssen ja lach sein, aber auf die Arbeiter, soweit sie noch den Bürgerlichen nachlaufen, nimmt man etwas Rücksicht und macht die Opposition mundtot.

Pankow.

Recht merkwürdige Zustände herrschen zurzeit in der Gemeinde Pankow. In kurzer Zeit haben zwei unbesoldete Schöffen aus „Gesundheitsrücksichten“ ihre seit langen Jahren innegehabten Ämter niedergelegt, ein dritter geht mit der Absicht um, ebenfalls zu demissionieren. Die seit Monaten in Aussicht genommene Anstellung eines besoldeten Schöffen wird durch den Gemeindevorsteher und seinen Anhang künstlich hinausgeschoben. Der Grund für alle diese Vorkommnisse ist durch eine Claquewirtschaft schlimmster Art hervorgerufen. Zur Charakterisierung dieser Zustände wollen wir bis auf weiteres nur ein paar Vorkommnisse an dieser Stelle veröffentlichen. Die Entwässerung ist schon seit Beginn des Nieselverfahrens ein Schmerzenskind der Gemeinde. Ermerlich ist noch die Vertragsaffäre bei der Druckrohlegung nach Mühlenbeck, auch jetzt ist wieder bei der Drainage der Niesel-felder die Anlage in ganz unsachgemäßer Weise ausgeführt worden; sämtliche Drainröhren sind verlandet, sie müssen deshalb ausgegraben und neu gelegt werden, was der Gemeinde 60 000 M. kostet. Der Dezernent der Kanalisationskommission, Gemeindevorsteher erster Klasse Rentier Conrad, welcher nicht die geringste Kenntnis einer derartigen Anlage hat, wurde von sachverständiger Seite auf die verkehrte Anlage aufmerksam gemacht. Vergeden! Die Gemeinde kann nunmehr die Unfähigkeit dieses Herrn mit obengenannter Summe bezahlen.

Des weiteren will die Gemeinde ein neues Wasserwerk errichten; in Aussicht genommen sind Terrains am Regele See in der Nähe der Berliner Wasserwerke. Nach Abholung des Forstereins, dem lange Verhandlungen mit dem Forstfiskus und der Regierung vorausgingen und nachden, ohne den Grunderwerb, 6000-7000 M. verpulvert sind, stellt sich heraus, daß das Berliner Wasserwerk durch seine Lage dem zukünftigen Pankower Werk das

Wasser ableitet. Resultat: Unnütze Gelbbaugaben, weil auch hier der Regent kein Fachmann ist. In dieser Weise wird hier nun schon seit Jahren gewürfelt, obwohl unsere Genossen und auch einzelne bürgerliche Vertreter dagegen ankämpfen. Diese Zustände, die wir noch vervollständigen könnten, haben ihre Ursache darin, daß der Amtsvorstand nicht selbständig genug vorgeht. Diese Unselbständigkeit hat dazu geführt, daß der Gemeindevertreter königl. Hofmaurermeister Stadtrath und beantragte Bauten aufzuführen konnte, welche der Bauordnung zuwiderlaufen. Auf Anordnung des Landrats des Niederbairner Kreises muß ein Wohnhaus, welches um 4 Meter zu hoch gebaut ist, abgetragen werden; dergleichen ist die Korbbaubauabnahme-Bescheinigung vom Amtsvorstand früher bescheinigt worden, als die Abnahme durch den Regierungsbaumeister erfolgt ist. Diese Vorkommnisse sind selbst den Bürgerlichen zu stark. Stadtrath, welcher in der 2. Abteilung aufgestellt und gewählt worden ist, wird nicht wieder bei den am 2. Mai stattfindenden nachmaligen Wahlen aufgestellt. Statt dessen ist nunmehr Stadtrath in der ersten Abteilung aufgestellt worden, in welcher er zweifellos gewählt wird. Der Bürgermeister Gottschalk, welcher durch die Stimmenstimmen den Ausschlag gibt, wird dafür sorgen, daß diese Stimmen zu dessen Gunsten in die Wagschale geworfen werden.

Vernau.

Im Schlaf in einen See gefahren und ertrunken ist der Arbeiter Scharlau aus Lanke bei Vernau, welcher mit einem zweispännigen Ochsenwagen nach Vernau fuhr. Er war vermutlich auf seinem Wagen eingeschlafen und ließ die Tiere ziellos gehen. Am Ufer gingen die Ochsen vom Wege ab, gerieten auf die Seeböschung und vermochten hier den Wagen zweifellos nicht mehr zu halten, der die Tiere vor sich hertrieb, in das Wasser rollte. Das Gefährt verschwand in den Fluten und nur die obere Kante des hinteren Wagenkastens ragte aus den Wellen hervor. Passanten entdeckten das Fahrzeug und vermochten dasselbe nur mit großer Mühe ans Ufer zu bringen. Scharlau wurde auf dem Wagen tot aufgefunden. Auch die Kadaver der beiden Ochsen wurden gelandet.

Potsdam.

Durch eine abirrende Gewehrfluge wurde in Vornim bei Potsdam der Postverwalter Döring nicht unerheblich verwundet. Der Beamte stand auf der Dorfstraße im Gespräch mit einem Bekannten und zwar in der Nähe des Katharinenholzes, in dem sich die Schießstände des 1. Garde-Regiments zu Fuß befinden. Plötzlich empfand er einen stechenden Schmerz im Oberarm und sah Blut rieseln, worauf er laut aufschrie: „Ich bin angeschossen!“ Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß Döring von einer Gewehrfluge getroffen war, die in dem biden Fleisch des Oberarmes stecken geblieben war. Sie hatte nur noch wenig Durchschlagskraft, weil sie anscheinend an einer Hauswand abgeprallt war. Der Verwundete mußte das St. Jofefs-Krankenhaus in Potsdam aufsuchen, wo mittels Röntgenstrahlen der Sitz der Gewehrfluge festgestellt wurde. Diese wird auf operativem Wege aus dem Oberarm entfernt werden.

Gerichts-Zeitung.

Geschmiedete Kriminalbeamte.

Kürzlich wurde gegen Ullig und Genossen vor der hiesigen Strafkammer wegen Demütigung, Beschimpfung usw. sogenannter Kavaliere verhandelt. Gestern beschäftigte sich die 9. Strafkammer des Landgerichts mit einem Nachspiel zu dem Prozeß. Vor dieser hatte sich der Kriminalschußmann Otto Seifert zu verantworten, der beschuldigt wurde, in den Jahren 1903 und 1904 als Beamter der Kriminalpolizei für Handlungen, die eine Verletzung seiner Amtspflichten enthielten, Geschenke und andere Vorteile angenommen zu haben. Gegen den jetzt in der Irrenanstalt Herzberge sitzenden Ullig und seinen kürzlich verurteilten Komplizen Schneider war seinerzeit eine große Anzahl Anzeigen wegen Wuchers, Betrug und Untreue erstattet worden. Es wird nun behauptet, daß Ullig über alle Maßnahmen der Behörden und alle wichtigen Ereignisse durch einen Beamten der Kriminalpolizei fortgesetzt auf dem Laufenden erhalten worden und daß Seifert dieser Beamte gewesen sei. Seifert arbeitete zwar nicht in dem Zimmer, in welchem die Sache Ullig bearbeitet wurde, sondern nebenan; es wird aber behauptet, daß er bei seiner Kenntnis der Registerführung und der Bureaueintritten reichlich Gelegenheit hatte, außerhalb der Geschäftsstunden sich die Akten zu verschaffen und sie einzusehen. Seifert war mit Ullig genau bekannt. Er lernte ihn vor etwa 4 Jahren in Schmaragdort kennen, als er dort angestellt war, während Ullig in einem dortigen Lokal als Klavierspieler sich sein Brot verdiente. Die Anklage behauptet, daß jedesmal, wenn Ullig eine Vorladung erhielt oder der Information bedurfte, der Kriminalschußmann Seifert sofort von ihm auf sein Bureau gittet oder in besonders dringenden Fällen im Bureau des Polizeipräsidenten aufgesucht worden sei und alle gewünschten Auskünfte herbeigeschafft habe, so daß Ullig niemals durch irgend etwas übertrübt werden konnte. Als Ullig im Sommer 1904 verhaftet wurde, packte dessen Komplize Schneider alle kompromittierenden Schriftstücke, die sich im Bureau des Ullig befanden, zusammen und warf das ganze Bündel von dem an der Weidendammer Brücke gelegenen Bureau aus in die Spree, um es vor der Polizei zu verbergen. Das Bündel wurde einige Tage später, als Ullig bereits wieder entlassen war, aus der Spree aufgefischt. Ullig soll nun sofort von Seifert von dem bedenklichen Funde benachrichtigt worden sein. Jedenfalls ist Ullig, der einem bei ihm wohnenden Dr. Verbeau gesagt haben soll, daß er die Kenntnis von diesem Funde von Seifert habe, in auffallender Schnelligkeit auf dem Polizeipräsidenten erschienen und zeigte dort an, daß ihm die Papiere „gestohlen“ worden seien und er sie zurück verlange. Für seine Liebedienste soll der Angeklagte Seifert vielfach mit Bier, Kognak, Zigarren traktiert worden sein, bar Geld erhalten und auch die Bier- und Weinreisen mitgemacht haben, die der äppig lebende Ullig mit Hilfe des seinen Opfern abgeschwindelten Geldes veranstaltete. Diesen Behauptungen der Anklage gegenüber bestreitet der Angeklagte jede Schuld. Als Zeugen wurden der Kriminalkommissar Krüger, ferner der kürzlich abgeurteilte Schneider und der Buchhalter Leidenfrost vernommen. Ersterer bezeugt, daß eines Montags morgens von einem Schiffer ein Paket Dokumente aus der Spree aufgefischt und zum Polizeipräsidenten geschafft worden war. Wenige Stunden später erschien der anscheinend sehr gut informierte Ullig und verlangte die Herausgabe der Schriftstücke. Der Zeuge habe sofort den Verdacht gehabt, daß die schnelle Kenntnis des U. von dem Funde nur von einer Indiskretion irgend eines Beamten herrühren könne.

Der Zeuge Schneider bezeugte, daß Seifert häufig in dem Bureau gewesen sei und mit Ullig verhandelt habe, auch bei den Anzeigenerien sei S. dabei gewesen. Ob S. Vergelt für seine Mitteilungen erhalten habe, wisse er nicht; Durchsuchungen, auch mit anderen Beamten, wären auf jeden Fall vorgekommen. Derselben Ansicht ist auch der Zeuge Leidenfrost. Der Verteidiger stellte den Antrag, den Ullig, der sich zurzeit in einer Irrenanstalt befindet, als Zeugen darüber zu vernehmen, daß Seifert nicht derjenige sei, von dem er die Mitteilungen erhalten hatte, Seifert auch keine Vergeltung erhalten habe und ferner, daß mehrere andere Kriminalbeamte mit U. in Verbindung gestanden haben. — Der Angeklagte selbst gab zu, von U. das eine Mal 20 M. und ein zweites Mal 50 M. erhalten zu haben; dies wäre jedoch nur darlehensweise geschehen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere des Vergehens 1 Jahr Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht hielt ein Vergehen im Amte für nachgewiesen und erkannte in Anbetracht, daß der Angeklagte als Beamter dem Gesetz in schlimmster Weise in den Rücken gefallen sei, auf 6 Monate Gefängnis sowie 3 Jahre Ehrverlust.

Ablehnung der Zumutung, ohne Vorbereitung zu verteidigen.

Einen eigenartigen Verlauf nahm eine Verhandlung, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Herold vor dem Schwurgericht am Landgericht II stattfand. Wegen Strahenaubens, Diebstahls und Heberei waren die Gebrüder Valentin, Wladislav, Vincent, Constantin und Stanislaus Wazurkiewicz und ein Johann Trzeziński angeklagt. Die sechs Angeklagten wurden beschuldigt, in systematischer Weise Verraubungen von polnischen Arbeitern verübt zu haben, denen sie sich als Landleute vorstellten. Die Arbeiter, die das erste Mal nach Berlin gekommen waren, wurden auf dem Bahnhof Charlottenburg von den Angeklagten in Empfang genommen und in ihrer Muttersprache angeredet. Höchst erfreut einen Landsmann zu treffen, vertrauten sich die anderseits Opfer der Führung der Angeklagten an. Der Empfang wurde natürlich auch ordentlich „begossen“. Hierbei sollen die Angeklagten ihren arglosen Opfern Opium in das Bier geschüttet und sie dann betäubt haben. Zur Anklage standen folgende Fälle. Im September vorigen Jahres sprach Valentin W. auf dem Bahnhof Charlottenburg den Arbeiter Lech an und veranlagte ihn, mit ihm in ein Lokal zu kommen. Hier mußte ihm der Angeklagte wohl ein Betäubungsmittel in das Bier getan haben, denn als U. aufwachte, war sein Landsmann verschwunden und mit ihm sein wohlgefülltes Portemonnaie und zwei Taschenuhren. Kehlich erging es einem Arbeiter Stempin, der am Morgen nach einem todähnlichen Schlaf in dem Hausflur des Hauses Wallstr. 16 erwachte, nachdem er von dem Angeklagten um Portemonnaie und Uhr beraubt worden war. Wenn die Betäubungsmittel nicht genügend wirkten, schauten die Angeklagten auch vor einem Raube nicht zurück. Schlimme Erfahrungen mit seinen lebenswürdigen Landsleuten mußte deshalb der Arbeiter Rimarzi, der von Valentin W. auf dem Bahnhof angeprochen worden war, machen. In dem Abortraum eines Lokales, in welches sich R., nachdem ihm nach dem Genuß des Bieres unwohl geworden war, begeben hatte, fiel sein Begleiter über ihn her und entriß ihm die Uhr und das Portemonnaie. Der Dachbeder Steffenhagen wurde auf der Straße von Wladislav und Vincent W. mit einem Schlagring zu Boden geschlagen und beraubt. Die übrigen Fälle der Anklage lagen fast gleichartig. — Die Verhandlung scheiterte jedoch an einer wohl noch nicht dagewesenen Zumutung, die als die Offizialverteidiger bestellten Rechtsanwälte v. Palmowski, Leo Kempner, Dahn und Bahn. Die Verteidigung sollte anfänglich der Rechtsanwalt Levin führen, dessen Ladung mit dem sonderbaren Vermerk „unbekanntem Aufenthaltsort“ zurückkam, obwohl dieser täglich an Gerichtsstelle tätig ist. An seiner Stelle wurde Rechtsanwalt v. Palmowski zum Offizialverteidiger des Hauptangeklagten ernannt und zwar erst am Freitag voriger Woche. Dieser erklärte vor Gericht in Gemeinschaft mit den übrigen Anwälten, daß es gegen die Pflichten eines Anwaltes verstoße, obnezügige Vorbereitung, die infolge der Kürze der Zeit nicht möglich war, die Verteidigung in einer Strafsache zu übernehmen, die möglicherweise mit einer Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus endigen könnte. Landgerichtsdirektor Herold ersuchte nunmehr den Rechtsanwalt Bahn die Verteidigung zu übernehmen. Dieser lehnte ebenfalls mit der Motivierung ab, daß in einem ähnlichen Falle sowohl der Vorsitzende vom Landgerichtspräsidenten wie auch der Verteidiger von der Anklagekammer eine Klage erhalten hätte. Außerdem läge Interessenskonflikte vor, da er den Dieb verteidige und nicht nur auch noch den Hehler verteidigen könne. Rechtsanwalt Leo Kempner lehnte gleichfalls die Verteidigung eines zweiten Angeklagten ab, da schon bei dem einen ihm zugefallenen Mandat eine Information unmöglich war. Nach zweistündigem Parlamentieren mußte der ganze Prozeß, in dem ein großer Zeugenapparat aufgeboten war, vertagt werden. Die Verhandlung findet nunmehr am 10. und 11. Mai statt.

Ist jedes Vorstandsmitglied einer Baugenossenschaft strafrechtlich verantwortlich? Wohnungen des Thorer Beamten- Wohnungsbaubereins waren vor der polizeilichen Gebrauchsbauabnahme bezogen worden. Als Vorstandsmittglied dieses Vereins, einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung, wurde dafür Herr Moldenbauer strafrechtlich haftbar gemacht. Er wurde auch in zweiter Instanz wegen Uebertretung der örtlichen Bauvorschriften zu einer Geldstrafe verurteilt. Den Einwand, daß er nur die Kassengeschäfte der Genossenschaft wahrnehme und die Erledigung der Bau- und Mietgeschäfte ihn nichts angehe, sondern Sache des Bauwarts und eventuell des Vorsitzenden sei, ließ das Gericht nicht gelten. Als Vorstandsmittglied wäre er haftbar. — Das Kammergericht hob dies Urteil am Montag auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Alle Mitglieder des Vorstandes einer solchen Genossenschaft seien nicht ohne weiteres strafrechtlich verantwortlich, wenn der Vorstand gegen polizeiliche Bestimmungen verstoße. Auch für die Vorstandsmittglieder einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung seien die allgemeinen strafrechtlichen Prinzipien maßgebend, wonach ohne Ver schulden keine Verhaftung eintreten könne. Ein solches sei bezüglich des Angeklagten nicht festgestellt, es wäre auch nicht anzunehmen, daß er als Kassierer durch aus verantwortlich wäre für die vorzeitige Ingebrauchnahme der Häuser. Seine Geschäfte seien ganz anders abgegrenzt. Er würde indessen zu bestrafen sein, wenn er die Geschäfte, um deren Aus-

führung es sich hier handelte, freiwillig übernommen und ausgeführt hätte. Nicht aber könne man aus seiner bloßen Zugehörigkeit zum Vorstand seine Verantwortlichkeit herleiten.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Der D-Zug Nr. 21 München-Berlin ist gestern Abend bei der Durchfahrt durch Regensburg infolge Nichtfunktionierens der Weiche auf dem Zug 2413 aufgefahren. Von dem Zuge 2413 wurden zehn Wagen zerstört und sieben Wagen leicht beschädigt. Von dem D-Zuge wurden der Gepäckwagen und zwei durchgehende Wagen beschädigt. Der Zugführer des D-Zuges, namens Kraus aus Hof, ein Postbeamter und ein Schlafwagenschaffner sind leicht verletzt, von den Reisenden hat niemand Beschädigungen erlitten.

Großfeuer. In der Schweidnitzer mechanischen Weberei von Rosenthal, die gegen 800 Arbeiter beschäftigt, brach gestern Nacht Großfeuer aus, wodurch mehrere Gebäude der Weberei vernichtet wurden. Etwa 400 Arbeiter sind infolge des Feuers beschäftigungslos geworden, doch hofft man, in ungefähr 14 Tagen den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Von den Webstühlen sind nur drei leicht beschädigt.

Nach neun Monaten geborgen. Dortmund, 2. Mai. Auf Besche „Vorussia“ wurden heute früh 22 Leichen von Bergarbeitern gefunden, die zu den Opfern des Grubenunglücks vom 10. Juli 1905 gehören. Von den damals verunglückten 39 Bergleuten waren vierzehn Leichen gleich nach der Katastrophe geborgen worden; drei Leichen sind bisher noch nicht aufgefunden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 31. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Die Diktatorvorlage. — Der französische Sozialismus vom 6. Mai und die Parteien. — Von Ch. Rappoport (Paris). — Die revolutionären Parteien in Rußland während der Jahre 1898 bis 1903. — Von Dr. Ida Krelrod. (Fortsetzung). — Los vom Militarismus. — Von Dr. Fritz Fischer. — Prinzipien der Taktik gegenüber den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen. — Von Stephan Heile. — Literarische Rundschau: Dr. Leo Perle, Zur Geschichte des Arbeiterrechtes in Oesterreich. — Von ad. br. Heinebach. — Von K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 9 des 16. Jahrganges zugegangen. Diese Nummer hat folgenden Inhalt: Eine Weibtagspredigt. — Von Professor Dr. Arnold Dodel. — Der Arbeit Weibtag. — Von Luise Jitz. — Für das Frauenstimmrecht. — Von Paul Singer. — Acht Stunden! — Von Ottilie Vonder. — Wir verlangen Redenshaft. — Von Gustav Koch. — Fort mit dem Militarismus. — Von B. Köhler. — M. A. Spiridonowa. — Die Anforderungen der Dienstboten. — Von Helene Grünberg. — Der Kampf um die Rente. — Von G. G. (Fortsetzung). — Politische Rundschau. — Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Familien: Rot. — Von Clara Müller. (Gedicht). — Kaffriede. — Von Otto Krille. — Aus „Der entsetzte Prometheus“. — Von P. S. Schellen.

Frauen-Beilage: Sonnenkalt. — Von Käthe Malleschen. (Gedicht). — Literatur zur Frage der ferneren Ausfüllung der Jugend. I. Von O. R. — Jahrspläne. — Von Dr. Adams-Lebmann. — An das Herz. — Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Die Entwicklung des Menschen: Die Samenzelle. — Von Dr. Cajus. — Schutzwissenschaft und Mutterrecht. — Von Ernst Kinsch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Die Geburt der Sterne. — Von Otto Erich Hartleben. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

Der „Wahre Jacob“ hat in diesem Jahre noch eine zweite Heftnummer herausgegeben. Wir erwähnen aus derselben zunächst die Wiedergabe eines guten Porträts Heinrich Heines, dem ein Knäuel aus der Feder von Wilhelm Bloß beigegeben ist. Die Bedeutung des ersten Knäuels wird durch das farbige Doppelbild „Gespinnnen auf dem Wolsberg“ von W. Banzelom, durch das mehrere farbige Bild „Wenn's Raubstücker in Sachen weiß“, durch die Gedichte „Reubentücher Raubstücker“, „Valentian“, „Für Erinnerung“ und durch die Humoreske „Wie man den Bod zum Gärtner macht“, ferner erwähnen wir aus dem Inhalt das farbige Bild „Der Generalstabschef“ sowie die Illustrationen „Ein hervorragender Vertreter des preussischen Dreifassensystems“, „Konserwatio“, „Die Abkündigung des Religionslehrers Zwickelmeier“, „Vorschlag zur Güte“, „Der Opium“, „Die Abkündigung des Antrags Ullig“, „Der letzte Mai“, „Militärisches Urteil“, „Großmutter“, „Andacht“ und aus dem textlichen Teil die Gedichte „Germanias Klagelied“, „Der Jesus“, „Zeitungsschreiber's Trost“, „Die drei Gefellen“ von Ludwig Leske, „Schwieriges Problem“, „Geduld“, „Nobilo par Fratrurum“ und zahlreiche kleinere Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-68 pr. 100 Pfund, IIa 55-64, IIIa 50-54, IVa 40-49, engl. Bullen 00-00, dan. Bullen 00-00, holl. Bullen 00-00, Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 82-92, IIa 68-80, IIIa 54-66, Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60, Schweinefleisch 58-64, Rindfleisch 0,70-1,00, Hühner, alle, Stück 1,50-2,75, alle per Pfd. 0,00, junge, per Stück 0,80-1,10, Tauben, junge 0,45-0,68, alte 0,00, Enten, junge, per Stück 0,70-0,00, per Pfd. 0,00-0,00, Hamburger per Stück 2,75-1,25, Gänse, junge, per Pfd. 0,95-1,05, per Stück 1,00-5,00, Schafe 95-109, Schafe, groß 0,00, kleine 0,00, matt 0,00-0,00, Hais, groß 97-102, mittel 00-00, klein 00-00, unfortiert 00,00, Wägen 00,00, Pfunden, pomm. I, p. Schaf 4-8, Stier, Stiege Ia 4-7, do. mittel, per Riste 2-4, do. klein, per Riste 00-00, Stülinge, (schwed. per Ball 0,00, norm. 0,00, holländ. 2, Stier 1-2,00, Stralländer 3,50-4, Hais, groß, per Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, klein 0,50-0,60, Sprossen, Stier, 2 Ball 1-2,00, Gb. per Riste 0,00-0,00, Sardellen, 1902er, per Anker 78,00, 1904er 76,00, 1906er 74,00, Schottische Vollerlinge 1905 00-00, large 40-44, full 36-38, med. 33-35, deutsche 37-44, Springe, neue Reihe, per 1/2, Tonnen 60-120, Quammern, IIa, 100 Pfd. 00-00, Stiefe, per Schaf, große 15,50, mittelgroße 00,00, kleine 5,00, unfortiert 0,00, Eier, Land, per Schaf 00-00, fische 3,00, Butter per 100 Pfund, Ia 115, IIa 110-114, IIIa 107-110, abfallende 105-108, Saune Gurken, Schaf 3,50-4 M., Pfeffergurken 3,50-4 M., Kartoffeln per 100 Pfd. magr. bon. 2,10-2,35, rote Daberke 2,00-2,20, runde weiße 1,50-2,00, Weingölz, holl., per Schaf 8,00-24,00, Weinstock, dan., per Schaf 7,00-9,00, Mettschl, holl., per Schaf 16,00-24,00, Grünbohnen, per 100 Pfd. 00-00, Rüben, weiße 00-00, Zelleren 00-00, Kohlraben, per Schaf 2,50-4,50, holl., 5-8.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. Mai 1906. Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sunlicht Seife

erregt die wohlverdiente Anerkennung aller Damen, die nach einmaligem Versuche zur dauernden Verwundung übergegangen sind. Ein Beweis dieser Anerkennung ist die Tatsache, dass Sunlicht Seife sich des nachweisbar grössten Absatzes aller Seifen-Marken der Welt erfreut. Wenn nun Millionen von Hausfrauen seit langen Jahren Sunlicht Seife verwenden und damit zufrieden sind, glauben Sie dann nicht, dieselbe auch mit Vortheil gebrauchen zu können?



JOSETTI CIGARETTEN

Während unserer langjährigen Praxis haben wir stets unsere Cigaretten der schärfsten Kritik sachverständiger Kenner unterworfen. Die meisten Kritiker mit ausgebildetem Geschmack, deren Urteil über feine türkische Cigaretten als absolut massgebend zu betrachten ist, haben unsere Cigaretten — wir können dies ohne Selbstüberschätzung behaupten, da unsere offenkundigen Erfolge dies als Thatsache feststellen lassen — stets als hervorragend gut bezeichnet. Wir haben jedoch fortwährend nach noch grösserer Vollkommenheit unserer Erzeugnisse gestrebt und jedes neue war besser als die früheren und wenn wir jetzt behaupten, dass

in ihrer heutigen Vervollkommenung das höchst erreichbare, was feine Qualitäts-Eigenschaften bester türkischer Cigaretten anbelangt, in sich zusammenfassen, sprechen wir nicht nur unsere eigene Meinung, sondern auch das sachverständige Urteil der besten Kenner aus. Diese haben unsere früheren Erzeugnisse wegen der einen oder anderen Qualitäts-Eigentümlichkeit bevorzugt. Heute stellen Josetti-Cigaretten die vollendete Zusammenstellung und Vervollkommenung aller dieser Qualitäts-Eigentümlichkeiten dar.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Verpacken feiner türkischer Tabake für Josetti-Cigaretten.

Ausflüglern empfehlen wir folgende Spezial-Karten der Umgebung Berlins.

- Bernau-Biesenthal, Ranke-Liepnitz- und Sandth-See 1 2/3 M.
- Bufon u. Umgegend mit angehängtem Führer 75 Pf.
- Eberwalde und Umgegend 75 Pf. und 1 2/3 M.
- Eckner und Umgegend 75 Pf.
- Froelichs-See, Ziegen, Eberberg, Bradwin 1 2/3 M.
- Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmiedewitz 75 Pf.
- Grünwald und weisse Borsitz, 2, 3, 5 u. 8-farbig, 25, 50, 75 Pf. und 1 2/3 M.
- Königs-Büsterhausen und Umgegend 5-farbig 1 2/3 M.
- Röthliche Borsitz, Spandau, Tegel ufm. 1 2/3 M.
- Teichpark und Umgegend 75 Pf.
- Teichpark und Werder 1 2/3 M.
- Waldsiedler, Stalberge, Umgegend von Wollersdorf u. Erfner 75 Pf.
- Spreewald mit praktischen Touristenführer 75 Pf.
- Strausberg u. der Blumental 1 2/3 M.
- Tegel und Umgegend 75 Pf.

erner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: **Nähere Umgebung Berlins**, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Kranenburg, Königs-Büsterhausen. 1,50 M.
II. Teil: **Mittlere Hälfte der Umgebung Berlins** bis Brandenburg a. S., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: **Östliche Hälfte der Umgebung Berlins** bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Rühren, Lübben, Spreewald, Rastau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prachtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 231/3

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW. 68
Lindendamm 69 (Laden).

Mein **neuer**
Katalog 1906
in künstlerisch vollendeter Ausstattung mit **600 Abbildungen** für Innen-Dekorationen und Original - Teppich - Tafeln **ist erschienen!**
und wird auf Wunsch gratis und franko versandt.
Teppich-Versandhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.

Hygienische
Bettfedern, Neuester Katalog m. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Ungew. Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichsstrasse 97/98

Gänsefedern lief. franco Stiel- u. Stanzfedern, Schneeweiss, daunenreich Nr. 300. 1,40 M., dieselben neu fein geschliffen 2,40 M. (Wasser gratis.) Schneider, Myslowitz, No. 9. 231/3

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes **erstklassiges Solidaria-Fahrrad.**
Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen **Teilzahlungen.**
Anzahlung Mk. 20, 30, bis Mk. 50; Abzahlung monatlich Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reicheräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 55, an ab. Auch Zahnhörnteile wie Laufdecken, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.

Neueste Danziger Likör-Spezialitäten
Danziger Rasturbitter (süßbitter)
Marienburg Schloßbitter (streu)
1/2 Fl. Mk. 2,50 — 1/2 Fl. Mk. 1,50.
A. H. Pretzell, Danzig. Gegründet 1843.
Generaldepot für Berlin und Brandenburg:
Berliner Genußmittel-Zentrale, Berlin W. 58.
Gaudystraße 7. — Tel.-Amt III. 3106.

Butter! Honig! lief. fr. garant. naturrein Gaus-Butter 10 Pfd. Koffi 4,75 M., Blütenhonig 10 Pfd. Dose 4,25 M., 2. Probe 1/2 Butter, 1/2 Honig 5,20 M.
J. L. Schneider, Buczacz Nr. 1. in Breslau. 207/4

Stoppdecken billigt direkt in der Fabrik
72, Wallstr. 72.
sowie auch alte Stoppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmantel, Berlin Ks. Mühlstr. Katalog gratis.**

Nürnberg 1906
Bayerische Jubiläums-
Mal-Ausstellung [OKT.]

Eigelb-Margarine
Marke „Echter Mohr“ mit Eigelb und Süßrahm hergestellt, ist nicht allein zum Essen auf Brot statt Butter geeignet, sondern auch zum Kochen und Backen; beim Braten bräunt, duftet und schmeckt sie genau wie beste Butter; zum frischen Spargel und alle feinen Gemüse ist sie durchaus gleichwertig mit feinsten Molkereibutter. Preis **65 Pfg.** per Pfund franko jeden Postort Deutschlands in Postkolli a 9/1 Pfund. Nichtgefallendes nehmen unter Nachnahme unfrankiert zurück.
Altonaer Margarine-Werke,
MOHR & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen (Holstein).

Krankenfahrräder all. Systeme
künstlich von 25 M. an, auch leichweise unter feinsten Bedingungen.
Koppesche Krankenzüge, Elsassstr. 95, 110/4

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr dauerhaftesten
Monopoldaunen
(gerollt, geschütt) Pfund Mk. 2,55, 2-4 Pfund genügen 1 gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S., Prinzenstr. 46
Bedienst. Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Rohrlegerwerkstatt
Egelhägerstr. 12 per sofort zu vermieten. Viel Handarbeit. 158/25

Allgemeine **Orts-Krankenkasse für Rixdorf.**
Nachträglich wird auf die Tagesordnung der am 7. Mai 06 stattfindenden General-Versammlung zu Punkt 3 derselben noch gelegt:
Erstwahl zum Vorstande: 1 Arbeitgeber.
Rixdorf, den 2. Mai 06.
C. Wagner, Vorsitzender.

Pinol
An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Für die jungen Mütter ist es nicht nur notwendig, für die Ausbildung der Säuglinge zu sorgen, sondern noch viel wichtiger, sich darüber zu informieren, womit sie die Kinder ernähren wollen, wenn sie nicht im Stande sind, dieselben selbst zu stillen. Zur Ernährung der Säuglinge eignet sich am besten die je nach dem Alter des Kindes mit Wasser verdünnte Kuhmilch mit Zusatz von Kuhle's Kindermilch, welches nicht nur der Nahrung einen größeren für die Entwicklung der Knochen und Knochen wichtiger Gehalt an Nährstoffen gibt, sondern auch die größere Gerinnung der Kuhmilch im Magen verhindert und auch die starken durch Kuhmilch verursachten Wärmungen im Darm verhindert und so das Kind vor den Erkrankungen an Magen- und Darmkatarrhen bewahrt. Im Sommer ist das Kuhle'sche Milchpulver für Kinder geradezu unentbehrlich. Die sehr sich das Präparat der Knechtling'schen Mütter, ganz besonders aber der Bergwelt erfreut, geht daraus hervor, daß es nicht nur in den größten Kinderhospitälern des In- und Auslandes häufig gebraucht wird, sondern auch es nachgelesenermaßen von tausenden Müttern Deutschlands usw. empfohlen wird.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt
Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**
Engros-Vertrieb: **Romain Talbot, Berlin S.**

Vierter Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen.

(Schluß.)

Köln, 28. April.

Ueber die Stellung des Verbandes zu den städtischen und den paritätischen Arbeitsnachweisen referiert Zeiske. Berlin. Für keinen Verus sei die Frage der Stellenvermittlung so brennend, wie für den der Gastwirtsgehilfen, und zwar infolge der schieflichen Ausbeutung der Angestellten durch die gewerbmäßigen Stellenvermittler. Schon der Fackelzug von 1900 habe das Verlangen gestellt, daß diese Art der Arbeitsvermittlung gesetzlich verboten werde. Zu einem solchen Verbot habe sich bisher leider die Gesetzgebung noch nicht verstehen können. Zwar sei eine Ministerialverordnung gegen die Stellenvermittler erlassen worden, aber diese habe die Erwartungen nicht erfüllt, und das Gewerbe der blutsaugerischen Stellenvermittler sei noch wie vor in schönster Blüte, besonders auch unter den von Agenten gegründeten Winkelvereinen, an deren Spitze die Plaqueure sich stellen. Die Regierungsmassnahmen gegen den Stellenwucher seien ein Schlag ins Wasser gewesen. Die Denkschrift, die die Hauptverwaltung des Verbandes an das preussische Handelsministerium gesandt habe, gewähre den Herren am grünen Tisch nun ja den erforderlichen Einblick in die unbillbaren Verhältnisse. — Bisher habe man den Standpunkt vertreten, daß der Arbeitsnachweis, die Vermittlung der Ware Arbeitskraft, in die Hände der Arbeiterschaft gehöre. Nun habe die allgemeine Entwicklung aber Verhältnisse gezeitigt, auf Grund deren auch der Käufer dieser „Ware“ sich nach verschiedenen Richtungen ein Mitbestimmungsrecht ausbedinge, und das Unternehmertum habe sich zu diesem Zwecke sogar koalitiert. So habe sich denn im Laufe der Zeit auf Seiten der Arbeiter ein Umschwung der Anschauungen herausgebildet, und man hüme dem gemeinsam verwalteten Arbeitsnachweis zu, wenn die reelle Gleichberechtigung der Arbeiter gewährleistet sei. Im Gastwirtsgerwerbe sei die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises bisher noch wenig erörtert worden. Es sei auch festzustellen, daß innerhalb der Unternehmerverbände die Reform des Arbeitsnachweises mit gebührendem Ernst betrieben und unterstützt werde. So habe der Internationale Gasthofbesitzerverein (Süd Köln) in seiner Zeitung sich sehr günstig für eine vernunftgemäße Reformierung ausgesprochen, wobei die Zweibereien des Genfer Verbandes und des Deutschen Kellnerbundes sehr schlecht wegkamen.

Der Verband könne auf den Nachweis verzichten, wenn er dafür einen wirklichen paritätischen Arbeitsnachweis eintausche. Denn der Verbandarbeitsnachweis verursache nicht nur viel Ärger und Zank unter den Kollegen, sondern auch bedeutende Unkosten und nicht zuletzt viel Zeitverlust, wenn man den gewerbmäßigen Vermittlern ja etwa die Stange halten wolle. Das viele Geld und die kostbare Zeit könnten in der Agitation weit nützlicher verwendet werden. Daß die Stellenvermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis völlig kostenlos sein müsse, sei selbstverständlich, und ebenso gehöre die Leitung dieser Arbeitsnachweise in die Hände von Fachleuten (?), und zwar wegen der Eigenartigkeit des Berufes und der sich daraus ergebenden Schwierigkeit der Verteilung der Stellen. (Das sagen die Unternehmer der meisten Berufe ebenfalls; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß auch Nichtfachleute, wenn sie im übrigen überhaupt die Befähigung zur Verwaltung eines Arbeitsnachweises haben, sich zur Leitung eignen. Der Berichterst.) Ein weiterer Vorteil der einheitlichen allgemeinen Arbeitsvermittlung sei die Statistik, von der heute

kaum die Rede sein könne. Genaue Feststellungen über Arbeitsvermittlung, Lohnhöhe, Arbeitslosigkeit seien aber unentbehrlich. Der Redner unterbreitete schließlich die unten wiedergegebene Resolution.

Als Gast erhält in der Diskussion zunächst Herr Sieger. Köln, Direktor des Internationalen Gasthofbesitzerverbandes, das Wort. Er erklärt, daß der Verband, dessen Angestellter er sei, den paritätischen Arbeitsnachweisen sehr sympathisch gegenüberstehe, und er sei bereit, mit der Gehilfenschaft zusammen die Grundlage für einen solchen Arbeitsnachweis auszuarbeiten. Er habe da an einen Ausschuss gedacht, der zu zwei Dritteln aus den Vertretern der Gehilfensverbände, zu einem Drittel aus Prinzipalen bestehe. Das Ansuchen des Genfer Verbandes, nur mit diesem allein ein Abkommen zu treffen, (!) habe er abgelehnt. Der Genfer Verband habe sich dann mit einer gewissen Lauheit der Sache gegenübergestellt, und so sei diese bis heute noch nicht weiter gediehen. Grundtätlich sei er, der Redner, für die Anlehnung an den städtischen Arbeitsnachweis; er empfehle aber, um zunächst überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, ohne Anlehnung an die Stadt vorzugehen. Es sei nötig, die ganze Gehilfenschaft zusammen zu fassen und für diese Sache zu begeistern. Der Internationale Gasthofbesitzerverband stehe dem Plane, ob mit oder ohne Anlehnung an die Stadt, unter allen Umständen freundlich gegenüber. Ungeheure Summen würden das Jahr hindurch an die privaten Stellenvermittler verschwendet. Sein Verband habe im verfloffenen Jahre von Köln aus über das ganze Reich und in geringerem Maße auch nach dem Auslande insgesamt rund 5000 Stellen völlig unentgeltlich vermittelt. Wenn er annehme, daß durchschnittlich für jede dieser Stellen an den gewerbmäßigen Vermittler 30 M. gezahlt worden wären, so mache das allein für diesen kleinen Teil der vermittelten Stellen in einem Jahre schon die Summe von 150 000 M. aus. In Wirklichkeit würden aber für die einzelnen Stellen nicht nur 30 M., sondern das Doppelte und Dreifache gezahlt. Daraus ergebe sich, wie dringend nötig die Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler sei.

Die folgenden Redner stellten sich durchweg auf den Standpunkt des Referenten. Sie forderten, daß auch die „unentgeltliche“ Stellenvermittlung verboten werden müsse; denn die Unentgeltlichkeit sei stets Schein; hinter ihr stecken große Fischen, riesige Trinkgelder, Geschenke und dergleichen. Ebenso sei die Vermittlung durch Vereine zu unterlagen; denn diese seien der Vorwand oder Deckmantel von Plaqueuren. Auch der Deutsche Kellnerbund und der Genfer Verband betrieben trotz ihres Bekreitens gewerbmäßige Stellenvermittlung. Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen habe durch seine Arbeitsnachweise den Angestellten seit 1898, berechnet nach den ortsüblichen Gehältern der Plaqueure, 248 027 M. gereicht. Im übrigen wurden die an sich sehr erfreulichen Erklärungen des Herrn Direktors Sieger unter Hinweis auf allerlei bisherige Erfahrungen mit den Gasthofbesitzern mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen. Der Verbandstag nahm mit allen gegen eine Stimme diese Resolution an: „Die vom Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen seit dessen Bestehen mit Energie bekämpfte gewerbmäßige Arbeitsvermittlung im Gastwirtsgerwerbe hat nicht beseitigt werden können. Mehr und freier als je wird die Ausbeutung Stellsuchender von Einzelpersonen sowie von Vereinen und Gewerkschaften betrieben, die unter dem Deckmantel der Humanität gegründet wurden. Der ungeheure Verlust an Nationalvermögen, sowie der Zustand der Unruhe und Unsicherheit, der durch die gewerbmäßige Stellenvermittlung hervorgerufen wird, ist auch in keiner Weise beschränkt oder beseitigt worden durch die neueren Ergänzungsbestimmungen zur Gewerbeordnung seitens der einzelstaatlichen Regierungen.“

Es steht vielmehr fest, daß die gewerbmäßigen Stellenvermittler und Stellenvermittlungs-Korporationen es verstanden haben, sich den bestehenden Gesetzen anzupassen bezw. diese zu umgehen. Unter den abzuwählenden Umständen erkennt der vierte Verbandstag die auf der vom 9.—11. November 1905 in Wiesbaden zusammengetretenen Arbeitsnachweis-Konferenz festgelegten Grundzüge als einen Weg zur Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung an und beschließt: In solchen Orten, wo ein städtischer bezw. öffentlicher Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage besteht oder errichtet werden soll, unterstützt der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen mit Nachdruck alle Bestrebungen, die eine Arbeitsvermittlung auf volkstümlicher und breiter Grundlage garantieren. Insbesondere wird der Verband dafür eintreten, daß durch Mehrheitszustimmung der anässigen Gastwirte, und Angestellten-Vereine die Gründung eigener Vereins-, Innungs-, usw. Arbeitsnachweise unterbleibt bezw. diese zugunsten des gemeinsamen Arbeitsnachweises aufgehoben werden. — Der britische Zentral-Arbeitsnachweis ist durch eine besondere Fachabteilung für das Gastwirtsgerwerbe zu ergänzen, deren Geschäftsführung von gastwirtschaftlichen Fachleuten auszuüben ist.“

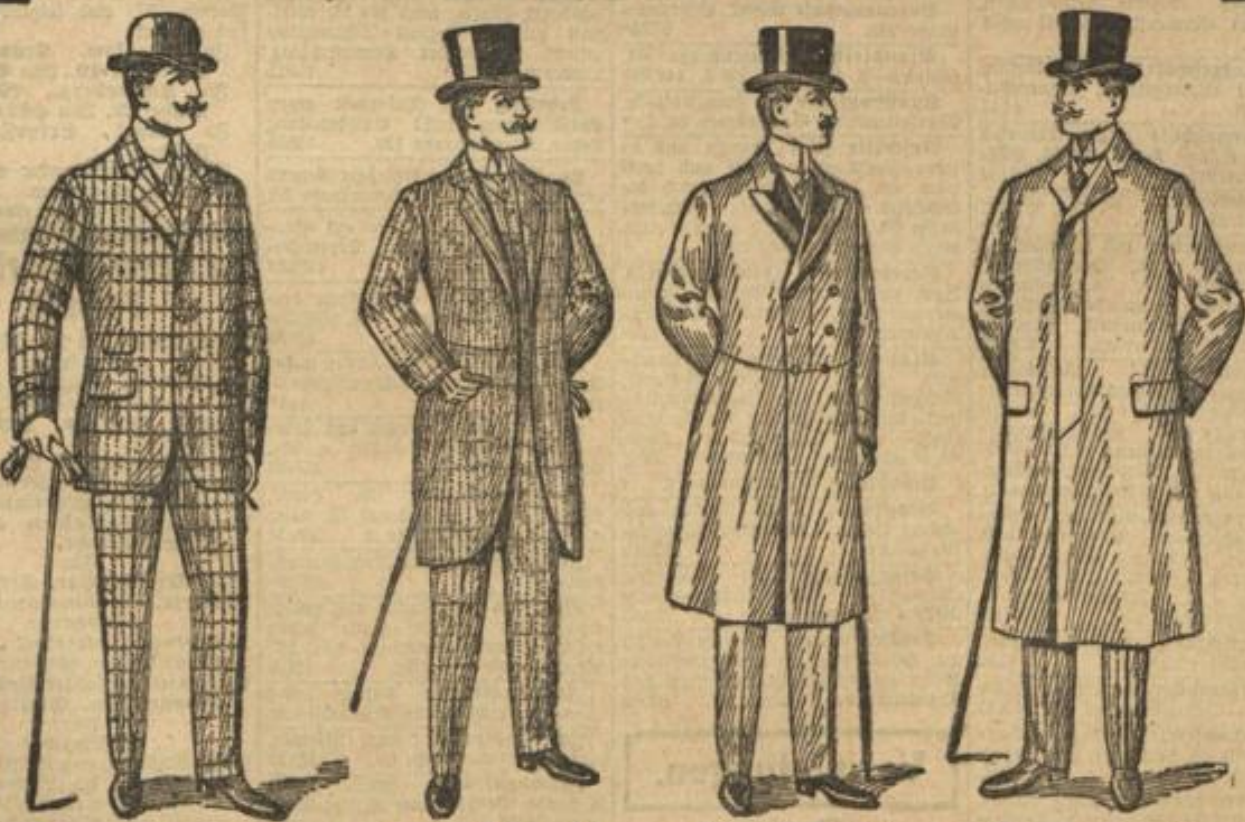
Bei der Statutenberatung beschloß der Verbandstag u. a., die bisherige dreitägige Karenzzeit fallen zu lassen. Die Sterbegeldunterstützung soll künftig beim Tode solcher Unverheirateter, die Angehörige dauernd unterstützt haben, in der gleichen Höhe wie bei Verheirateten gezahlt werden. Ein außerordentlicher Verbandstag soll künftig nur noch einberufen werden können, wenn ein Drittel der Ortsverwaltungsstellen oder die Zahl der Ortsverwaltungsstellen, die ein Drittel der Mitglieder umfassen, dies beantragen. Der Hauptverwaltung wurde aufgegeben, dem nächsten Verbandstag ein neues Statutenreglement unter Zugrundelegung der neuen Gemeinteilung zu unterbreiten.

Weiter sahte der Verbandstag einen Beschluß, wonach die Hauptverwaltung Schritte tun soll, „damit in Garnisonstädten von Seiten der Militärverwaltungen Mannschaften zur Arbeitsleistung in Gast- und Schankwirtschaften nicht mehr abgegeben werden“. — Ferner wollte man sich gegen die Lohnrückereien und die Konkurrenz der unteren Post- und sonstigen staatlichen und städtischen Beamten. Man verlangte, daß diese Leute so bezahlt werden, daß sie nicht nötig haben, den Gastwirtsgehilfen die Arbeit wegzunehmen oder sie im Lohne zu unterbieten. Es soll in allen solchen Fällen Beschwerde bei den zuständigen Behörden erhoben werden.

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Leipzig bestimmt. Zum Hauptvorsitzenden wurde einstimmig Hugo Boesch, als Hauptassistent ebenfalls einstimmig Rudolf Ströhlinger wiedergewählt. Der Vorsitzende Billmann-Hamburg schloß den Verbandstag mit einem Rückblick auf die außerordentlich umfangreiche und ersprießliche Tätigkeit des Verbandstages, von der er erwartet, daß der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen bei dem nächsten Verbandstag, 1908, mindestens auf die doppelte Mitgliederzahl bliden kann. In das Hoch auf den Verband stimmten alle Delegierte begeistert ein.

Eingegangene Druckschriften.

Das Berliner Verkehrs-Verikon (Verlag von Max Schilberger, 40 W.) ist soeben im 41. Semester erschienen. Dieses handliche Taschenbuch enthält eine große Fülle von Nachrichten über die gesamten öffentlichen Einrichtungen und den Verkehr in Berlin. Ein Friedensvorschlagn im Kampfe zwischen Unternehmertum und Sozialdemokratie. Von einem Unternehmer. 38 Seiten. Preis 40 W. Verlag G. F. Müller, Berlin SO. 29. D. Balaban, Nationalen Forderungen. National-kulturelle Autonomie. 24 Seiten. Preis 30 Heller. Verlag Brüder Schönlitz, Wien X.



Sacco-Anzüge
Vollendete Auswahl in
aparten, reichhaltigen
Sortimenten
50.- 40.- 36.-
30.- 27.- 24.-
21.- 18.- 15.- 12 M.

Rock-Anzüge
Hochmod. Musterungen
in neuesten Dessins,
Kleidsame Passformen,
Vorzügl. Abarbeitungen
50.- 40.- 36.- 27 M.

Gehrock-Anzüge
Erprobte Kammgarne,
Draps und Corks-krows,
Vernehmste
Gesellschafts-Kleidung
60.- 50.- 40.- 21 M.
30.- 33.- 27.-

Sommer-Paletots
Vielseitigste Ausmaste-
rungen, vornehmste
Moden und Fassons
50.- 45.- 40.-
38.- 33.- 30.- 15 M.
27.- 24.- 21.- 18.-

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung, fertig und nach Maß.

Chausseestrasse 24a/25 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr und Sommer) wird kostenlos und portofrei zugesandt

Advertisement for L. Katz & Co. featuring 50,000 Seidel and 10,000 Weißbier-Pokale. Address: Spandauerstr. 45 and Rixdorf, Bergstraße 7.

Wenn der Magen knurrt

und energisch nach kräftiger, nahrhafter Suppe verlangt, dann gebe man ihm rasch eine solche aus Knorr's Erbsenwurst oder Suppentafeln, die nur wenige Minuten mit Wasser gekocht zu werden braucht und bei den hohen Preisen des frischen Fleisches als billiger, wohlschmeckender Ersatz unentbehrlich ist; aber beachten Sie, daß Sie ausdrücklich verlangen: Knorr's Suppentafeln und Erbsenwurst!

Advertisement for Restaurant 'Waluhaus' with a steamship illustration. Text: Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs! Es ist Zeit, daß Sie Lokale für ihre bevorstehenden Dampferpartien abschließen! Restaurant 'Waluhaus', Rauchfangwerder bei Zeuthen, hat alle 3 Pfingstfeiertage, Sonnabende im Juni u. Juli für gr. u. kl. Fabriken, sowie Sonntags 1., 15., 22. Juli, 5., 12., 19. August die gr. Säle noch zu vergeben. Dampfer jeder Größe u. Anzahl zu verm. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bitten. Der Inhaber Karl Römisch.

Brauerei Germania Akt.-Ges.

Amt 7 Nr. 2645 Frankfurter Allee 53. Amt 7 Nr. 2645

in sämtlichen 100 Filialen

Malzbier vom 4/10 Liter 10 Pf.

alkoholarm, nahrhaft, wohlschmeckend. 21/63
18 Flaschen 1,50 Mark, durch eigene Gespanne frei Haus.

Billigste Bezugsquelle für Händler!
Von Mk. 16.- an für 1000 Stück. Als Muster nur Probebezahl.



Zigarren-Fabrik-Lager BELL & Co., Berlin C. 2, Rosenstr. 18, I.

Philipp Hofferbert
prakt. Magnetopath und Naturheilkundiger
Prinzenstr. 45, I. Etage.
10272*
Sprechstunden: 9-12 u. 2-5 Uhr. Sonn. 10-12 Uhr. Feinste Referenzen.

Dr. Simmel, Prinzstr. 41.
Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Ein Riesenposten
130 cm breite bunte
**Mocket-
Plüsch**

vornehmer haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 35 pr. Meter
Extrapreis 7 50
Bei Annahme 5 15
ganzer Stücke M. p. Mtr.
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Die besten Fahrräder
und Holzerabuhörteile zu enorm billigen Preisen
finden Sie wieder bei
Ernst Machnow, Berlin N.,
Arkonaplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 18R.
Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollinerstr. 11-12.
Neue hochelegante **Fahrräder 45., 50., 52., 55.- M. usw.**
Für meine weltberühmten Arkonafahrräder übernehme bis 6 Jahre
Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.-, 2.50, 3.50 M. Kaufmännel 2.50,
3.20, 4.50 M. - Nähmaschinen 28.-, 36.-, 42.- M. - Neue
Ulright Motorweiräder 400 M. etc. - Katalog gratis und franko.

Überzeugen Sie sich, dass melno
Deutschland-Fahrräder
u. Zubehörteile
die besten, die
daher im Gebrauch die
allerbilligsten sind!
Über 100.000
Deutschland-Räder zur
größten Zufriedenheit i. Gebrauch
Preisliste, die größte der Branche, unberechnet u. portofrei.
August Stukenbrok, Einbeck
Erstes Fahrradhaus Deutschlands.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesucht
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen - Verkaufsbüro Neu-
salenstraße 11/12 Saison-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Preise enorm billig. 1511R*

Inventur-Ausverkauf Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Feinster (zwei Schals) 140, 185, 225, 265, 300, 455, 575, 665 usw. 1488R*

Inventur-Ausverkauf Vorkriegs-Gardinen mit überraschend schöner Silberer, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1488R*

Tüllbettedecken, meli, creme, 195, 225, 265, 375, 450-790. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1490R*

Inventarpreis. Steppdecken, Simili-Seide, rot, grün, oliv, blau, sechs 160 breit, 200 lang. Handarbeit (Wert 10,50) jetzt 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf Tüllbettedecken mit kleinen Stickereien in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1490R*

Blüchtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickereien, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1491R*

Möbelkofferte in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofa-Bezügen ausserordentlich, in allen Preislagen. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1490R*

Inventur-Ausverkauf Stoff-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1490R*

Teppiche, mittlere Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1497R*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Schals, ein Lambrequin) Garnitur 2,85, in allen Farben. 1498R*

Einzeln Plüsch und Aufgarnituren enorm billig. Weidenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1490R*

Teppiche! (Jederdalle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Kadischer Markt 4, Bahnhof Böcke. 209/3

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36. 1427R*

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Einricht. 247 I.

Hochvernehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00, Herrenanzüge 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. Treppe.

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Stahlstraße 40. 1500R*

Teppiche mit farbenschönen Badstümmeln Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Möbelstickerie liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen außerst billig. Ausrichtl. 17, Ruhmannsriederstraße, Berlin 45, Trumeau geschliffen 35, Plüschsofa 65, Plüschbettedecken mit Watze 40, Schlafzimmern. Farbige Rücken 60, Bekleidung meines raumden großen Lager erziehen. Nach Katalogzahlung kein Laden. Nur Keller und Hinterdame. Garnat, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, zwischen Drantenplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 1450R*

Kostümzüge, Hosen, direkt aus der Fabrik. Blumenstraße 9 II. 115/1*

Zurückgegebene Hosen, Kostümzüge billig Blumenstraße 9 II. 117/20*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Brennboräder, Teilzahlungen ohne Anzahlung. Heide, Dantscherstraße 95. 1504R*

Steppdecken billigst Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Neuzeit Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Ednaus, Schönhauserallee. 1505R*

Möbelangebote. Im Möbelverkaufsbüro (Anhalter Bahnhof), Wollanstraße 25, Hochbahnstation Mitternachts, haben verschiedene Zimmer Ruhbaumöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmern, Speisestimmern, Herrenzimmer, auch einzelne Salon-garnituren, Paneele, Sofas, Bücherschränke, Kasselebschränke, Ruhbaumöbelte, Bronzestunden, Salonleuchten, Schreibtische 28,00, Juchelagelinde, Ruhebetten mit wunderschöner Dimantendecke 22,50, hochleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Zimmerteppiche 6,00, Salontepiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saal-teppichen, reichgefräste Lebergardinen, Spachtelstuck, Allgarden, Steppdecken, Sanduhren, Plüchtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konsummassen, kostenlose Aufhebung und Transport gefauter Möbel. Otto Kretschmer Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Mitternachtsstraße 25. 1473R*

Hochvernehme Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1416R*

Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbel, Kronenlampen, Spiegel, Bilder sportlich. Lude, Grünerweg 113.

Betten, Steppdecken, Tischdecken, sportlich. Lude, Grünerweg 113.

Remontoiräder, Uhrzeiten, Regulatoren, Anzüge sportlich. Lude, Grünerweg 113.

Möbelauverkauft. Wegen Aufgabe des Geschäfts Wallstraße 81: Plüschleiderstuhl, Berlin 28 Mark, Ruhebett 27, Ausrichtlisch, Sofa 17, Waschtische, Kommode 21, Vertikale mit Federmatratze und Kissen 29, Rohrschuhle 3, Plüschstühle 12, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Garderobenschrank 39, englische Schlafzimmern, moderne Klammern. Auch Teilzahlungen, Transport in Berlin und Vororten frei. 119/10*

Federbetten, 1,20 breit, Stand 20 Mark, Daunendücken 46.-, auch 5 Zimmer Ruhbaumöbel verkauft Dresdenstraße 38, vorn II. links. *

Monatpaletts, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Kretschmer, nur Rosenhallerstraße 10. Habe keine Filialen. Kein Laden. 264/19*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebraucht, zurückgeleitet sportlich. Schneider, Kurfürstentstraße 172. 15745*

Nähmaschinen (Original Jäger u. Kogmann), billige Preise, leichte Zahlungsbedingungen. Aufschneider, unter Leitung einer geprüften Lehrerin, für Kunden kostenlos. Jägermeister: Rosenhallerstraße 19. Vertreter verlangt. 12005

Lampen - Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kandelaber, Breiter, Laternen, Leuchten, Lampen, Kronleuchter, Lampen, Tischlampen, usw. billig. Fräulein Kottbuserdamm 22, jetzt Hohenstraße 2 (am Hermannplatz). 12365*

Betten, Stand 11,00, geschliffen 16,00 Mark, Plüschle, Gubenerstraße 3. +99*

2 Doppelbetten mit guter Rundschaff oder ein Plüsch, und Ornatram-geschäft verkauft Charlottenburg, Spandauerberg 2. +135*

Fahrräder National (Jäger & Kogmann) hervorragende Qualitätsmarke, Preise billig, Teilzahlung gestattet. Sämtliche Zubehörteile und Reparaturen billigst. Jägermeister, Rosenhallerstraße 19. 13135*

Reisekoffer, Operngläser, Reisezeuge, Regulatoren, Pfeilspinger, Harmonikas, Geigen, Klaviers, Bilder, Teppiche, sportlich. Lude, Drantenstraße 131. 15606*

Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Taschen, Uhren, Goldschmuck, Kessel, sportlich. Lude, Drantenstraße 131.

Monatpaletts und Sommerpaletts von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockpaletts von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für sportliche Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Plüsch, werden veräußert. Man kann man vortheilhaftesten bei Koh, Wollanstraße 14. 16005*

Möbel, Kleiderschränke, Sofas, Bettstellen, reiche Matratzen, Küchenmöbel, sportlich. Grobhartige Auswahl. Saalefelds Möbelgeschäft, Krautstraße 50, kein Laden. 15985*

Jupons, einzelne Musterfächer, preiswert. Blumenstraße 14, II. rechts. 2 618 7.

Shankgeschäft billig veräußert, Kunst Buttermilchgeschäft, Mantelstraße 20. +144

Zeitungsgeschäft wegen Todesfall verkauft Simon Dachstraße 15, Nähe Wollanstraße. +144

Ringschiffen, 20,00, Jüdenstraße 47 II. 119/16

Damenhemden mit Handstickerei, Vierteilbüden 4,65, Herrenhemden Vierteilbüden 3,40. Aufstellungen sowie elegante Reifemuster sportlich. Köhlerstraße 21, Alexanderplatz. 238/15

Gasthofhaus! Geschlossene Zweifelhochlocher! Badstubeapparat! 5,00. Gasp. lichteinl. 2 1/2, Bronze-gaststätten! 6,00. Gaslampen! 9,00. Salongaststätten! 15,00. Gasampellen! 17, Bohner, Ballertheaterstraße 3 (Beleuchtungshaus!).

Damenkleider, Paletts, Kostümzüge, hochlegante Reifemuster, teils auf Seide, burda 3 Mark, Posten Steppdecken (Seidenstoff), Haut 8 Mark burda 3,75. Julius Neumann, Belleallianzstraße 105. 15175*

Nähmaschinen 25 verkauft Kurgarten, Eminenländerstraße 105. +102

Kanarienvögel, Vorkläger, Buchweiden. Jüdenstraße 47 II. 119/15

Herrenkleider in gebogener Ware bis Größe 48, preiswert. Schuhhaus, Prinzenstraße 29. 120/1

Reparatur-Einrichtung, Billard, Musikinstrumente zu verkaufen Leglerstraße 31. +86

Entzückende Hosen, Kostümzüge, Kostüm, selbstgefertigt, verkauft auf-schlagend billig. Wollan, Brunnenstraße 4, I. 16085

Piano, 90,00, goldgrüner (sein Tafellack) Turmstraße 8, parterre.

Gardinen, Plüschteppich, Gasstrome, Plüschportieren, Stores billig. Hoffmann, Raunhauerstraße 52. 16025

Fahrrad, wenig gebraucht, 40,00, Dresdenstraße 38, Vorderladen.

Motorweirad, gebraucht, 135,00, Friedrichstraße 125, Jante.

Räderverleihung, Landens, Dreifach, Fahrrad-reparatur, Fahrrad-zubehör, Fahrräder, neue und gebrauchte, sportlich, auch Teilzahlung. Kammereit, Große Frankfurterstraße 14. +21*

Nie wiederkehrende Gelegenheiten! Am 15. Mai beginnt der Umbau des Hauses, verkauf daher vollständige Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel zu außerst billigen Preisen. Kolofale Auswahl in fünf Etagen. Möbelstickerie Hirschowitz, Stahl-gasse 25. 15182*

Ringschiffen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Vorteilhafteste Bezugsquelle. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. +89*

Nähmaschinen. Zahl bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauer, Ulsterstraße 90. +21*

Restoration, Werkstellen - Kundschaft, Vereine, ist wegen Uebernahme eines größeren Geschäfts für Inventarpreis sofort veräußert. Urdorferlich 1000 Mark. Röhers Wollanstraße 10.

Malschreiber, blutbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Tonne 3,50 erhaltbar. Nicht Alkoholisch. Qualität entspricht. Deutsches Postfach, Bernauerstraße 119. 1521R*

Blinder Stuhlheber bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Wollanstraße 27. 14685

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erfahrigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spichernstraße 11/12. 207/2*

Tüchtigen Schriftstauer verlangen Gehälter. Bojinski, Weihensee, Vorkrügerstraße 6. +2

Marmorsteifer verlangt hohe. Weihensee, Köllnische 129. 15208R*

Tischler zum Putzen von Holz-leisten, eingearbeitet, verlangt D. Köhler u. Co., Grüner Weg 56. +21

2 Beschäftigte sowie einen Firmer für hohem Lohn verlangt. Bernauerstraße 41. +89

Tüchtige Glas-Arbeiter, Schmelzwerk, verlangt D. Hof, Breitstraße 4. 15976

Schirmmacher, Lehrling, Sohn achtbarer Eltern, wird für die Rest-lage unserer Groß-Schirmfabrik gesucht. Gebrüder Hammerling, Lindenstraße 62. 15916

Lehrling oder Volontair gegen Entschädigung sucht Buchhandlung Deber, Drantenstraße 138. 15965

Lehrer in der Buchhandlung verlangt Schein, Dresdenstraße 58.

Fräser und Schmelzer auf Ver-walter verlangt. Dresdenstraße 154. 16045*

Burschen unter 16 Jahren ver-langt Max Leonhard, Schleif-gasse 31. 15996

Übersetzerin, höchsten Lohn, Ansohnloherin. Sudowerstraße 7, Abraham. +74*

Maschinen-Räherinnen und Lehr-mädchen verlangt. Preussler u. Co., Prenzlauerstraße 3. 238/13

Beihänderinnen im Hause, Arbeitzeit 8-6, verlangt Preussler u. Co., Prenzlauerstraße 3. 238/14

Zeitungsfrauen verlangt Kronen-straße 65. 15965*

Mädchen zum Baden und grübe Putzfrauen gesucht gegen hohen Lohn. Alexandrinenstraße 135, IV, Kurat, von 4-6 Uhr. 120/6

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung. Altmobit 138.

Zeitungsfrauen, auch Männer, verlangt Kronenstraße 65. 14915*

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung. Könnigstraße 56/57. 119/12*

Zeitungsfrauen finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Wollan 138. 119/7

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung. Prinzenstraße 41 (Wollanplatz). 119/8*

Verschiedenes.
Patentanwalt Bessel, Gölischerstraße 9a. 9735*

Pfandleiche, Prinzenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1429R*

Kunstisporerei von Frau Kolofski, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Geschäfte jeder Branche und in jeder Preislage verkauft und kauft man am vortheilhaftesten durch die Geschäfts- u. Verkaufsbörse. Zimmerstraße 30. Eine Karte genügt und unser Vertreter spricht vor. *

Vereinshaus, Invalidenstr. 146. Saal zu Sitzungen, Versammlungen mehrere Tage, eventuell auch Sonntags noch frei. +113*

Platina, alte Goldschmuck, Druck-gold, Silber, Gebisse, Blattgold, Reingold, alte Uhren, sowie sämtliche gold- und silberhaltige Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze Grob, Brangelstraße 4, Telefon 4, 6958.

Brothaus, Reyer Regent und andere Bäcker kauft Deber, Drantenstraße 138. 15945

Gefangenenverein sucht Mitglieder. Montags 9 Uhr Uebungsstunde. Müller, Laufherplatz 2. +144

Zustatter mit einigem Kapital zur Beteiligung an neubegründetem Forstwirtschafts-gesellschaft. Offerten J. 3 Expedition des „Vormärts“. 16075

Schiffsmieter!
Tüchtige Schiffsmieter und Gegen-halter finden sofort Arbeit bei Aktiengesellschaft Burmeister & Wain Maskin- und Skibsysgerie, Kopenhagen. 10462*

Achtung! Wagenfabriken!
In den Wagenfabriken von Köhler, Charlottenburg, L. Köhler, Inh. Leuschner, Endopl. & Altem, Neue Könnigstraße, Gebr. Wende, Pantow, Franke, Anselstraße, Gottschalk, Motorwagenfabrik in Reinickendorf, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streit.
Wir eruchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Betrieben keine Arbeit anzunehmen. 176/9
Die Agitationskommission.

Achtung! Achtung!
Rohrleger und Helfer!
Die Firma Gorka, Pantow, Florstr. 37, und folgende Bauten sind gesperrt:
In Pantow, Kranenhaus, Breitstr. 49, Bau Beer,
In Schöneberg, Wartburgstraße 22, Bau Gubner,
In Tegel, Seegasse, Bau Ruscher. 118/5*

In die Bauhandwerker appellieren wir, uns zu unterstützen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Begen Streit und Lohn Differenzen sind gesperrt:
Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter
Franz Schulz, Frankfurter Allee 28,
Gebr. Neukirch, Langestr. 10,
Siegfried, Wollanstraße,
Kubert in Martinisfelde,
Meyer, Heltchen & Co., Memelerstraße.
Für
Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer
Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstr. 33,
Nähmaschinenfabrik Prester & Rossmann, Stahlstraße.
Für
Stellmacher 85/1
(sämtl. Stellmacherwerkstätten, Wagenfabriken und die Drehschleifschiff-Plan, Wollanstraße, Motorwagenfabrik Gottschalk, in Reinickendorf).
Für
Polierer
Lehke, Andreaskstraße.
Zusug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiterverbandes.

Vereinigung der Maler, Lackierer.
Filiale Berlin.
Hierdurch den Kollegen zur Nach-richt, daß unsere Kollegen in der Metall-Industrie,
Wagenfabrik Lange & Gutzeit
sowie 125/1*
Möbelfabrik Pfaff
wegen der Feier des 1. Mai gemah-regelt sind.
Die Kollegen werden ersucht, in diesen Fabriken keine Arbeit anzu-nehmen, bis die alten Leute ein-gestellt sind.
Die Ortsverwaltung.